Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf • [Auswärts 15 Pf.] • Nr 503 — DONNERSTAG, 20. OKTOBER 1932 — MORGEN-AUSGABE

Papen im Kreuzverhör

Gibt die Reichsregierung Presse-Subventionen?

Reichskanzler von Papen und Staatssekretär Planck erschienen gestern nachmittag vor dem Klepper-Untersuchungsausschuß des Landtags, um zu dem Kapitel „Regierung und Pressesubventionen" auszusagen. Die Verhandlung wurde besonders interessant dadurch, daß sie sich von der Vergangenheit, dem Fall „Kölnische Volkszeitung", der Gegenwart zuwandte. Der Kanzler und sein Staatssekretär standen in einem Kreuzfeuer recht heikler Fragen, aber sie hielten durch, und verstanden es meisterhaft, Fragen zu beantworten, ohne eine eindeutige Auskunft zu geben. Die nervöse Spannung der Sitzung entlud sich in zahlreichen, nicht immer motivierten Heiterkeitsausbrüchen.

Abg. Rau (Komm.) weist darauf hin, daß Finanzminister Klepper sich bei seinen Subventionen auf ein gewisses Gewohnheitsrecht berufen habe. „Es wäre doch einmal interessant, zu erfahren, ob von Ihnen, Herr Reichskommissar, diese Praxis fortgeführt wird. Ich möchte gern wissen, ob das Reich oder das Reichswehrministerium an der „Täglichen Rundschau" beteiligt ist."

Der Reichskanzler erwidert: Außer den im Reichshaushalt ausdrücklich zur Verfügung stehenden Mitteln, die in den Etatspositionen feststehen, stehen meiner Regierung keinerlei Mittel zum Zweck der Pressebeeinflussung zur Verfügung. Darüber, daß das Reichswehrministerium zur „Täglichen Rundschau" in finanziellen Beziehungen stehen soll, habe ich nur durch die Presse erfahren.

Abg. Rau (Komm.): Haben Sie sich denn als Kanzler nicht beim Reichswehrministerium erkundigt, ob das stimmt? Auch die „Berliner Börsenzeitung" soll Geld vom Reichswehrministerium erhalten haben.

Reichskanzler: Ich habe keine Veranlassung, über jedes Gerücht mit meinen Ministern zu sprechen.

Abg. Rau (Komm.): Das ist doch nichts Alltägliches.

Reichskanzler: Ich stelle anheim, den Herrn Reichswehrminister zu laden.

Abg. Rau: Ich glaube, der Ausschuß sollte dieser Anregung folgen. Mir ist bekannt geworden, daß ein Herr, dessen Name schwer zu behalten ist, Meuselwitsch oder so ähnlich, im Auftrage des Reichswehrministeriums zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung unterwegs ist. (Gemeint ist der Rittmeister von Moicicewicz.)

Abg. Szillat (Soz.): **Würden Sie die Förderung einer Zeitung durch den Staat aus staatspolitischen Gründen verurteilen?**

Reichskanzler: **Keineswegs.**

Abg. Szillat: Ich möchte wissen, ob der „Deutschen Tageszeitung" über die Industriebank eine Million Mark zugeflossen ist.

Reichskanzler: Darüber kann ich nichts sagen.

Abg. Szillat: Sie können darüber nichts sagen?

Reichskanzler: Ich kann nur wieder sagen, daß Etatsmittel dafür gar nicht zur Verfügung stehen.

Abg. Szillat: Der Reichsetat hat eine große Anzahl von Dispositions die nicht genau umrissen sind.

Reichskanzler: Es gibt nur zwei Dispositionsfonds, die überhaupt für die Presse in Betracht kommen könnten: einen des Reichskanzlers, der mit 150 000 Mark dotiert ist, und einen der Presseabteilung mit 50 000 Mark. Sonst ist mir keine andere Quelle bekannt.

Als Abg. Muhs (Natsoz.) den Reichskanzler fragt, ob er damals, als er die Germania-Aktien erwarb, schon Verbindung mit den Deutschnationalen aufgenommen hatte, entsteht stürmische Heiterkeit, in die auch der Reichskanzler einstimmt. Der Reichskanzler erwidert dann, er habe das Aktienpaket der Germania gekauft, um einen konservativen Einschlag bei diesem Organ zu schaffen, für den er bekanntlich innerhalb des Zentrums gearbeitet habe.

Die Vernehmung des Reichskanzlers ist damit beendet. Nun wird der Staatssekretär der Reichskanzlei Planck befragt, und auch er erklärt, daß im Reichshaushaltsetat für die Beeinflussung der Presse keine anderen Mittel zur Verfügung standen als die Dispositionsfonds des Reichskanzlers und der Pressedbteilung. **Er** fährt fort: **Unmittelbar oder mittelbar ist meines Wissens keine Unterstützung oder Beeinflussung der deutschen Presse durch die jetzige Regierung erfolgt.**

Als Abgeordneter Meßinger (Ztr.) an den Staatssekretär die Frage richtet: Sind von den 150 000 Mark, die dem Reichskanzler zur Verfügung stehen, Beträge an die Presse gezahlt worden? erwidert unter allgemeiner Bewegung Staatssekretär Planck:

„Ich bin zu einer Aussage darüber nicht ermächtigt. Meiner Meinung nach ist dieser Fonds zum Teil ja dazu da. Auch die Aussage darüber, wer aus dem Dispositionsfonds der Presseabteilung etwas erhalten hat, verweigert der Staatssekretär.

Abg. Rau (Komm.) behält sich den Antrag vor, die Aussagegenehmigung für den Staatssekretär Planck nachzusuchen.

Abg. Muhs (Natsoz.) fragt: Könnten diese Mittel auch für parteipolitische Zwecke verwendet werden?

Staatssekretär Planck: Die Verwendung unterliegt dem Ermessen des jeweiligen Reichskanzlers und der Ueberprüfung durch den Präsidenten des Rechnungshofes. **Daß die jetzige Regierung sie nicht in diesem Sinne verwenden wird, liegt ja im Charakter dieser Regierung.** (Stürmische Heiterkeit.)

Rechtsanwalt Dr. Aron, Bevollmächtigter des Direktoriums der Preußenkasse, berichtet von der Prüfung des Unternehmens der Kölnischen Zeitung, die er zusammen mit Direktor Heingelmann in Köln vorgenommen hatte.

Als der Abg. Dr. Muhs (Natsoz.) von dem Zeugen erfahren will, ob Generalkonsul Maus im Moment der Verhandlung über die Herkunft des Kredits Bescheid gewußt habe, findet Dr. Aron unter allgemeiner Heiterkeit die klassische Antwort: **„Es kann sein, daß ich das damals wußte, es kann auch sein, daß ich es damals nicht wußte. Heute weiß ich jedenfalls nicht mehr, ob ich es damals wußte."**

Der Ausschuß vertagt dann die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag, 10 Uhr.

Hoeschs Abschied von Paris

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 19. OKTOBER

Das heutige Abschiedsfrühstück für den deutschen Botschafter von Hoesch am Quai d'Orsay gestaltete sich zu einer aufrichtigen Sympathiekundgebung für den scheidenden Botschafter, der zwölf Jahre lang in Paris zeitweise unter den schwierigsten Verhältnissen das Interesse des Reiches wahrgenommen und sich redlich um eine verständnisvolle Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich bemüht hat. Ministerpräsident Herriot hatte zu Ehren des Botschafters weit über den üblichen Kreis hinaus Mitglieder der französischen Regierung gebeten, an der Abschiedsfeier teilzunehmen.

Ministerpräsident Herriok widmete dem scheidenden Botschafter ungewöhnlich herzliche Worte des Abschieds. Er betonte nachdrücklich, daß Botschafter von Hoesch sich grade durch seinen Patriotismus und durch die zielbewußte Vertretung der deutschen Interessen, zugleich aber auch durch die Geradheit seines Wesens und durch auf langjährige Erfahrung beruhendem Verständnis für das französische Volk und Land allgemeine Achtung in Frankreich erworben habe. Man sehe ihn deshalb mit großem Bedauern von seinem Posten scheiden, an dem er stets zur Herbeiführung eines besseren Verhältnisses für Deutschland und Frankreich tätig gewesen sei. Das Ziel bleibe bestehen, und er glaube, daß trotz aller Schwierigkeiten dieses Ziel nicht unerreichbar sei.

Um dem Botschafter den besonderen Dank der französischen Regierung zum Ausdruck zu bringen, überreichte der Ministerpräsident Dr. von Hoesch eine Tafeldekoration der staatlichen Sèvres-Manufaktur. Botschafter von Hoesch dankte für die Worte des Ministerpräsidenten und für das Abschiedsgeschenk. Auch seine Rede war auf einen herzlichen und hoffnungsfreudigen Ton gestimmt. Er habe in den zwölf Jahren seiner Tätigkeit in Paris so gewaltige und schier unentwirrbare Probleme sich stellen und schließlich doch lösen sehen, daß er nicht mehr an die Unmöglichkeit einer befriedigenden Regelung einer politischen Frage glauben könne.

Im Anschluß an seine Dankesworte überreichte der Botschafter dem Ministerpräsidenten die Goethe-Medaille, die Herriot, wie berichtet, am 28. August dieses Jahres vom Reichspräsidenten Hindenburg verliehen worden ist.

In der nächsten Woche wird Botschafter von Hoesch auf seinen neuen Posten nach London übersiedeln.

Zwischenbilanz der Finanzen

Von

RICHARD WINNERS

Herrn von Papen wird es wirklich nicht leicht gemacht, „die autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volk zu bringen." Die Präsidenten der katholischen Arbeitervereine schreiben in ihrem offenen Brief, daß der Reichskanzler die Stimme der breiten Volksschichten nicht höre, da er auf der Rennbahn und bei Ausstellungen erscheine, aber nicht dort, wo die Volksmassen sind, die vom Schicksal der Wirtschaftskrise am bittersten heimgesucht werden. Sie sagen, daß zu keiner Zeit „eine so tiefe Unruhe, Verbitterung, Gärung durch das Arbeitsvolk" gegangen sei, wie jetzt, daß die Reichsregierung durch die Lohnsenkungs-Verordnung und die ganze Ankurbelung auf Kosten der Arbeitnehmer „nicht der Privat-Initiative, sondern dem Kommunismus eine Chance gegeben" habe. All diese Kritik, so sagt der Kanzler, „geht von völlig falschen Voraussetzungen aus." Mißverständnisse sind das alles, oder eigentlich sogar, da es ein Versuch ist, „das Aufbauprogramm der Reichsregierung geistig zu sabotieren", „Wahltaktik", „armselige Parteirücksicht". „Die Reichsregierung läßt sich von niemandem an sozialer Gesinnung übertreffen" und sie ist „sich ihrer Verantwortung bewußt."

Und da das so und nicht anders ist, hat die Reichsregierung daran gedacht, daß die Kürzungen der Juni-Notverordnung Menschen dem Verhungern nahebrachten. Sie hat eine Milderung der Härten dieser Verordnung vorgenommen. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge werden erhöht, und in der Sozialversicherung werden einige Bestimmungen der Dezember-Notverordnung beseitigt, wodurch jetzt wieder in einzelnen Fällen höhere Leistungen möglich sind. Das ist zweifellos richtig und gut, denn es war von vornherein klar, daß die Kürzungen der Juni-Notverordnung sich nicht würden durchhalten lassen. Bei näherem Zusehen stellt sich allerdings heraus, daß die Milderungen, die von den Deutschnationalen schon als ihr alleiniges Verdienst mit Rücksicht auf die Wahl in Anspruch genommen worden sind — weshalb es für die Regierung gar keinen Zweck hat, sich noch in dieser Richtung zu bemühen — wenigerenthalten, als ihr Etikett verspricht. Die Erleichterungen in der Sozialversicherung gründen sich auf Kann-Vorschriften. Es ist in das Belieben der Versicherungsträger gestellt, ob sie von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machen wollen oder nicht. Die Erfüllung der Leistungen ist von der Entwicklung der Finanzen abhängig, und für die haben wir alle eine lange Reihe guter Wünsche, aber keine Gewißheit. Schon das muß die Freude über die Beseitigung der untragbaren Bestimmungen etwas dämpfen. Noch bedenklicher scheint die ganze Sache — deren sozialpolitische Notwendigkeit außer Zweifel steht — unter dem Gesichtspunkt der Finanzpolitik.

Herr von Papen hat sich bei seinen Reisen darauf beschränkt, von dem zu sprechen, was sein jeweiliges „Volk" gerne hörte. Das kann man ihm schließlich nicht verdenken, denn bei so viel „Mißverständnissen" tut Beifall auch den Ohren eines autoritären Kanzlers wohl. Aber ein Wort hätte er doch wenigstens sagen sollen, wie es um die öffentlichen Finanzen steht. Nur hätte allerdings dann vielleicht der Beifall etwas gelitten. Denn es steht nicht gut. Die Umsatzsteuer ist, wie zu erwarten war, erheblich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. 1820 Millionen soll das ganze Jahr bringen, 543 Millionen sind in den ersten fünf Monaten aufgekommen. Auch bei der Einkommensteuer tritt eine Differenz auf, deren Größe sich noch nicht übersehen läßt. Der Ertrag ist mit 700 Millionen für das ganze Jahr veranschlagt und hat in den ersten fünf Monaten, in denen allerdings nur ein Fälligkeitstermin lag, 177 Millionen erbracht. Der Eingang der Einnahmen aus den Zöllen ist befriedigend, doch wird sich noch zeigen müssen, ob die Politik der Einfuhrhemmung nicht auch hier Ausfälle bringt. Insgesamt waren bis Ende August 2806 Millionen an Steuern und Zöllen aufgekommen, gegenüber einem Jahressoll von 7464 Millionen. Rechnet man die bisherigen Einnahmen unter der Annahme eines gleichmäßig weiterfließenden Ertrages auf das ganze Jahr um, so ergibt sich gegenüber dem Voranschlag ein Minus von 731 Millionen.

Es erweist sich eben doch, daß Zahlen furchtbar hartnäckig sind. Das schärfste Kommando kann sie nicht zum Parieren bringen. Es ist das Glück der Reichsregierung und des Reiches, daß dieses zwar nicht unerwartete, aber doch unan-

genehme Ergebnis zusammentrifft mit einer verhältnismäßig guten Verfassung des Geldmarktes. Das Defizit hat bisher akute Schwierigkeiten nicht ausgelöst, weil es gelungen ist, die Schatzanweisungen ohne Mühe unterzubringen und die fällig werdenden Schatzwechsel in neue umzutauschen. Aller Voraussicht nach wird das auch in den nächsten Monaten möglich sein, so daß einstweilen für die Kasse des Reiches keine Gefahren zu befürchten sind.

Die Schwierigkeiten liegen nach wie vor bei den Gemeinden. Es kann heute schon als sicher gelten, daß die Voraussetzungen, von denen die Reichsregierung bei der Juni-Notverordnung ausgegangen ist, nicht aufrechterhalten werden können. Diese Verordnung erfüllte eine von uns seit Jahren erhobene Forderung: das Risiko der Arbeitslosigkeit wurde, nicht formal, aber de facto, einheitlich etatisiert; der Beitrag der Gemeinden zur Finanzierung der gesamten Arbeitslosenfürsorge wurde auf einen festen Betrag, und zwar auf 680 Millionen für das Jahr 1932, begrenzt. Die Reichsregierung rechnete damals mit einem Durchschnittssatz von 500 M für einen Wohlfahrts-Erwerbslosen im Jahr. Es ist tatsächlich gelungen, die Unterstützungsleistung auf diesen Betrag — noch nicht 42 M im Monat! — herabzudrücken. Aber die Schätzung für die Zahl der Wohlfahrtsempfänger hat sich bei weitem als zu niedrig erwiesen. Folgende Durchschnittsziffern wurden damals zugrunde gelegt:

In der Arbeitslosenversicherung	1.250 Millionen
In der Krisenfürsorge	1.800 „
In der Wohlfahrtsfürsorge	2.150 „
Nichtunterstützte	0.750 „
Arbeitslose insgesamt	5.950 Millionen

Seit der Juni-Notverordnung sind folgende Verschiebungen eingetreten:

	Mai	Juni	Juli
In der Arbeitslosenversicherung	1.076	0.940	0.757 Mill.
In der Krisenfürsorge	1.582	1.544	1.354 „
In der Wohlfahrtsfürsorge	2.269	2.337	2.420 „
Insgesamt	4.927	4.821	4.531 Mill.

Die von der Reichsregierung angenommenen Jahresdurchschnittszahlen in der Versicherung und der Krisenfürsorge werden also zweifellos unterschritten, in der kommunalen Wohlfahrt dagegen überschritten werden.

Es wird kaum möglich sein, daß die Gemeinden die Mehrbelastung, die ihnen auf diese Weise entsteht, aus eigener Kraft tragen können. Sie werden genug damit zu tun haben, das ohnehin in diesem Jahr entstehende Defizit, für das der Deutsche Städtetag die Zahl von 550 bis 600 Millionen angibt, durchzuhalten. Entsprechend der grundsätzlichen Absicht der Juni-Notverordnung und ihrer ausdrücklichen Bestimmung fordern die Gemeinden daher, daß ihnen wenigstens die in der Versicherung und der Krisenfürsorge entstehenden Ueberschüsse als Ausgleich für die Mehrbelastung in der Wohlfahrt zugelegt werden. Das Reich hat diesem Wunsche nicht entsprochen, erstens weil sich die Höhe der mutmaßlichen Ersparnisse außerordentlich schwer voraussehen läßt; zweitens weil über den größten Teil der Gelder bereits verfügt ist. Sie mußten eben dazu dienen, jenen Winterzuschlag zu finanzieren, der den Unterstützungsempfängern in der Versicherung und der Krisenfürsorge gewährt werden soll. Den Gemeinden muß dann auf irgendeine andere Weise geholfen werden. Das soll geschehen in Verbindung mit einer besonderen Arbeitsbeschaffung.

Es ist eine Erfahrungstatsache, daß bei Neueinstellungen zuerst die kurzfristig Arbeitslosen, die in der Versicherung und der Krisenfürsorge sind, Berücksichtigung finden. Die Wohlfahrtserwerbslosen, die weitgehend identisch sind mit den langfristig Arbeitslosen, würden also aller Voraussicht nach auch bei einem Gelingen des Papen-Planes leer ausgehen. Im Interesse dieser Arbeitslosen und der Gemeinden muß einer solchen Entwicklung entgegengewirkt werden, und aus dieser Ueberlegung sind die Vorschläge für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gemeinden entstanden. Am bekanntesten ist der sogenannte Gerecke-Plan geworden. Er hat keine Aussicht mehr auf Verwirklichung, da er zu viel Gefahren in sich birgt. Dasselbe gilt von anderen Vorschlägen, die den öffentlichen Betrieben Steuergutscheine für die Neueinstellung von Arbeitslosen zur Verfügung stellen oder die Lohnprämie für die Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen erhöhen, oder die Gemeinden zur Leistung einer zusätzlichen Prämie heranziehen wollen.

Mehr Aussicht auf Verwirklichung hat ein anderes Projekt: den Gemeinden soll die Möglichkeit einer zusätzlichen Arbeitsbeschaffung nach den Grundsätzen der Fürsorge-Arbeit gegeben werden. Die Finanzierung ist so gedacht, daß ein Drittel der benötigten Gesamtsumme von den Gemeinden aufgebracht, ein weiteres Drittel in Steuergutscheinen des Reiches zur Verfügung gestellt und das letzte Drittel durch Wechsel finanziert wird. Die Reichsbank, die letzten Endes bei diesem letzten Drittel zum mindesten herhalten müßte, hat sich begreiflicherweise bisher noch nicht bereitgefunden, zu ihren vielen Verpflichtungen noch eine neue in der Größenordnung von vielleicht 200 Millionen zu übernehmen. Gegen das ganze Projekt muß überhaupt eingewendet werden, daß es die Problematik der Arbeitsbeschaffung nur erhöht, wenn neben den Papen-Plan jetzt noch ein zweiter Plan treten soll. Aber es handelt sich bei diesen Dingen ja immer wieder um das kleinere Uebel. Man kann der Verschiebung der ganzen Last der Arbeitslosigkeit auf die langfristig Arbeitslosen, die Aermsten der Armen, nicht als naturnotwendig hinnehmen. Den Gemeinden muß im Interesse der öffentlichen Finanzen, die doch immer nur als eine Einheit betrachtet werden können, eine Erleichterung dieser Last zuteil werden. Es ist bisher trotz aller Einwände immer noch keine Möglichkeit aufgezeigt worden, wie beides billiger und mit geringerem Risiko erreicht werden könnte als durch eine besondere Arbeitsbeschaffung der Gemeinden.

Siehe auch dritte Seite

Der Kurs des Zentrums

Brüning in Köln

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖLN, 19. OKTOBER

Dr. Brüning, der am Mittwoch abend in der Kölner Rheinlandhalle seine erste große Wahlrede hielt, vom Kölner Parteivorsitzenden als „der wahre Führer der Deutschen Zentrumspartei" begrüßt, betonte zu Anfang seine enge Freundschaft mit Kaas, die es lächerlich erscheinen lasse, von Meinungsverschiedenheiten zu reden. Er wolle indeß, da Kaß deutlich war, nicht jeden Satz der Kaßschen Polemik gegen die Regierung wiederholen.

Verhandlungen mit einer Partei wie den Nationalsozialisten müßten erstens behutsam und vorsichtig geführt werden. Man hätte nicht den Staatsstreich gegen Preußen machen sollen, denn bei Trennung der Gewalten hätten ohne Gefahr für die Verfassung die Ansprüche der Nationalsozialisten leichter befriedigt werden können.

Der zweite politische Fehler war, den Nationalsozialisten die vorhergehende Reichstagsauflösung zuzusagen, ohne sie zuvor verantwortlich in die Regierung hineinzunehmen. Denn selbstverständlich wurden nach ihrem großen Zuwachs nachher die entsprechenden Wechsel präsentiert. **Die Aufgabe des Zentrums sei in den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten gewesen, ohne Gefahr dafür, daß irgendwer, auch nicht die Regierung, die Verfassung verletze, zu einer Lösung zu kommen die dem Reichspräsidenten ermöglicht hätte, ihr einen personellen Ausdruck zu geben.**

Die Regierung Papen treibe immer wieder Prestigepolitik. Aber Verfassung und politische Experimente vertrügen sich nicht mit einem wirtschaftlichen Ankurbelungsprogramm.

Sein schärfster Vorwurf richtete sich bei aller Anerkennung gewisser wirtschaftlicher Maßnahmen der Reichsregierung dagegen, daß die Aufgabe eine klare Abdeckung des Defizits in Reich, Ländern und Gemeinden zu erreichen, nicht erfüllt werde. Davon aber hänge die Stabilität der deutschen Währung ab.

Für die Verfassungs- und Reichsreform gelte der gleiche taktische Gesichtspunkt. Sie hätte im jetzigen Zeitpunkt unterbleiben müssen. **Aus den Andeutungen der Reichsregierung gewinne man den Eindruck, daß sie den Weg des Konflikts gradezu suche.** Der Weg der Demokratie aber sei notwendig für ein Volk, das nicht wieder in das Vorkriegssystem zurückfallen, alle Trümpfe in der Außenpolitik verlieren und erneut in die Situation hineinstürzen solle, wie sie den Weltkrieg heraufbeschworen hätte.

Brüning kam dann auf die Mahnung Kaas' zurück, daß sich die Parteiführer zusammenfinden müßten, um gemeinsam einen Ausweg zu finden. An dieser Möglichkeit könne ihn auch die Kritik nicht irre machen, die bereits bis heute geäußert worden sei.

Habe man einen inneren Fundus von ruhigen Nerven, dann werde es auch möglich sein, die Kräfte der nationalsozialistischen Bewegung positiv zu binden. Auch die letzten Aeußerungen Hitlers machten ihn nicht irre. Denn Hitler müsse einsehen, wenn er weiter die ganze Macht fordere, werde er nur eins erreichen, dauernd von der Macht ausgeschlossen zu sein.

Nach der linken Seite müsse er sagen, lege man die Hände in den Schoß und warte man ab, was eines Tages kommen möchte, entschließe man sich nicht, den Mut zur Gesundung des Parlaments und der Verfassung zu entwickeln, dann werde es eines Tages so weit sein, daß solche Parteien das Wort demokratisch aus ihrem Namen und Programm streichen müßten.

Die Rede Brünings brachte ersichtlich Teilen der im übrigen gut besuchten Versammlung nicht das, was sie erhofft hatten. An manchen Stellen, besonders in dem Teil, der sich mit den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten befaßte, applaudierte fast nur die Vorstandsestrade.

Das Harzburger Rededuell

Eine Weltmeisterschaft im Schwergewicht hätte keine größere Sensation bedeutet als die gestrige Versammlung der Deutschnationalen in der Hasenheide, in der sich die Abg. Steuer und Schmidt mit Goebbels duellierten. Der Vergleich trifft auch auf den massiven Stil, sozusagen den Tiefschlag-Comment der Veranstaltung zu, die erst nach gegenseitiger, heftiger Schimpfkanonade zustande kam, aber schließlich doch ohne ernsthafte Störung durchgeführt werden konnte.

Auf alle Fälle hatte Goebbels eine Leibwache von 200 S.A.-Leuten mitgebracht. Bei den Deutschnationalen war der Stahlhelm zum Saalschutz aufmarschiert. Die Versammlung selbst schied sich ungefähr zu gleichen Teilen in die beiden feindlichen Lager, die sich wenigstens mit Stimmgewalt gegenseitig unterzukriegen suchten.

Das Ergebnis dieses Disputs? Daß eine Annäherung zustande kommen könnte, war bei der ständigen Verschärfung der Gegensätze in der letzten Zeit selbstverständlich nicht zu erwarten. Man hielt sich unter der Devise „Gegen den Parteienstaat" wechselseitig das parlamentarische Schuldkonto vor, hier Dawes-Plan, dort schwarz-braune Koalitionswünsche. Die ganze Auseinandersetzung bot den Anblick einer parlamentarischen Debatte. Auf einige Einzelheiten, die von historischem Interesse zum Thema „Harzburg" sind, werden wir noch zurückkommen.

Die Folgen von Simmering

Rechts-Kurs in Oesterreich

Bericht der Vossischen Zeitung

WIEN, 18. OKTOBER

Der sonntägige Straßenkampf in Simmering hat die Lage der Opposition sehr erschwert, der Regierung Dollfuß ungeahnt wieder in den Sattel geholfen.

Man kann die sozialdemokratische Parteileitung nicht unmittelbar für den Zwischenfall verantwortlich machen. Es steht wohl fest, daß die Schießerei zwischen roten Schutzbündlern und Braunhemden von Kommunisten provoziert wurde. Aber der Eindruck in der großen Oeffentlichkeit ist schlecht — 70 Gewehre, 15 Pistolen wurden in diesem Parteiheim beschlagnahmt! Lacht der Dritte. Es war schon etwas in Bergesenfenheit geraten, daß in Wien bei den letzten Gemeinderatswahlen über 200 000 Stimmen für die Nationalsozialisten abgegeben worden waren. Die bürgerlichen Parteien würden bei Parlamentswahlen schwere Verluste erleiden. Die Sozialdemokraten konnten zwar damit rechnen, daß sie ungefähr gleich stark bleiben würden, aber sie wußten auch, daß bei Einzug von 30 oder 40 Nazis keine regierungsfähige Mehrheit gebildet werden könnte. Immerhin hatten sie das Drohmittel, Neuwahlen zu erzwingen. Sie haben es fürs erste verloren. Sie führten gegen die Hitlerpartei den grimmigsten Kampf, schlugen für die Bürgerlichen die Schlacht — und sehen zum Dank jetzt die Heimwehr am Ruder, österreichische Stahlhelmleute, die wegen Starhembergs geringer Führerbegabung und wegen des Zwists zwischen Nationalen und Legitimisten schon endgültig abgewirtschaftet zu haben schienen.

Es heißt an der Macht bleiben um jeden Preis, hatten Dr. Dollfuß und sein Biezekanzler Winkler, der Landbündler, erklärt. Sie hatten sich verbissen in die ihnen selbst recht ungeheuerlich erscheinende Lausanner Anleihepolitik, in die sie sich hatten hineinziehen lassen; es ist unvergessen, bis zu welchen Methoden man herabsteigen mußte, um bei den vielen Abstimmungen die jeweils eine oder zwei Mehrheitsstimmen zu erhalten. Die Großdeutschen haben sich seitdem nicht aus ihrer Gegnerschaft zurückholen lassen, nicht mit Angebot von Ministersitzen, nicht mit Bedrohungen, Abberufung des Gesandten Dr. Frank aus Berlin und Vormerkung anderer Großdeutscher, die noch in höheren Amtsstellen tätig sind. So mußte Dr. Dollfuß mit Besorgnis den neuen Kämpfen im Parlament entgegensehen, zumal sein eigener Unterrichtsminister, der Heimwehrfreund Dr. Rintelen, sich auf das Erbe der Kanzlerschaft vorbereitete. Jetzt, infolge des Simmeringer Blutvergießens, konnte Dollfuß selbst die Heimwehrführer zu sich holen. Als grade vor dem Arbeiterheim die tödlichen Schüsse krachten, nahm er auf dem Heldenplatz vor der Burg sozusagen die Parade über neuntausend Heimwehrler ab, und Fürst Starhemberg durfte ihn beschwören, der „starke Mann" zu werden. Tiroler Gauführer Dr. Steidle forderte die „Präsidialregierung". Prompt wurde der Kommandant der Wiener Heimwehr, Major Fey, zum Staatssekretär für öffentliche Sicherheit ernannt, und prompt war dessen erste Tat ein Verbot für republikanische Blau-, nationalistische Braun- und kommunistische Rothemden, fernerhin noch zu demonstrieren, aufmarschieren, exerzieren. Das dürfen hinfort nur noch die Heimwehren in den Steirerjacken und mit dem Hahnenschwanz auf dem grünen Hütel.

Als Dr. Schober noch Bundeskanzler war, hatte er die allgemeine Abrüstung gewollt. Er wurde gestürzt, weil die Heimwehren erklärten, daß sie nicht dasselbe seien wie der „Schutzbund". Die Führer dieser in Oesterreich rein sozialdemokratischen Organisation aber sagten zu, daß sie die Waffen herausgeben würden, wenn alle das gleiche täten. Als dann die schon diktatoriale, aber kurzlebige Regierung Buquoi-Geyer-Starhemberg vor den Neuwahlen des jetzigen Nationalrats gebildet wurde, beschlagnahmte man einzig sozialdemokratische Waffenlager, während die Heimwehrblätter schöne fotografische Aufnahmen von Geländeübungen mit Stahlhelmen, Gewehren und Maschinengewehren, in Tirol gar mit Kanonen, veröffentlichten. Nach Fens Verbot der Aufmärsche aller politischen Gegner wird zweifellos auch deren strenge Entwaffnung folgen. Würden dann später auch die Heimwehren ihre Waffen für überflüssig erklären und sie loyal an Heer, Gendarmerie oder Polizei, die für Aufrechterhaltung der Ordnung genügen sollten, abliefern, wäre gegen solchen Umweg zur allgemeinen Abrüstung nichts einzuwenden. Aber dies entspricht wohl nicht dem Programm der Herren. Sie wollen ein diktatoriales Regime, verlangen die Ausschaltung der Volksvertretung, und was eine Reihe von ihnen gegen die Republik im Sinne haben, ist kein Geheimnis. So helfen die Nationalsozialisten, wie im Reich, vielleicht einer Reaktion zur Macht, die ihr eigenes „Programm" in Fetzen reißen wird. Aufgehetzte sozialdemokratische Arbeiter geben mit der Schießerei den Vorwand zur Machtergreifung einer Minderheit und schwächen ihre eigene Führung.

Karl Lahm.

Immer neue Hirsche . . .

Thema für künftige Privatdozenten der Geschichte: die Rolle des Hirsches in der Preußischen Politik von 1932 bis . . . Als Material liegt bisher vor: Göring will in den preußischen Staatsforsten einen Hirsch schießen, Göring ist mit dem ihm zur Verfügung gestellten Tier nicht zufrieden, Kerrl schreibt deswegen einen gekrünkten Brief an den Staatssekretär Schlesener, Granzow überweist Göring einen mecklenburgischen Hirsch . . . Und jetzt diese Kleine Anfrage der nationalsozialistischen Fraktion des Preußischen Landtags:

In der Presse wurde in den letzten Tagen bekanntgegeben, daß sich der Reichskommissar für Preußen, Herr Reichskanzler von Papen, nach Ostpreußen begeben habe, um dort die „Not der ostpreußischen Landwirtschaft" im einzelnen festzustellen. Tatsächlich hat Reichskommissar von Papen entsprechend dem Vorbild seines großen Vorgängers, des Herrn Ministerpräsidenten Dr. h. c. Otto Braun, in der Nomintener Heide Hirsche gejagt, was wohl nicht direkt mit der „Not der Landwirtschaft in Ostpreußen" in Verbindung steht. Außerdem hat Herr Reichskommissar von Papen in Trakehnen am Duerseldein-Rennen teilgenommen. Auch das dürfte nicht direkt mit der auch von uns behaupteten „Not der Landwirtschaft in Ostpreußen" in Verbindung stehen. Lediglich in Tilsit hat der Herr Reichskommissar von Papen beim Kassee mit dem Landrat Penner über die „Not der Landwirtschaft in Ostpreußen" gesprochen.

Wir fragen das Staatsministerium:

1. Billigt es die tendenziöse Darstellung der Regierungspresse, eine Vergnügungs- und Jagdreise des Reichskommissars für Preußen, Herrn von Papen, als Dienstreise zu frisieren, durch die der Eindruck erweckt werden soll, der Reichskommissar von Papen kümmere sich tatsächlich um die Not der Landwirtschaft in Ostpreußen?
2. Hat Herr von Papen als Reichskommissar für Preußen weiter nichts zu tun, als Staatshirsche zu schießen?

Man sieht, die Nationalsozialisten sind, was die Hirsche anbetrifft, besonders empfindlich; allerdings je nach Lage des Falles mit bemerkenswerten Unterschieden: für Göring können die Hirsche nicht groß, für Papen nicht klein genug sein. Uns, die wir in die Geheimnisse ihres Seelenlebens nicht so eingeweiht sind, ist die ganze Aufregung nicht recht verständlich. In einer Zeit, wo so viel Böcke geschossen werden, sollte man um einen Hirsch nicht soviel Aufhebens machen.

Antonomer Rundfunk!

In einigen Tagen werden sich die Staatskommissare der deutschen Rundfunksender zusammensetzen, um den Entwurf der neuen Richtlinien durchzuberaten, bevor sie dem Reichsrat zur Prüfung zugeleitet werden. Man geht diesmal sehr viel behutsamer vor als vor zwei Monaten, man hat von dem einen Fall Scholz genug. Hugenbergs „Schnelldienst" bläst zur Retraite: einige Leute hätten sich „zu weit vorgewagt", die Gefahr einer „Marneschlacht des Rundfunks" wird beschworen. Auch der „Lokal-Anzeiger" redet den verantwortlichen Instanzen gut zu, „daß man ein Maximum funkischer Leistung und ein Minimum staatlicher Zwangsverwaltung erreichen müsse", Autonomie des Rundfunks bei staatlicher Führung sei das Problem. Das ist eine recht höhlische Absage an gewisse Bemühungen, dem neuen System kulturpolitische Omnipotenz einzureden. Und man fragt sich: wozu die ganze Funkrevolution, warum mußte alles ganz von vorn beginnen, wenn man im gleichen Blatt die Klage liest: „Wie sollte Arbeit geleistet werden, wenn Ziel und Raum dieser Arbeit nicht feststehen, wenn die Gewalten nicht abgegrenzt, die Verträge offen sind, unter denen man schaffen soll?"

Wie schade, daß diese Erkenntnis erst jetzt kommt, wo eine Schlamperei wie am letzten Sonntag — die Anfage zur „Rosenkavalier"-Uebertragung verspätete sich so sehr, daß bei der Umschaltung auf die Staatsoper die Ouvertüre sich schon ihren letzten Takten näherte — nur noch Achselzucken auslöst.

Ueber 40 000 Hörer hat der Rundfunk verloren. Die offizielle Statistik beeilt sich, nachzuweisen, daß die Mehrzahl der Abmeldungen aus sozialer Not erfolgte, nicht etwa aus Verärgerung über die rapide Niveausenkung. Wir wollen das dahingestellt sein lassen. Daß es so wie jetzt nicht weitergeht, darüber ist man sich im Haus des Rundfunks klar. Der Berliner Intendant Dr. Duske verspricht denn auch manches Neue: regelmäßige Veranstaltungen unter der Devise „Wir erinnern an", „Wir stellen vor", „Dürfen wir Ihnen raten" soll eine Stunde heißen, in der ein Mann und eine Frau über Gegenwartsfragen plaudern werden; schöpferische Menschen sollen Auskunft geben: „Ich arbeite an . . .", als erste Malter von Molo und Professor Bartning. Regelmäßige Kolloquien sollen Lebensfragen der Gegenwartskultur klären, Themen: „Moderne Seelsorge", „Was sucht das Publikum im Theater?" Eine Serie von soziologischen Hörmontagen unter dem Titel „Der Aufruf" sollen im November mit der Veranstaltung „Ablösung des Bürgers?" beginnen. Der deutschen Landschaft, ihrem Eigenleben, ihren Sorgen, soll ein „Dienst an der Erde" gelten, der mit der Ostmark beginnen wird.

Das ist eine ganze Menge. Sie ist nur dann zu bewältigen, wenn feste Stellungen auf lange Sicht bezogen werden können. Die hohen Stäbe tun gut, möglichst weit hinten zu bleiben. Auf daß es zu keiner „Marneschlacht des Rundfunks" komme.

*

Nach den neuen Funk-Richtlinien sollen parteipolitische Darbietungen nicht mehr zugelassen sein. Dementsprechend hat das Reichsministerium des Innern jetzt beschlossen, **den politischen Parteien den Rundfunk im gegenwärtigen Wahlkampf für Wahlreden nicht mehr zur Verfügung zu stellen.** Vor der letzten Reichstagswahl war den großen Parteien der Rundfunk je eine halbe Stunde freigegeben worden.

Schleicher und das S.-A.-Verbot

Ein Interview Groeners — Schleicher wollte Hitler ein Ultimatum stellen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNCHEN, 19. OKTOBER

Die „Augsburger Postzeitung", ein führendes Organ der Bayrischen Volkspartei, veröffentlicht heute abend ein Interview mit dem früheren Reichswehrminister General Groener. Groener äußerte sich hier über die im April dieses Jahres erfolgte Auflösung der S.A. wie folgt:

„Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit, die S.A. aufzulösen, die unser öffentliches Leben und schließlich auch die friedliche Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung selbst bedrohte, bestanden nicht, weder innerhalb des Kabinetts Brüning noch innerhalb des von mir geleiteten Reichswehrministeriums. Erst nachdem die Aktion schon im Rollen war, entstanden Auffassungsunterschiede zwischen mir und meinem langjährigen Mitarbeiter General von Schleicher. Sie berührten aber nicht die Auflösung selbst, sondern lediglich die dabei einzuschlagende Taktik. General von Schleicher kam auf den Gedanken, Hitler eine Art von Ultimatum zu stellen, eine Frist, binnen deren er sich selbst über die Umbildung seiner S.A. entscheiden sollte. Gegen diesen Gedanken erhoben sich indes staatsrechtliche und politische Bedenken. So entschied sich der Herr Reichspräsident auf einstimmigen Vorschlag des Kabinetts am 12. April 1932 für die unmittelbare Auflösung der S.A. Deren wertvolle Elemente sollten nach seinem Plan dann in einer bedenkenfreieren Gestalt wieder Verwendung finden können."

Auf die Frage des Korrespondenten, warum dieser Entschluß schon zwei Tage nach der Wiederwahl des Reichspräsidenten gefaßt worden sei, erklärte Groener: „Die Länder Bayern und Preußen, denen Württemberg, Baden, Hessen und auch Sachsen Gefolgschaft leisteten, bekundeten die Absicht, ihrerseits S.A.-Verbote zu erlassen. Hätten wir diesen Bestrebungen freien Lauf gelassen, so wäre in dieser ernsten Frage innerhalb des Reichsgebietes verschiedenes Recht entstanden, ein für die Autorität des Reiches und die Ordnung schlechthin unerträglicher Zustand. Ein Hinausschieben der Entscheidung wäre schon aus diesem Grunde unverantwortbar gewesen."

Groener begründete seine Weigerung, die Errichtung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung: „Schon im Jahre 1931 habe ich geplant, alle Wehrverbände wie Stahlhelm, S.A., Reichsbanner usw. unter den von mir wegen seiner politischen Unvoreingenommenheit hochgeschätzten General v. Stülpnagel in einer Dachorganisation zusammenzufassen. Wir wollten dadurch die Gegensätze mildern und die feindlichen Verbände an vaterländische Zusammenarbeit gewöhnen ... Aber es schien mir unmöglich, die Verbände zusammenzufassen, solange nicht die S.A. verschwände. Ich wollte die S.A. von ihren Auswüchsen befreien, ihren guten Kern aber retten."

Die Erhöhung der Sozialleistungen

Arbeitsminister Schäffer im Rundfunk

Reichsarbeitsminister Schäffer erläuterte die Notverordnung über die Erhöhung der sozialen Leistungen gestern abend im Rundfunk. Er wies auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hin, die im August und September um rund 300 000 Personen zurückgegangen ist, während sie sich im Vorjahr in der gleichen Zeit um 360 000 erhöht hatte. Soweit sich bisher übersehen lasse, sei auch in der ersten Oktober-Hälfte die Arbeitslosigkeit nicht gestiegen, während sie im vergangenen Jahr um 30 000 in die Höhe gegangen sei. Daß die Beschäftigung, wenn auch langsam, zunehme, zeige die Tatsache, daß sich die Beitragseinnahmen bei den Versicherungsträgern wieder erhöhen. Die Reichsregierung lasse sich in ihrem Ziel, aus Unterstützungsempfängern wieder Lohnempfänger zu machen, nicht abbringen, „weder durch einseitige Kritiker und falsche Propheten, noch weniger durch den Geist der Verneinung und Zersetzung".

Nachdem der Arbeitsminister die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes rühmend erwähnt hatte — hier könnten die Alten von den Jungen lernen — verteidigte er die Lohnsenkungs-Verordnung, der bis jetzt 51 000 Arbeitslose die Wiedereinstellung verdanken. Wer diese Zahl nicht zu würdigen wisse, solle sich von den Neueingestellten belehren lassen. Bemerkenswert war aber immerhin die Erklärung, daß es dem Sinn der Verordnung widerspreche, die Löhne auch dort zu senken, wo eine Senkung nicht mehr vertretbar sei. Der Betrieb sei gut beraten, wenn er sich deshalb vorher mit seiner Belegschaft verständige und wenn er etwaige überhohe Gehälter der leitenden Angestellten mit den heutigen Verhältnissen in Einklang bringe. Besonderen Auftrieb der Beschäftigung erwarte die Reichsregierung von den Steuergutscheinen. Von dem Arbeitgeber müsse als zusätzliches Opfer verlangt werden, daß er auch eigene Mittel einsetze. Jeder Steuergutschein, der nicht in Arbeit umgesetzt werde, habe seinen Zweck verfehlt.

Der Minister teilte ferner mit, daß die Reichsregierung zum Bau von kleinen Eigenheimen Hypotheken von 1500 bis 2000 Mark gewähren wolle. Es seien im Rechnungsjahr 1933-34 20 Millionen dafür bereitgestellt. Mit einem Aufruf zur Beteiligung an der Winterhilfe schloß der Minister.

Spitzenkandidat Dr. Schreiber

Die Staatspartei hat für die Wahlkreise Berlin und Potsdam II eine gemeinsame Kandidatenliste aufgestellt. An der Spitze steht der preußische Handelsminister Dr. Schreiber. An zweiter Stelle steht in beiden Wahlkreisen der frühere Reichstagsabgeordnete Baumeister Otto Colosser. Es folgt dann als Vertreter der Jugend Dr. Kurt Goepel und als Vertreterin der Frauen die Sozialbeamtin Adele Berensson.

In der Pfalz kandidieren für die Staatspartei Weingutsbesitzer Kubp-Edenkoben und Dr. Rittershausen-Frankenthal.

Verboten

Der hessische Innenminister hat die in Darmstadt erscheinende nationalsozialistische „Hessische Landeszeitung" mit ihren Kopfblättern bis zum 23. Oktober verboten, wegen eines Vorwurfs der parteilichen Amtsausübung gegen den Innenminister und wegen einer böswilligen Verächtlichmachung des Reichskanzlers.

Der Prinz von Homburg

Deutsches Theater

Die Aufführung war zugleich ein Jubiläum. Vor fünfundzwanzig Jahren hat Max Reinhardt das schönste Schauspiel von Heinrich von Kleist und vielleicht das vollendetste unserer dramatischen Literatur zum ersten Male gegeben. Solche Feiern können sehr wehmütig sein, überdies dürften auch Theaterjahre doppelt zählen; aber wenn man mit der Besetzung von damals vergleicht, die dem heutigen Programm beigegeben wurde, alle wesentlichen Darsteller sind noch am Leben bis auf Ludwig Hartau, der den Opfertod Frobens bei Fehrbellin mit unvergeßlicher Nachdrücklichkeit berichtete. Die Schauspielkunst scheint also keine ungesunde, lebensverkürzende Kunst zu sein.

In diesen fünfundzwanzig Jahren ist Friedrich Kayßler vom Prinzen bis zum Kurfürsten vorgerückt; gewiß eine legitime Beförderung, die mir aber merkwürdigerweise an einigen Stellen etwas verfehlt schien. Vielleicht sollte der Herrscher statt der blonden eine graue Perücke tragen, was ja auch der Barockmode seiner Zeit entsprechen würde. Die Figur, eine der interessantesten unserer Literatur, zusammengesetzt und undurchsichtig, kann sehr verschieden ausgelegt oder angelegt werden. Wir scheint das die Hauptsache: auch dieser Kurfürst, wie sein Darsteller, wäre fünfundzwanzig Jahre früher selbst ein Prinz von Homburg gewesen; er hat sich aus ungestümer Jugend herausgearbeitet und an dem Begriff der Pflicht hart gehämmert. Das Temperament von einst müßte noch zu spüren sein.

Kayßler ist der durch seine Intelligenz, durch seine Verantwortlichkeit Ueberlegene, ist ein zugleich weiser und harter Richter, ist es so sehr, daß er mir fast den Eindruck eines beamteten Richters machte. Etwa Präsident des Oberverwaltungsgerichts oder so ähnlich. Weil es Kayßler ist, hat er natürlich auch ein Herz, das sogar zum Schluß sehr jugendlich schlägt, und das Lächeln des Verstehens. Aber etwas Sultan, wozu mehr Laune gehört, sollte er doch sein. Wie könnte er sonst spielen, noch dazu mit einem Sonnambulen?

Es ist die Schönheit dieses Stückes, daß es trotz Schlacht, Verurteilung des Helden, drohender Hinrichtung, als Spiel beginnt, als Spiel wieder endet und gar wie ein Märchen. Ein Märchen aus der harten Jugend des Preußentums. Also ein doppeltes Wunder.

Mit dem Prinzen hat Reinhardt ein glückliches Experiment gemacht, er nahm Gustav Fröhlich vom Film und von Gitta Alpar weg. Dieser Prinz war vor allem jung und fast Knabe; er soll ja erst Mann werden, wenn er in sein eigenes Grab geschaut hat. Dieser Prinz ist naiv, er liebt aus einem blonden Herzen, sehr deutlich zum erstenmal, und er verträgt auch zu träumen. Was an dem Stück Traumsphäre ist, und sie war ja die Heimat dieses unglücklichen Dichters Kleist, das hat Reinhardt mit diesem Darsteller ausbreiten können.

Man glaubte ihm auch das Mann-werden, und so gab es eine grandiose Szene, wenn Kurfürst und Prinz sich am Schluß als zwei Männer anerkennen, der eine an der Jugend des anderen verjüngt, der andere an diesem Erzieher, an diesem Vater reif geworden. Verloren ging Fröhlich die Szene der Todesangst; er kam da in keine Tiefe. Manches fehlt noch an einem Künstler; bei einem schönen Organ wird die Sprache oft brockig, stößt sich und hindert den Strom.

Ein männliches Stück und zugleich ein Spiel, in das auch Frauenhände eingreifen. Die Prinzessin Natalie, früher bei Else Heims, hat jetzt Helene Thimig. Eine Künstlerin von ihrem Rang macht gewiß alles richtig, wobei die Frage bleibt, ob sie auch von Natur die richtige ist. Natalie ist ein warmes, resolutes, kluges Mädel, das zum ersten Mal liebt und für ihre Liebe zum ersten Mal handelt. Dieses zum ersten Mal fehlte mir etwas und setzt wohl eine anfängliche Naivität voraus. Bei aller Bornehmheit und Beseeltheit — eine Natalie sollte eigentlich noch keine Iphigenie gewesen sein.

Die Kurfürstin von Helene Fehdmer war mehr mütterlich als fürstlich, oder sagen wir, mehr Landesmutter als Barockfürstin.

Von der alten Besetzung ist Paul Wegeners Oberst Kottwitz geblieben. Genau so herrlich wie vor fünfundzwanzig Jahren. Sein Sondererfolg war höchst berechtigt, jedes Wort von ihm, jedes Mucken und Gucken in dem alten zerfaurenen Veteranengesicht eine Freude.

Dann noch der wackere Dörfling von Eduard von Winterstein und der vornehm verhaltene Hohenzollern von Siegfried Schürenberg. Mit vielen anderen bewährten Darstellern wurde Reinhardt stürmisch und ausdauernd gerufen; seine erneuerte Aufführung hat manches überdauert, was in diesen fünfundzwanzig Jahren gekommen ist, mehr mit Forderungen und Ansprüchen als mit nachwirkenden Leistungen. Er war damals schon General und ist es geblieben, wenigstens wenn er seine Kerntruppe des Deutschen Theaters führt, die sich unter ihm immer noch glänzend zu schlagen weiß.

Arthur Eloesser.

Aus den Theatern. Erika von Thellmann spielt statt der erkrankten Else Eckersberg in Shaws neuem Stück „Zu wahr, um schön zu sein", das am Freitag, 21. Oktober, im Theater in der Stresemannstraße zur Aufführung gelangt.

Vier Jahre Staatskrise /

Von FRITZ KERN
Professor an der Universität Bonn

Brünings Präsidialkabinett

In der Artikelreihe, die der Bonner Historiker unserer jüngsten Vergangenheit widmet, wurde zunächst (Nr. 501) der Ausgangspunkt beleuchtet: der Young-Plan. Kern bejaht die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Reparationsregelung, weil ohne die Befreiung des deutschen Territoriums alle Politik in der Sackgasse geblieben wäre. Heute schildert er den Epochen-Einschnitt von 1930: den Uebergang zur Präsidialregierung.

Von seiner Wahl zum Reichspräsidenten bis zu Stresemanns Tod (1925—1929) hatte sich Feldmarschall von Hindenburg der parlamentarischen Handhabung der Weimarer Verfassung mühelos eingefügt. Der ganzen Epoche gab bei wechselnden Kanzlern und Ministern eigentlich so wenig der Reichstag als solcher wie der Reichspräsident das Gepräge. Stresemann, durch das Parlament gegangen, aber längst der Parteipolitik entwachsen, riß alles mit auf der Bahn seiner Außenpolitik, worüber Finanzgebarung, Behördenapparat, Ressortzuständigkeiten stärker, als es dann Stresemanns Erben erfreulich fanden, vernachlässigt wurden. Von der schöpferischen Persönlichkeit des vielumstrittenen, letzten Nationalliberalen waren so ziemlich allein jene Kraftströme ausgegangen, die dem Deutschen Reich nach dem marterreichen Büßerweg von 1919—1924 endlich wieder erlaubten, unter den Staaten Europas sein Wort mitzusprechen, wovon seine Nachfolger den Nutzen ziehen konnten. Er hatte die Vorzüge und Schwächen eines großen Parlamentariers von europäischem Widerhall.

Aber nun war Stresemann gestorben, sein heißumkämpftes auswärtiges Werk war zwar unvollendet, weil sein Ziel, auch die Ostfragen zu regeln, offen blieb, als ihn die Krankheit übermannte, aber durch die noch von ihm durchgesetzte Rheinlandräumung war eine wichtige Etappe erlangt.

Im Innern aber krachte das Gebäude in wesentlichen Fugen. Es war nicht Hindenburgs Wunsch und Wille, mit dem System der ihm von den Fraktionen präsentierten Kabinette zu brechen. Es war die Unfähigkeit der Fraktionen, ihm eine arbeitsfähige Regierung zu präsentieren, was den alten Feldmarschall zwang, im März 1930 eine präsidentielle Handhabung der Verfassung zu versuchen. Er unterzog sich dieser notstandsartigen Aufgabe mit demselben geradlinigen Pflichtgefühl, das ihn seit den Vorstößen und Rückzügen des Herbstes 1914 durch noch bedrohlichere Lebenskrisen der Nation getragen und ihn, wenn nicht zum eigentlichen Führer, so doch zweifellos zu ihrem Treuhänder gemacht hatte. Nachdem er sich von Tirpitz 1925 zur Annahme der Präsidentschaftskandidatur hatte bewegen lassen, hatte der bis dahin dem Tagesstreit Entrückte nun als überparteilicher Mahner zur Einigkeit gar oft seine Rechtswähler wie seine einstigen Linksgegner — durch Deckung des Regierungskurses der Parlamentsdemokratie — in ihren Erwartungen enttäuscht. Jetzt aber war der Augenblick unvermeidlich, da die Parteien des souveränen Volks nicht weiter wußten. Jetzt kam die Stunde des persönlichen Entschlusses für den alten Herrn. Aber bei wem sollte er sich Beratung holen, er, der der Parteiendemokratie nie Schwierigkeiten gemacht hatte, die nun ihm die Schwierigkeit bereitete, ihm keinen Rat mehr geben zu können?

Hindenburg: diese große, einfache Gestalt ist von den Harfnern zu einem Mythos gemacht worden. Aber ein bloßes Märchen ist es, daß sein Staatssekretär Meißner den maßgebenden Einfluß auf seine Entschlüsse ausübe. Dieser aus der elsässischen Eisenbahnverwaltung stammende vorsichtig kluge Fach-Jurist hatte unter Ebert wie unter Hindenburg seine Stellung geschickt und korrekt behauptet, indem er seine Arbeit den Kräften einfügte, die jeweils einer Periode die Signatur gaben. Als nun die eigentliche Regierungsverantwortung an den 82jährigen Reichspräsidenten übergehen mußte, monach sich weder dieser noch Meißner gedrängt hatten, suchte der Feldmarschall notwendigerweise Rat bei denen, die seiner persönlichen Denkweise und Ueberlieferung am nächsten standen. Parlamentarisch wäre das die Deutschnationale Partei gewesen; aber diese konnte ja parlamentarisch in dieser Stunde nicht führen, und ihrem Alleingebieter Hugenberg das Kanzleramt anzubieten, wäre auch dann ein Fehlschlag geworden, wenn die Persönlichkeiten besser harmoniert hätten. Hugenbergs Natur hat aber wenig Werbekraft außerhalb des Kreises seiner Angestellten entfaltet; dem Feldmarschall behagte es in seiner kurz angebundenen Art nicht sehr, wie dieser Parteiführer stundenlang auf ihn einredete „ohne Komma und Punkt", und er mißtraute mit Recht seiner Eignung zu überparteilich positiver Führung der Reichsgeschäfte. Dagegen waren es die leitenden Persönlichkeiten des Reichswehrministeriums, zu deren überparteilicher Einsicht und Taktraft der Feldmarschall nach langjähriger Zusammenarbeit in Krieg und Frieden das stärkste Vertrauen hegte.

General von Schleicher, der als politischer Referent und „Staatssekretär" des Reichswehrministeriums seine alten guten Beziehungen zur Familie Hindenburg durch häufigen Vortrag beim Staatsoberhaupt vertieft hatte, ist es gewesen, der, im Einvernehmen mit seinem Chef, dem Reichswehrminister General Groener, den entscheidenden Rat zur Berufung Brünings erteilt hat. Er ist der eigentliche Schöpfer schon dieses ersten Präsidialkabinetts, aus dessen Geburts- und Wachstumsfehlern er dann später seine Folgerungen für die Vorbereitung des zweiten (Papen) gezogen hat.

Sowohl Schleicher selbst wie der Reichspräsident haben ihren Kandidaten Brüning vor seiner Berufung ins Reichskanzleramt nur ein einzigesmal gesehen und nicht den geringsten politischen Meinungsaustausch mit ihm gepflogen — gewiß ein eigentümlicher Umstand bei der Bildung einer Präsidialregierung! Der entscheidende Ratgeber, dessen sich wiederum Herr von Schleicher in der politischen Frage des Tages bediente, war der Abgeordnete Treviranus, der für die Ausführung allerdings nicht maßgebende Urheber des Gedankens des Brüning-Kabinetts. Auch er stand als ehemaliger Marineoffizier der Denkweise und den Ueberlieferungen der entscheidenden Männer nicht fern, aber, in frühen Jahren mit jugendlicher Energie in die parlamentarische Politik eingetreten, war er rasch zum „Kronprinzen" der Deutschnationalen Partei aufgerückt und im Dezember 1929, nach der Spaltung der Deutschnationalen, Fraktionsführer der von Hugenberg geächteten „Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft" geworden. Mit dem Fraktionsführer des Zentrums, Dr. Brüning, verband ihn Freundschaft, die gekeimt war aus dem gemeinsamen Erleben der jüngeren Frontkämpfergeneration und befestigt in der sachlichen Zusammenarbeit des Reichstags. Treviranus war nicht der einzige, der seit Jahren in dem stillen und verschlossenen Finanzsachverständigen der Zentrumspartei den Kanzler kommender Jahre sah. Aber er war es, der mit frischer Taktraft diese Kandidatur nicht nur dem Reichspräsidenten — auf dem Weg über Schleicher und Groener —, sondern auch dem innerlich und äußerlich widerstrebenden Brüning selbst sozusagen aufzwang, ohne daß er über äußere Mittel des Zwanges verfügt hätte, — weil eben sich in der Tat aus der Gesamtlage gar keine andere Kandidatur ergab. Hindenburg und Brüning sind dann auch für zwei Jahre seelisch so eng zusammengewachsen, und Herr von Schleicher bekannte sich, nachdem seine anfänglichen Zweifel überwunden waren, auch selbst mit so freudiger Genugtuung zu der Urheberschaft des Brüning-Kabinetts, daß der kühne Griff, der den Abgeordneten des Zentrums unter Ueberspringung der üblichen Stufenleiter durch kleinere und größere Ministerressorts gleich an die Spitze des Reiches hob, sich für alle Beteiligten gerechtfertigt hatte.

Erst gegen Ende des Jahres 1931 begannen sich Sprünge in der rasch zusammengeschmiedeten Reichsführung zu zeigen, die im Mai 1932 zum Bruch führten. Die Mängel waren aber, wie man nun deutlich sieht, schon bei der Entstehung angelegt. Es war ein wenig klares oder wenig organisches Mittelding zwischen Parlamentarismus und autoritärer Staatsführung, was da entstand. Die Geister waren noch nicht vorbereitet, die Vorkehrungen nicht von langer Hand getroffen. Niemand wußte so recht, in welche gewaltigen innerpolitischen Umbildungen wir hereingezogen wurden unter dem Druck der wirtschaftlichen Krisis, die die Parlamentskrisis nach sich gezogen hatte und eine Volkskrisis im Schoße barg. Am ehesten von allen Beteiligten ahnte Brüning selbst, mit dem feinen Sensorium, das ihm eignet, die ungeheuren Schwierigkeiten. Er sah denn auch mit Sorge und keineswegs mit Begeisterung seit Monaten den Tag kommen, an dem ihm der Versuch der Führung zufallen würde. Seinem Wesen nach ein grüblerischer Einsiedler, wie die Engländer sagen ein eternal student and a virgin man (ein ewiger Forscher und ein jungfräulicher Mensch), war er durch die Erfahrung des politischen Lebens, in das ihn nicht Ehrgeiz gezogen, sondern das Bedürfnis, dem Volk nützlich zu dienen, von jedem Optimismus geheilt, sofern in seiner Natur ein solcher gelegen hätte. Aber sein im Krieg gestähltes Pflichtgefühl zog ihn innerlich zu dem verwandten Empfinden des ältesten und obersten Offiziers hin; er verehrte Hindenburg wie einen Vater, und dieses Band verstärkte dem Ernsthaften das Selbstvertrauen, den unerwünschten Auftrag anzunehmen. Einmal im Amt, wahrte Brüning dann mit Ehrgeiz und Eifersucht seine Prärogative.

Bahnbeamter organisiert Zugattentate?

Der ehemalige Leiter des Magdeburger Ueberwachungsdienstes verhaftet

Unter Aufsehen erregenden Umständen ist, wie erst jetzt bekannt wird, vor einigen Tagen in einem Berliner Sanatorium der ehemalige Leiter des Magdeburger Eisenbahn-Ueberwachungsdienstes, Inspektor Forth, verhaftet worden. Forth steht im Verdacht, an den Eisenbahnattentaten, die vor zwei Jahren in der Umgebung von Braunschweig verübt wurden, führend beteiligt gewesen zu sein. Der unmittelbare Anlaß zu seiner Festnahme erfolgte jedoch wegen des Verdachts, daß Forth zur Durchführung der Anschläge Unterschlagungen und Urkundenfälschungen verübt hat. Im Zusammenhang mit der Verhaftung ist auch ein Braunschweiger Eisenbahnbeamter,

In der Braunschweiger Bevölkerung erregten Eisenbahnanschläge, die in ununterbrochener Folge fast drei Jahre lang von unbekannten Tätern verübt wurden, größte Beunruhigung. Es verging kaum eine Woche, ohne daß auf einer der Braunschweiger Bahnstrecken ein fahrender Zug beschossen, Schienen aufgerissen oder Signalleitungen zerstört wurden. Abgesehen von zahlreichen kleineren Unfällen wurden damals glücklicherweise ernstere Katastrophen vermieden. Trotz der größten Bemühungen gelang es jedoch nicht, der Täter habhaft zu werden. Insgesamt zählte man schließlich 60 derartige Anschläge. Schließlich setzte die Reichsbahndirektion Magdeburg auf die Aufklärung der Attentate eine Belohnung von 10 000 M aus. Sie harrt noch heute ihrer Bestimmung ...

Um die Eisenbahnattentäter zu fassen, waren damals zeitweise über 80 Kriminal-, Schutzpolizei- und Bahnpolizeibeamte tätig. Schon zu dieser Zeit wurde im „Braunschweiger Volksfreund" angedeutet, daß die Eisenbahnattentäter möglicherweise in den Reihen der Bahnpolizei selbst zu suchen seien. Gleichzeitig hieß es, daß die Eisenbahndirektion Magdeburg für den Eisenbahn-Ueberwachungsdienst in der Hauptsache Stahlhelmer und Nationalsozialisten beschäftigte. Auf Grund dieser Meldung kam es zwischen dem Braunschweiger Polizeipräsidium und der Magdeburger Eisenbahn-Direktion zu ernsten Konflikten, und schließlich wurde der gesamte Ueberwachungsdienst der Braunschweiger Kriminalpolizei unterstellt. **Mit dem gleichen Tage fanden die Attentate ihr Ende ...**

Leiter des Streifendienstes des Magdeburger Eisenbahnüberwachungsdienstes war bisher der Inspektor Forth gewesen. Forth kam nach der Auflösung der Reichsbahndirektion vor einem Jahre nach Berlin und wurde in der hiesigen Direktion der Reichsbahn beschäftigt. Während seiner Tätigkeit in Berlin tauchte plötzlich der Verdacht auf, daß er von den Attentaten in Braunschweig mehr wisse, als er zugeben wollte. Im Zusammenhang damit beschuldigte man den Inspektor, Unterschlagungen und Urkundenfälschungen im Dienst verübt zu haben. Auf Veranlassung der Braunschweiger Staatsanwaltschaft wurde Forth daraufhin vor einigen Monaten in Berlin bereits einmal festgenommen und verhört. Man konnte ihm jedoch nichts nachweisen und entließ ihn wieder. Inzwischen aber häufte sich das Belastungsmaterial gegen den Beamten weiter, so daß er vor einigen Tagen auf einen Haftbefehl aus Braunschweig hin abermals festgenommen wurde.

Die Höhe der von Forth angeblich unterschlagenen Gelder soll etwa 10000 Mark betragen, und zwar soll es sich um Lohngelder der Reichsbahn handeln.

Vor Herriots Madrid-Besuch

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 19. OKTOBER

Im Parlament antwortete Außenminister Zulueta einem extremistischen Deputierten, der mit Bezug auf Herriots bevorstehenden Besuch in Madrid der Regierung Kriegspolitik vorwarf. Zulueta erklärte ausdrücklich im Namen der Regierung, daß alle jene Gerüchte der letzten Tage unbegründet seien. Spaniens Politik sei der Frieden, niemals werde Spanien Geheimverträge schließen. Die Regierung habe auch weder direkt noch indirekt irgendwelche Vorschläge einer anderen Regierung erhalten. Herriots Besuch sei nur ein Beweis guter, freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern, die sich über manche internationalen Probleme aussprechen wollen.

Memeler Kreistag aufgelöst

MEMEL, 19. OKTOBER

Das Direktorium des Memelgebiets hat am Kreistag, der schon im Sommer vorigen Jahres aufgelöst worden war, wiederum aufgelöst mit der Begründung, daß ein Teil der Wahlberechtigten verhindert worden sei, das Wahlrecht auszuüben.

Die Wahlen zu dem aufgelösten Kreistag waren im Mai durchgeführt worden, nachdem vorher das großlitauische Direktorium Simmaitis die für den Februar ausgeschriebenen Wahlen aufgehoben hatte, um den neueingebürgerten Litauern die Beteiligung zu ermöglichen. Trotzdem erlitten die National-Litauer eine Niederlage, die zu Protesten vor dem Verwaltungsgericht führten. Obwohl diesen Protesten aus formal-juristischen Gründen nicht stattgegeben wurde, erfolgte jetzt die Auflösung.

Genfer Abschied von Dufour-Féronce

Die internationale Vereinigung in Genf veranstaltete ein Abschiedsessen zu Ehren des scheidenden deutschen Untergeneralsekretärs Gesandten Dufour-Féronce, der im Laufe der Woche nach Berlin abreisen wird.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes — Täglich: „Unterhaltungsblatt" — „Finanz- und Handelsblatt" — Wöchentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" — „Literarische Umschau" — „Reise und Wanderung" — „Recht und Leben"

Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Was ist eine „Nummer" wert?

Die Notlage der Artisten

Abgestumpft, wie wir nun einmal sind gegen das allgemeine Elend, das undurchdringlichem Nebel gleich unseren Alltag grau macht, können wir die Feststellung nicht als Sensation empfinden, daß sich die deutschen Artisten in bitterster Notlage befinden. Denn Notlage, das ist heute ein Zustand, von dem kein Beruf verschont geblieben ist. Und doch liegt eine besondere Tragik in dem Wissen, daß Menschen, die in ihren waghalsigen Darbietungen allabendlich ihr Leben aufs Spiel setzen müssen oder deren Komik uns zum Lachen bringt, schlecht bezahlt werden, daß sich hinter Glanz und buntem Flitter, an dem sich unsere Augen weiden, in Wahrheit bitterstes Elend verbirgt. Hunger und Sorge aber sind nicht nur die unvermeidlichen Begleiter der arbeitslosen Artisten (70 v. H. beträgt die Arbeitslosigkeit im Artistenberuf), sie verschonen auch diejenigen nicht, die für wenige Tage oder Wochen ein Engagement gefunden haben.

Der nie ruhende, nervenzerreibende Kampf um das Engagement, um die abendliche „Arbeit" ist es, der die Artistennot mehr denn je bedeutend verschärft. Denn die Zahl der Varietés, die monatliche oder halbmonatliche Verträge abschließen, ist gering; die kleineren und mittleren Varietés und die Kinotheater, die eine Bühnenschau bringen, wechseln mit ihrem Programm jeden dritten, vierten oder siebenten Tag. Wie sich die Lage der Artisten gegen früher verschlechtert hat, kann man daraus ersehen, daß selbst die guten Kräfte meist nicht mehr während der zwölf Monate des Jahres beschäftigt sind, sondern daß auch bei ihnen die durchschnittliche Beschäftigung höchstens sechs Monate im Jahre beträgt.

So hat sich der Artist, dieser Nomade unter den Künstlern, der kein Heim kennt, Bürger ist und sein will und doch zum fahrenden Volk gehört, stets die bange Frage vorzulegen: In welcher Stadt werde ich im nächsten Monat, in welcher in vierzehn Tagen arbeiten können? Die nachstehenden, uns von eingeweihter Seite mitgeteilten Zahlen über die Entlohnung der Artisten betreffen selbstverständlich nicht die prominenten Kräfte, sie gelten für das Gros, für die kleineren und mittleren „Nummern" — denn in der Artistensprache ist nie von Menschen, sondern stets nur von Nummern die Rede —; aber man darf bei der Beurteilung dieser Zahlen nicht vergessen, daß angesichts der unvermeidlichen Arbeitspausen, von denen wir gesprochen haben, das Einkommen eines Abends tatsächlich für mehrere Tage ausreichen muß.

Eine aus drei Personen bestehende Akrobaten- oder Jongleurtruppe verdient z. B. am Abend 20 bis 30 Mark. Das sind, wenn wir beim Höchstsatz bleiben, für drei Abende 90 Mark. Davon gehen ab für soziale Lasten und für die 6 v. H. betragende Vermittlergebühr rund 15 v. H., ferner für die bei diesen Truppen sehr erheblichen Transportkosten für Requisiten, die oft ein Gewicht von 300 bis 400 Kilo haben, etwa 15 Mark, so daß als Nettoeinkommen von drei Personen an drei Tagen nur wenig mehr als 60 Mark verbleiben; hierbei sind nicht berücksichtigt die Reisegelder, die Quartierkosten (etwa 2 Mark je Mann und Abend) und die Ausgaben für Instandhaltung und Erneuerung der Garderobe und der Arbeitsgeräte. Oder nehmen wir eine Luftakrobatentruppe von sieben Personen, die alle zusammen am Abend 75 bis 80 Mark verdienen; auch hiervon sind die genannten Unkosten abzusetzen. Bei solchen Truppen erhält meist der Truppenchef die ganze Gage, von der er dann die einzelnen Mitglieder entlohnt. Dafür muß er ihnen in der arbeitslosen Zeit eine sogenannte Pausiergage zahlen, die niedriger ist als die Arbeitsgage.

Also auch hier kann man sich vorstellen, wie geringfügig das Einkommen eines Menschen ist, der den lebensgefährlichen Beruf eines Luftakrobaten ausübt, und wie wenig lohnend die Stellung des Truppenchefs ist. Besonders groß ist das Elend der „Kleinen Tänzerinnen"; denn die 8 bis 15 Mark, die sie am Abend erhalten, schmelzen zu wenigen Mark zusammen, wenn man die üblichen Spesen, das Vakuum der Nichtbeschäftigung und die sehr beträchtlichen Ausgaben für die sich schnell abnutzenden Tanzgewänder in Abrechnung bringt. Mit Neid wird die kleine Tänzerin erfahren, daß ihre berühmte englische Kollegin Lucille Paige, die im vorigen Jahre in Berlin gastierte, für ihr Auftreten an dreißig Tagen die annehmbare Summe von 21 000 M erhielt, wozu noch einige tausend Mark als Ersatz für die Transportkosten kamen. Aber solche horrenden Stargagen kann sich selbst ein großes Varieté nur in großen Zwischenräumen leisten und sie können über die wahre Lage der Artisten nicht hinwegtäuschen.

Vielleicht nimmt die große Arbeitslosigkeit im Artistengewerbe wunder. Zu den Varietés sind die Kinos getreten, die Kaffees und Kabaretts, die mit artistischen Darbietungen aufwarten. Dafür sind aber viele Varietés in den letzten Jahren zusammengebrochen, viele Kinos haben ihre Bühnenschau wieder aufgegeben, und der vielleicht größeren Nachfrage nach artistischen Kräften steht eine gradezu inflationistische Vermehrung des Angebots gegenüber; infolge der Arbeitslosigkeit in anderen Berufen sehen wir heute einen um das Vielfache gesteigerten Zuwachs an Artisten. Dazu kommt noch, daß etwa 50 v. H. der auf deutschen Varietébühnen auftretenden Kräfte Ausländer sind.

Und dann ist da noch das Pendelverbot, an dem die Gewerkschaft der Artisten, die J. A. L. (Internationale Artisten-Loge) zäh festhält. Von dem Pendelverbot, nämlich dem Auftreten an mehreren Bühnen während eines Abends, werden in Wirklichkeit nur die wenigen Prominenten betroffen; der Artist, der für seine Arbeit umfangreiche Requisiten gebraucht, hat ohnehin nie die Möglichkeit des Pendelns gehabt. Aber das Pendelverbot macht es z. B. dem Kinobesitzer unmöglich, für seine Bühnenschau einen Prominenten mit verhältnismäßig geringer Gage und neben ihm noch zwei mittlere Kräfte einzustellen. So muß der Kinobesitzer auf die Bühnenschau überhaupt verzichten, und den Schaden davon haben die mittleren und kleineren „Nummern".

Man kann den schwer mit der Ungunst der Zeit kämpfenden Artisten nur bald bessere Tage wünschen. Dann wird es auch, wie man hoffen darf, möglich sein, an eine Erneuerung des Varietés von innen heraus heranzugehen. —olli—

Personenzug überrennt einen Autobus

Drei Tote, fünf Schwer- und mehrere Leichtverletzte

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HALLE, 19. OKTOBER

Auf der Hettstedter Bahnstrecke zwischen Halle und Eisleben stieß heute bei Passendorf ein Autobus mit einem Personenzug zusammen. Der Autobus wurde zertrümmert, sein Führer Wächter und eine Insassin, die Lehrerin Kirch, getötet und sämtliche übrigen Passagiere — es steht noch nicht fest, ob sich neun oder zwölf Personen in dem Wagen befanden — zum Teil erheblich verletzt. Unter den Verwundeten befindet sich auch eine Frau Stawenow aus Charlottenburg. Die Lokomotive des Zuges überschlug sich und stürzte die etwa drei Meter hohe Böschung hinunter. Dabei wurden Lokomotivführer und Heizer von den Kesseldämpfen so schwer verbrüht, daß der Lokomotivführer noch am Abend im Krankenhaus seinen Verwundungen erlag.

Durch den schweren Sturm in der vergangenen Nacht war die Bahnschranke bei Passendorf erheblich beschädigt worden. Während der Reparaturarbeiten wurde ein Bahnbeamter mit einer roten Fahne auf der Landstraße postiert, um beim Herannahen des Zuges Wagen und Fußgänger zu warnen. Der Führer des Autobusses, der auf der Strecke Halle—Globicau die Personenbeförderung versieht, muß die Winkfignale übersehen haben, denn er versuchte, noch vor dem Herannahen des Zuges über die Schienen zu kommen. Als sein Wagen mitten auf den Schienen stand, kam der Zug herangebraust, erfaßte den Omnibus in der linken Flanke und schob ihn etwa fünf Meter weit vor sich her. Dann wurde der Wagen gegen einen Baum gepreßt und völlig zersplittert. Durch diesen Widerstand riß die Kuppelung des Zuges, und die Lokomotive des Zuges stürzte drei Meter tief hinunter.

Prozeß Wedel-Parlow vertagt. Der Prozeß gegen den früheren Landgerichtsdirektor von Wedel-Parlow, über den wir ausführlich berichtet haben, ist vom Schöffengericht Charlottenburg nach zweitägiger Verhandlung vertagt worden. Die Vertagung erfolgte auf Antrag der Verteidigung, damit das schwebende Verfahren wegen Untreue mit der Anklage wegen Wechselbetruges zusammen verhandelt werden kann. Das Wechselbetrugsverfahren, in dem Wedel-Parlow zur Last gelegt wird, daß er im Zustand völliger wirtschaftlicher Zerrüttung Wechsel über 300 000 Mark ausgegeben und in den Verkehr gesetzt hat, schwebt noch im Stadium der Voruntersuchung.

15 Disziplinarverfahren gefordert

Nachspiel zum „Angriff"-Prozeß

Polizeipräsident Dr. Melcher hatte, nachdem der Prozeß des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß gegen die Redakteure des „Angriff" zu Ende gegangen war, auf Anfrage mitteilen lassen, daß gegen Kriminalbeamte, soweit sie sich dienstlicher Verfehlungen schuldig gemacht hätten — offenbar hatten Beamte des Polizeipräsidiums dem „Angriff" Material gegen ihren Vorgesetzten geliefert — eine Untersuchung eröffnet werde.

Da die Untersuchung des Polizeipräsidiums als „Verfahren gegen Unbekannt" zunächst geführt wird, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion dankenswerterweise den Versuch unternommen, dem Polizeipräsidenten bei seinen Bemühungen zu helfen, dienstliche Verfehlungen zu ahnden. In einem Urantrag, der die Nr. 1106 trägt, wird beantragt, den Reichskommissar zu ersuchen, gegen folgende Kriminalbeamte das Disziplinarverfahren wegen schwerer dienstlicher Verfehlungen mit dem Ziel der Dienstentlassung alsbald zu eröffnen: 1. Kriminalkommissar Greiner, 2. Kriminalkommissar Kanthack, 3. Kriminalkommissar Futh, 4. Bezirkssekretär Brachvogel, 5. Kriminalassistent Stibitzki, 6. Kriminalassistent Menke, 7. Kriminalassistent Malaret, 8. Kriminalassistent Eisele, 9. Kriminalassistent Schepers, der zugegeben hat, dem „Angriff" Material gegeben zu haben, 10. Kriminalassistent Trebin, 11. Kriminalassistent Wedermann, 12. Kriminalassistent Schlesing, 13. Kriminalassistent Eilhauer, 14. Kriminalgehilfe Seehaus, 15. Kriminalgehilfe Klittsch.

Danach wird man annehmen können, daß das Verfahren gegen Unbekannt in ein Verfahren gegen Bekannt umgewandelt wird.

Umgang mit Drachen

Mitbürger, die selber keine Drachen steigen lassen, pflegen sich betreffs des eigentlichsten Wesens dieser herbstlichen Zerstreuung den sonderbarsten Irrtümern und Fehlschlüssen hinzugeben...

Sie glauben etwa, daß im Grunde alles damit abgetan sei, wenn man ein mit der Spitze nach unten gerichtetes Stabgerüst-Dreieck, das an der oberen Linie in einen leicht geschwungenen Halbmond übergeht, mit Speckpapier oder Leinwand bespannt und dann darauf achtet, daß die Halteschnur vorschriftsgemäß in ungefähr ein Drittel Flächentiefe Abstand von der Vorderkante befestigt werde —

Oder lassen sich zu dem Aberglauben verleiten, daß der Umgang mit den blauen, weißen, gelben, grünen oder roten Tragflächen vor allem den Zwölfjährigen und den Dreizehnjährigen anstehe...

*

Wer sich hingegen selbst unter die Drachenbesitzer begibt, wird zunächst gewahren, daß solche Vermutungen vielleicht vor zwanzig Jahren begründet waren. Während sie heute gegenstandslos sind...

Denn nicht umsonst zwingt in diesem Herbst schon das allgemeine Beispiel der Umstehenden auch den Unerfahrenen, seinen Luftsegler beim ersten Anrucken zum wenigsten mit einigen Berechnungen über Auftriebwind nebst Spulgeschwindigkeit zu begleiten und sein Emportaumeln mit etlichen Aeußerungen über die Vorzüge einer zweckentsprechenden Verspreizung im Gestänge zu versehen —

Wobei auch der Unerfahrenste bemerkt, daß das dereinst so einfache Spiel mit dem Drachen zu einer strengen und reinen Wissenschaft geworden ist, die nicht Knaben, sondern Männer verlangt...

*

Ob all diese Männer, die demzufolge heute so angelegentlich ihre Wickelfäden abzurollen trachten, in der Tat jene ebenso reine wie strenge Kunstlehre beherrschen, steht freilich manchmal dahin.

Wie es desgleichen zweifelhaft ist, ob sie die sorgfältig abgemessenen und ausgewogenen Seitenwandungen ihrer Kastendrachen am flach geknüpften Schlingknoten des Doppelzügels ebenso rasch und gewißt in die Höhe bringen, wie die Zwölfjährigen der Vorkriegszeit ihre schlichten Sechsecker und ihre anspruchslos dreikantigen Gestelle in die schräg flackernden Oktoberwinde brachten. —

Nichtdestoweniger aber; obschon es befremdend bleibt, bleibt es dennoch wahr: auf jeden Zwölfjährigen kämen heute sieben drachenbeflissene Männer, die vor zwei Jahrzehnten zwölfjährig waren.

*

Besinnliche Betrachter, die sich zur Zeit diese Männer samt ihren Flugdrachen besehen, werden sich kaum der nachdenklichen Einsicht verschließen, daß das wahrscheinlich seinen Grund hat.

Und wenn es lediglich der höchst naheliegende Grund wäre, daß auch der Mann, der bisher noch nichts vom Wirtschaftsaufstieg bemerkt hat, eine bescheidene Hoffnung aus dem Umstand gewänne, daß es schließlich besser als gar nichts ist, wenn wenigstens die Kastensegler schon die Forderung des Tages begreifen und, allen anderen Dingen weit voraus, einen rüstigen Aufschwung betreiben. —

Womit sich sozusagen ganz von selbst jene uns amtlich zugewiesene Weltanschauung festigte, die uns den Verhältnissen zum Trotz immer von neuem empfiehlt, heiter und daseinsbejahend zu sein.

*

Da aber dieser Grund bei näherem Hinblick gewisse Einwände erregt, wird der Uebergang des Drachenspiels in die

Das Unterhaltungsblatt der

Vossischen Zeitung

enthielt im gestrigen Abendblatt u. a. folgende Beiträge:

Berliner Straße ..... von Noemi Eskul
Der Chef ..... von Anna Gramm
Südindische Fabeln

Bezirke männlicher Beschäftigung damit vermutlich nur halb erklärt werden.

Und wer ihn tiefer verstehen will, darf sich wohl auch kaum damit beruhigen, daß der Mensch selbst in diesen Läuften, die jedem Leichtsinn abhold sind, gelegentlich etwas haben muß, was er ohne weiteres in den Wind schlagen kann. Weil er sich hier im schönen Gegensatz zum wirklichen Leben sagen darf, daß er trotzdem alles das, was ihm sonst entwischt, an der Strippe behält —

Das Entscheidende nämlich, das die Drachen im Augenblick so geeignet für Männer und so ungeeignet für jene macht, die erst Männer werden müssen, erkennt man erst daran: daß der Kampf mit dem Drachen sogar noch heute unpolitisch ausgekämpft werden kann . . .

*

Denn selbst in dieser Zeit, in der gewissermaßen jeder dem anderen seine Meinung übelnimmt, erzürnt man keine weltanschauliche Ueberzeugung, wenn man blaue Drachen über gelbe Drachen stellt!

Wie man desgleichen kaum gegen irgend welche unvorhergesehenen Berufsbelange verstoßen wird, wenn man den Vorteil von Leinwandüberzügen gegen die Eigenschaften des Speckpapiers ausspielt . . .

Und schließlich läuft man wohl bloß in den seltensten Fällen Gefahr, etwas der Standeswürde Abträgliches zu sagen, wenn man den ersten besten Drachen für fast ebensogut wie den anderen hält!

Welches Wunder in dieser Zeit!

*

Weltkenner sprechen deshalb heute nur noch von Drachen.

Harry Schreck.

Attentatsversuch auf den Berlin—Wiesbadener D-Zug

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HALLE A. S., 19. OKTOBER

Auf den D-Zug D 27 Wiesbaden—Berlin wurde in der Nähe von Berga-Kelbra am Kyffhäuser ein Anschlag versucht. Ein Landwirt fand beim Passieren der Bahnstrecke einen Hemmschuh, der in der Fahrtrichtung des D-Zuges aufgestellt war. Er entfernte das Hindernis, und wenige Minuten später brauste der Zug heran. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß spielende Kinder den Hemmschuh an der Schiene angebracht haben. Die Bahnpolizei hat auf jeden Fall verstärkten Streckenschutz angeordnet.

Das Album der Stadt Lens

Streit um den Schüleraustausch

Deutsche Austauschschüler haben in der französischen Stadt Lens von der Stadtverwaltung ein Album mit Ansichten erhalten, das den Zustand der Stadt vor und nach dem Kriege zeigt und von einer Vorrede begleitet ist, in der die Deutschen als „Boches" bezeichnet werden. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Dr. Löpelmann hat diesen Vorfall zu einer kleinen Anfrage benutzt, in der er Schritte gegen den Schüleraustausch, der „offenbar pazifistisch gemeint" sei, fordert.

Der Schüleraustausch, der von der Stadt Berlin unterstützt wird, ist durchaus überparteilich; er wird von Rechts- wie von Linkspolitikern gefördert. Seit 1928 sind 12 Schülergruppen nach Frankreich gefahren; niemals hat sich sonst ein Mißklang bemerkbar gemacht. Die Berliner Schulverwaltung hat sofort, nachdem ihr von dem Vorfall in Lens Meldung gemacht war, die erforderlichen Schritte zur Aufklärung getan. Dabei hat sich herausgestellt, daß der französische Bürgermeister den Schülern zunächst einen Rosenstrauß überreichte, den sie im Namen der Stadt am Grabe der Gefallenen niederlegen sollten. Außerdem hat er sich wegen des Vorfalls entschuldigt. Nach seiner Darstellung hat er erst ganz kurz vor dem Empfang erfahren, daß die Kinder gern Fotografien von Lens vor und nach dem Kriege besessen hätten. In aller Eile habe man nun nach solchen gesucht und Albums von 1919 gefunden, die gar nicht mehr im Handel waren. So erklärte sich nun auch, daß man in der Schnelligkeit die Vorrede nicht durchlas; andernfalls hätte man sie selbstverständlich unterdrückt. Der Entschuldigungsbrief schließt: „Wir hoffen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, . . . Sie werden überzeugt sein, daß Ihre Kinder immer in unserer Stadt die loyalste und herzlichste Aufnahme finden werden."

So peinlich also der Mißgriff ist, der in Lens geschah, so falsch wäre es, das Kind mit dem Bade auszuschütten und unter einer Ungeschicklichkeit eine so wertvolle Veranstaltung wie den Schüleraustausch leiden zu lassen.

Berliner Brotpreis ab Montag billiger. Im Polizeipräsidium fand gestern vormittag unter dem Vorsitz des Regierungsdirektors Dr. Mosle eine Besprechung mit Vertretern des Zweckverbandes der Bäckermeister Groß-Berlins und dem zuständigen Dezernenten über die Berliner Brotpreise statt. Infolge der Senkung der Roggen- und Weizenpreise der letzten Wochen erklärte sich der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins bereit, seine Mitglieder nunmehr anzuhalten, ab Montag, dem 24. Oktober 1932, die Brotpreise für das 97prozentige Roggenbrot auf 32 Rpf. für das Kilogramm zu ermäßigen. Die Berliner Bäckermeister werden also von diesem Zeitpunkt an das 2½-Pfund-Brot für 40 Rpf. und das 3½-Pfund-Brot für 56 Rpf. verkaufen.

Das tapfere Leben eines armen Mannes

Aus den Berliner Gerichten

Vor dem Einzelrichter ein bescheidener Mann, der mit unbewegtem Gesicht, von Kummer belastet, seine schlichte Aussage macht. Als Zeugen zwei junge Polizeibeamte. Sie waren in eine Gastwirtschaft gerufen worden, um den Mann abzuführen, der sich mit dem Vertrieb von Heftpflaster lästig machte. Als sie das Lokal betraten, empfing er sie mit bösen Schimpfworten.

Er leugnet nicht die Schimpfworte; aber er behauptet, damit seien nicht die Polizisten gemeint worden, sondern die Behörde von Querfurt. Querfurt: Kreis und Stadt in der Provinz Sachsen. Die Stadt beherbergt eine Zuckerfabrik, Brauereien und einen Pferdemarkt, wenn man dem Lexikon glauben darf. Vom Kreise heißt es ebenda: „Der Boden ist teils eben, teils gebirgig; die Bevölkerung treibt starken Getreidebau." Was also hat der Mann gegen eine so harmlose Gegend, und warum fällt sie ihm beim Anblick der beiden Polizisten ein und gleich mit solcher Heftigkeit, daß er seiner Erregung in Schimpfworten Luft machen muß?

Er selbst gibt die Erklärung: In Querfurt haben sie ihm „den Verstand aufgemeißelt". Seitdem leidet er an der Gesundheit, der arme Mann. Vor dieser unglückseligen Operation war er fähig, den Beruf eines Steinsetzers auszuüben, und zwar in Leipzig. Dort, so erzählt er dem Richter, arbeiteten zwölf Leute unter ihm, und sein Meister war so zufrieden mit ihm, daß er ihn gar nicht weglassen wollte.

Wegen der Krankheit jedoch mußte er sich in eine Anstalt begeben. Als aber der Krieg ausbrach, brauchte man das Gebäude für die Verwundeten und setzte ihn hinaus. Eine Rente bekam er nicht, und auch das ist ein Grund, warum er auf Behörden nicht gut zu sprechen ist. Er widmete sich dem Handel, er handelt bis auf den heutigen Tag, und er verfügt, so behauptet er wenigstens, über einen Gewerbeschein. Trotzdem ist er zwölfmal wegen Bettelns bestraft, und diese Ungerechtigkeit hat sein Verhältnis zu den Behörden vollends verdorben.

Als man ihn aus der Anstalt gesetzt hatte, so berichtet er weiter seinen Lebenslauf, machte er sich auf die Walze und gelangte nach Berlin. Hier warf er sich auf Kurzwaren, sein Stammkapital betrug fünf Mark, er ging mit seiner Lade von Haus zu Haus und gewann sich allmählich eine feste Kundschaft, die zu ihm hielt, weil er gute Ware zu billigem Preise lieferte. Man nannte ihn den kleinen Wertheim — es ist die stolzeste Erinnerung seines Lebens. Später mußte er die Kurzwaren aufgeben: sein Leiden bringt es mit sich, daß er bisweilen auf der Straße besinnungslos hinstürzt, und dann nimmt ihm das Gesindel noch obendrein seine Ware weg, und er kann sehen, wie er sie ersetzt. Er braucht also einen Artikel, der leicht zu tragen und wohlfeil zu beschaffen ist, und so handelt er jetzt, wenn er sich einigermaßen frisch fühlt, mit Heftpflaster. Endlich ist ihm auch eine kleine Rente bewilligt worden. Aus so kümmerlichen Einkünften hat er es immerhin zuwegegebracht, eine eigene Wohnung zu mieten, in der Palisadenstraße; er wohnt jetzt länger als zehn Jahre darin. Er wohnt mutterseelenallein — geheiratet hat er nicht, wegen der Krankheit.

So sieht das tapfere Leben dieses armen Mannes aus. Der Richter fragt, ob er sich nicht bei den Polizeibeamten entschuldigen wolle, und ob die Polizeibeamten, wenn er sich entschuldige, nicht auf seine Bestrafung verzichten würden. Sie sind einverstanden. Und so verläßt er seinen Platz, geht auf die beiden Polizisten zu, streckt ihnen die Hand hin und bringt seine Entschuldigung vor, artig und wortgewandt, treuherzig und nicht ohne Würde. Und danach wird die Sache wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Er bedankt sich und wendet sich zum Gehen. „Ich werde mich gleich wieder ins Bett legen", hört man ihn noch beteuern. Alles lacht hinter ihm her. Aber es ist ein Schuß Respekt in diesem Lachen.

Inquit.

Tragödie eines Dreizehnjährigen

Aus Furcht vor der Schande

In der Königsheide in Johannisthal fand man gestern den 13jährigen Schüler Joachim B. aus Adlershof mit einer schweren Schußverletzung in der Schläfe bewußtlos auf. Der Knabe, der ins Elisabeth-Hospital gebracht worden war, verweigerte, als er aus der Bewußtlosigkeit erwachte, über seine Personalien jede Auskunft.

Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei hat der Knabe einen Selbstmordversuch unternommen, dessen Hintergründe wahrhaft tragisch sind. Joachim B., der Sohn achtbarer Eltern, war mit einem 21jährigen jungen Mann befreundet, der ihn wiederholt mit dem Motorrad auf Fahrten mitnahm. Gestern abend hatten die beiden wiederum eine Spazierfahrt unternommen, plötzlich merkte der ältere, daß das Benzin ausgegangen war, hatte aber nicht das Geld, neues zu kaufen. Er schlich sich zu einer Tankstelle, beauftragte den Jüngeren aufzupassen, und erbrach eine Tür, hinter der er den Schlüssel zum Benzinbehälter vermutete.

In diesem Augenblick kam eine Polizeistreife vorbei, die auf das verdächtige Treiben aufmerksam geworden war und nahm kurz entschlossen die Freunde fest. Joachim B. wurde nach ernsten Ermahnungen seinen Eltern übergeben, der andere, der den Einbruch ausgeführt hatte, in Haft genommen. Der 13jährige glaubte, diese Schande nicht überleben zu können, entwendete seinen Eltern den Revolver und jagte sich in der Königsheide eine Kugel in den Kopf.

Wie die Coburger feiern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

COBURG, 19. OKTOBER

Nachdem heute vormittag die Ziviltrauung der Prinzessin Sybille von Coburg mit dem Prinzen Gustav Adolf von Schweden stattgefunden hatte, vereinigten sich abends Kriegervereine, Stahlhelme und S.A.-Leute zu einem Fackelzug, der von den versammelten Fürstlichkeiten von der Theatertribüne aus abgenommen wurde. Der Vorsitzende des Festausschusses verstieg sich in seiner Ansprache zu dem Satz von der „Liebe und Treue zu unserem angestammten Herrscherhaus, die wir uns auch durch die Ereignisse der Vergangenheit nicht rauben lassen".

Die ausgesetzten Kinder wieder daheim. Die gestrige, nichtöffentliche Bezirksversammlung Mitte befaßte sich mit dem Haus Köpenicker Straße 88, aus dem mehrere Familien, wie berichtet, am Montag vormittag ihre Kinder auf dem Wohlfahrtsamt Mitte gelassen hatten, da ihnen Sonderunterstützungen versagt woredn waren. Die Baupolizei hatte eine Renovierung des baufälligen Hauses, in dem fast alle Bewohner der Gefahr der Exmission ausgesetzt sind, verlangt. Nach langer Debatte nahm die Bezirksversammlung einen Antrag des Bezirksamts an, nach dem der Magistrat um 9000 Mark zur Renovierung des Hauses ersucht wird. Außerdem soll das Wohlfahrtsamt Mittel und Wege finden, um die Exmissionen zu verhindern. Die sechs Kinder sind im Laufe des gestrigen Abends aus dem Waisenhaus von ihren Eltern wieder abgeholt worden.

„Mit leeren Taschen in der Fremde." In der heutigen Nummer der „Berliner Illustrirten", die den Abschluß des vielbesprochenen Tatsachenberichts „Der letzte deutsche Kriegsgefangene" von Paoli Schwarz bringt, beginnt zugleich eine neue Erlebnis-Schilderung: Ein deutscher Offizier, der mit seiner jungen Frau 1919 nach Südamerika auswanderte und sich „mit leeren Taschen in der Fremde" eine neue Existenz aufzubauen versuchte, schildert seine Abenteuer.

Unangenehme Wahrheiten

STOLP, 19. OKTOBER

Bei einer deutschnationalen Wahlversammlung kam es zu schweren Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, in deren Verlauf eine ganze Anzahl von Personen zum Teil erheblich verletzt wurden. Das Signal für den Tumult war ein Zitat des Referenten, der Hitlers bekannten Ausspruch vom November 1923 wiedergab: „Morgen haben wir in Deutschland die Monarchie, oder ich bin tot." Als die zahlreich im Saal anwesenden Nationalsozialisten hier mit ihrem Tumult nicht durchdrangen, sprang der Landtagsabgeordnete der N.S.D.A.P. Cziorniok auf und schleuderte eine Selterflasche gegen den Vortragstisch. Darauf versuchten die Nationalsozialisten, die Rednertribüne zu stürmen. Mehrere Personen, darunter auch der Abg. Cziorniok, wurden verhaftet.

Post-Abonnenten! In diesen Tagen holt der Briefträger das Bezugsgeld für November ab. Bitte vergessen Sie nicht, Ihr Post-Abonnement auf die „Vossische Zeitung" zu erneuern, sonst könnte sich die Lieferung der ersten November-Nummern verzögern. Außerdem erhebt die Post nach dem 25. Oktober einen Verspätungs-Zuschlag.

Justizpersonalien. Oberstaatsanwalt Dr. Reinhold Sturm ist als Nachfolger des nach Kassel versetzten Oberstaatsanwalts Dr. Trautmann zum Leiter der Staatsanwaltschaft II ernannt worden. Oberstaatsanwalt Sturm, der bis jetzt Abteilungsleiter bei der Staatsanwaltschaft I war, ist in Moabit besonders als Anklagevertreter in den Prozessen gegen Barmat und gegen das Direktorium der Schultheiß-Patzenhofer A.-G., hervorgetreten. Zuletzt vertrat er die Anklage gegen die Luther-Attentäter Dr. Rosen und Kertscher. Der im 55. Lebensjahr stehende Oberstaatsanwalt hat sich auch in der Wissenschaft einen Namen gemacht. So hielt er unter anderem Referate auf den Tagungen der Internationalen kriminalistischen Vereinigung. Dr. Sturm gilt außerdem als hervorragender Kenner des Wirtschaftsrechts.

Arbeitslose Glücksspieler. An der Ecke Spree- und Kanalstraße hob die Kriminalpolizei gestern abend in einer Eisdiele eine Spielerpartie aus und sistierte 25 Personen, die „Schlesische Lotterie" spielten. Unter den Sistierten, die nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen wurden, befinden sich zahlreiche Arbeitslose.

Der Mord am Reichsbannermann Hannig. Der Mord an dem Reichsbannermann Hannig, der, wie berichtet, beim Flugblattverteilen von S.A.-Leuten in Essen erschossen wurde, scheint seiner Aufklärung entgegenzugehen. Die Polizei, die schon zwei S.S.-Leute festnahm, hat gestern noch sechs Nationalsozialisten verhaftet. Der Kreis der Personen, die den Ueberfall verübten, ist damit ermittelt.

Vereine, Vorträge, Veranstaltungen: Heute, Donnerstag: Deutscher Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums. Im Plenar-Sitzungssaal des Reichspatentamtes, Gitschiner Straße 97, 20 Uhr, Vortrag des Rechtsanwalts Professor Dr. Martin Wassermann, Hamburg: „Das Reichsgericht als Erzieher". — Lessing-Museum, Brüderstraße 3. 20 Uhr: Georg Richard Kruse über Lortzings Singspiele. Zur Aufführung kommt „Eine Berliner Grisette". — Verband der Lehrer an den höheren Fachschulen. 21 Uhr im roten Saal der Kammersäle, Teltower Str. 1-4. — Berliner Schachverein. 20 Uhr: Café König, Unter den Linden 46.

SPORT / SPIEL UND TURNEN

SCHRIFTLEITER: DR. WILLY MEISL, BERLIN

Ein Tor im Spiel — und das war irregulär

Unverdienter Eishockeysieg des B. S. C.

Das Amt des Schiedsrichters in scharfen, ausgeglichenen Eishockeyspielen ist eins der schwersten, das man sich im ganzen Sportbetrieb denken kann. Man wird einem Schiedsrichter manches nachsehen. Er ist auch nur ein Mensch. Manchmal gibt's aber Grenzen. Wenn zum Beispiel das schwache Schiedsrichtern bei einer Sportart Tradition geworden ist, wie beim Berliner Eishockey. Wenn dazu immer und immer wieder Männer mit dieser unerhört schweren, verantwortungsvollen, das Letzte an Objektivität fordernden Aufgabe betraut werden, die diesen Anforderungen einfach nicht gewachsen sein können. Wie das seit Jahr und Tag beim Berliner Schlittschuh-Club geschieht. Man stellte Dr. Holsboer, den Vater der B. S. C.-Eishockeys, als Unparteiischen aufs Feld. Und man verlangt jetzt von Steinke, dem verdienten alten Torhüter der Berliner Mannschaft, das gleiche Kunststück (es wäre schon mehr ein Wunder zu nennen): absolut objektiv zu sein in einem aufregenden Match, das auf einer Seite von seiner alten Mannschaft, seinem Klub, bestritten wird...

Steinke tat zweifellos, was er konnte. Daß dies gestern recht wenig war, weniger als er normalerweise zu leisten imstande ist, unvergleichlich viel weniger, als er auf seinem früheren „Posten" als Torhüter zeigte, ist kein solches Unglück (obwohl es bessere Schiedsrichter in Berlin geben muß). Schlimm ist aber, daß Steinke grade das einzige und also für den „Sieg" des B. S. C. entscheidende Tor auf dem „Gewissen" hatte: Nach einem ganz deutlich sichtbaren, klaren Fußfehler schoß Davidoff ein — und Steinke gab das Tor! Daß er nachher das Spiel ganz aus der Hand verlor, auch den Franzosen vieles nachsah, macht natürlich nichts besser. Die Franzosen haben völlig unverdient verloren, verloren durch einen Schiedsrichter, der (s. oben . . .). Es mag hundertmal nur Pech sein und nichts sonst — einen schlechten Eindruck wird's doch machen.

Schade. Denn das Spiel war sonst schön. Schwungvoll, schnell, nicht unfair, gutes Eishockey auf beiden Seiten. Cholette und Geran glänzten wieder bei den Parisern, beim B. S. C. kaum ein Versager. Es hätte vor wieder leidlich besuchtem Haus ein voller Erfolg werden können.

Der Kampf begann mit zahlreichen Weitschüssen abwechselnd auf beide Tore, aber beide Keeper, sowohl Morisson wie auch Gerhard Ball, hielten sicher. Allmählich versuchten beide Gegner es dann mit Kombinationen. Aber auch auf diese Weise kamen sie nicht zu Erfolgen. Erst nach zehn Minuten wurden die Sturmreihen gewechselt. Das Bild änderte sich. Die Franzosen bekamen etwas Oberwasser, aber beinahe wäre grade durch einen Berliner, durch Heinz Ball, ein Treffer gefallen, wenn Morisson nicht auf der Hut gewesen wäre. Im zweiten Drittel steigerte sich das Tempo. Besonders gefährlich waren die Angriffe des Franzosen Cholette. Durch aufmerksame Deckung beider Verteidigungen blieb es aber weiterhin beim 0 : 0. Nach 22 Minuten Spielzeit fiel das einzige Tor des Kampfes. Beim Stande 1 : 0 blieb es auch im letzten Drittel, obwohl die Franzosen zumindest den Ausgleich verdient hatten.

In den Pausen liefen wieder Fritzi Burger und Ernst Baier. Ein wenig sicherer, darum wirkungsvoller und noch stärker bejubelt als am ersten Tag.

Japan immer gründlicher

Gründung einer Sportklinik in Tokio

Japans große Erfolge an den Olympischen Spielen in Los Angeles, insbesondere die sensationelle Siegesserie im Schwimmsport, hat einen derartigen Eindruck auf die Leichtathleten gemacht, daß diese es bei den nächsten Spielen in Berlin 1936 möglichst gleich tun wollen. Schon jetzt wird mit einer so intensiven Vorbereitung begonnen, daß die Behörden bereits Schritte unternehmen mußten, um die Jugend des Landes vor schädlichen Uebertreibungen abzuhalten.

So hat das „Erziehungsamt" eine Summe von rund 50 000 Mark (in deutschem Geld) angefordert zwecks Gründung einer sportmedizinischen Abteilung in dem „Leichtathletischen Institut" in Yoysgi, einem Vorort von Tokio. Die geplante Sportklinik wird einen großen Stab von Medizinern erhalten, die die Leichtathleten auf die Tauglichkeit, sich an Wettkämpfen zu beteiligen, untersuchen und begutachten sollen.

Rheinische Tennisranglisten

Die Ranglistenkommission des Bezirks Rheinland gibt diesmal folgende Listen heraus: Herren: 1. Nourney (Köln); 2. Remmert (Düsseldorf); 3. Dr. Heitmann (Krefeld); 4. Haus (Krefeld); 5. Meffert (Essen); 6. Statz (Köln); 7. J. Pohlhausen (Düsseldorf); 8. Strauß (Wuppertal); 9. Dr. Hungerberg (Mechernich); 10. Kretzer (Koblenz). Nicht eingereiht u. a. Kuhlmann. Damen: 1. Frl. Krahwinkel (Essen); 2. Frl. Peitz (Düsseldorf); 3. und 4. Frau Plümacher (Ohligs) und Frau Rosenbaum (Wuppertal); 5. Frau Jüngst-Schem (Essen). Nicht eingereiht u. a. Cilly Aussem. Als beste Doppel werden Nourney-Meffert und Krahwinkel-Peitz angesehen.

Kleine Tennis-Chronik

Neuigkeiten aus dem Amateur- und Profilager

Die aufgeregten Gemüter haben sich wegen der Najuch-Plaa-Bonnardel-Affaire schnell wieder abgeregt. Es ist alles halb so schlimm, — der Friede bei den Tennis-Profis wird bald zurückkehren, denn es gilt, die Erfolge der Weltmeisterschaften auszubauen. — Aus Paris wird der Uebertritt der französischen Spitzenspielerinnen Adamoff und Neufeld als bevorstehend gemeldet, nun — wir werden ja sehen.

*

Inzwischen ist die Hallensaison in Vorbereitung. In Berlin werden in diesem Winter sechs Hallen geöffnet sein. In der Brandenburgischen Straße bleibt es bei dem Eröffnungswettspiel Rot-Weiß gegen International-Club von England am 28. und 29. Oktober. Bei dem Polizei-Sport-Verein in der Schloßstraße zu Charlottenburg lehren H. Bartelt und Dickhoff, im Marstall hat wie alljährlich Abel seine Zelte aufgeschlagen, während in der Lichterfelder ehemaligen Kadettenanstalt Petri einen Nachfolger gefunden hat. In der Nähe des Knies bewirtschaftet Erber eine gleichfalls ausgezeichnet beleuchtete Halle mit rotem Naturbodenplatz. Piper eröffnet in der Ausstellungshalle am Kaiserdamm in kurzem seine neuen Plätze, darunter den großen Tribünenplatz, auf dem im Vorjahr der deutsch-französische Länderkampf der Profis stattfand. Neu ist eine in Johannisthal, Sturmvogelstraße, eingerichtete prachtvolle Spielgelegenheit mit zwei schönen Hallenplätzen. — Durchgehend ist die starke Herabsetzung des Mietpreises im Berliner Hallentennis, man kann am Tage von zwei Mark pro Stunde an spielen.

Anfang November wird Cilly Aussem auf mehrere Wochen nach Berlin kommen, um sich wieder auf die nächste Spielzeit und die Riviera-Saison mit Roman Najuch vorzubereiten.

B. B.

Tilden in Agram. Die Tilden-Gruppe spielte gestern in Agram, wo ihre Spiele allerdings nur wenig Interesse fanden. Nur etwa 600 Zuschauer waren anwesend. Die Resultate der beiden Spieltage: Najuch—Tilden 6 : 4, 6 : 0; Barnes—Puncec 8 : 6, 7 : 5; Najuch-Tilden—Barnes-Nüßlein 6 : 1, 9 : 7; Tilden—Puncec 6 : 3, 6 : 1; Najuch—Nüßlein 8 : 6, 8 : 6; Barnes-Tilden—Najuch-Nüßlein 7 : 5, 6 : 1.

„Florida", Berlins neuestes Vergnügungslokal, eine Schöpfung von Michael Rachlis, wird Kurfürstendamm 61, Ecke Leibnizstraße, Freitag eröffnet. Abseits vom Vergnügungstrubel wird ein für Berlin in seiner Art vollständig neuartiges Lokal aufgezogen. Den Clou der Florida bildet die exotische Bambus-Bar aus Bast, Bambus und Pergament mit grotesken Masken an den Wänden. Architektonischer Ausbau, Inneneinrichtung und Beleuchtung geben dem Ganzen die Note, die schon durch den Namen des Lokals bedingt ist.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Kurze Familienanzeigen

Verlobt: *Mia Bals mit Ludwig Sander, Halfing-Landshut.*

Vermählt: *Dr. Albrecht Marx und Frau Lotte, geb. Brede, Hamburg · Carl Schmidt und Frau Hanna, geb. Heide, Hamburg · Otto Virtler und Frau Edith, geb. Schrader, Hannover.*

Geboren ein Sohn: *Bäckermeister Curt Hauck und Frau Erna, geb. Müller, Gerichshain.*

Eine Tochter: *Walter Dammann und Frau Liselotte, Hamburg.*

Gestorben: *Heinrich Scholtis, 84 Jahre alt, Breslau · Frau Martha Hauptfleisch, geb. Rennoch, 70 Jahre alt, Breslau · Arthur Löwenthal, Hamburg · Oberzollsekretär i. R. Hinrich Feddern, Hamburg · Fabrikant Heinrich Krone, 82 Jahre alt, Hamburg · Frau Emilie Meier, geb. Becken, 72 Jahre alt, Hamburg · Lehrer a. D. Martin Adolph Petersen, Hamburg · Frau Elisabeth Hudages, 78 Jahre alt, Altona · Wilhelm Brasch, 81 Jahre alt, Hamburg · Emanuel Rothschild, 79 Jahre alt, Frankfurt a. M. · Fritz Kempf, Frankfurt a. M. · Hugo Hackh, Stuttgart · Ingenieur Emil A. Wahlström, Stuttgart · Professor a. D. Otto Wilhelm, 76 Jahre alt, Stuttgart · Oberingenieur Hans Beissner, Hannover · Frau Marie Klages, geb. Buer, 72 Jahre alt, Hannover · Steueramtsdirektor i. R. Woldemar Stichert, 73 Jahre alt, Leipzig · Frau Marie Klingenberg, geb. Lugenhain, 77 Jahre alt, Leipzig · Kommerzienrat Max Kühner, München · Schuldirektor a. D. Ludwig Lang, 88 Jahre alt, Oberammergau · Verwaltungsgerichtsrat Dr. Hermann Rottmann, München · Landgerichtsdirektor Dr. Alfred Uhlmann, Augsburg · Frau Jeannette Sulzbacher, München · Oberforstmeister a. D. Josef Straub, München.*

Am Sonnabend, dem 15. Oktober 1932 entschlief sanft unsere geliebte Mutter und Großmutter

Frau Malwine Chaskel

geb. Abrahmsohn

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen

Erna Chaskel

Berlin W 15, Düsseldorferstraße 44/45

Die Beisetzung hat, dem Wunsche der Entschlafenen entsprechend, in aller Stille stattgefunden. Beileidsbesuche dankend verbeten

---

Unsere geliebte Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Clara Goldschmidt

geb. Skutsch

ist heute im 77. Lebensjahre sanft entschlafen

Breslau, 18. Oktober 1932
Reichspräsidentenplatz 5

Im Namen der Hinterbliebenen

Lilli Goldschmidt
geb. Bruck

Wir betrauern tief das Ableben von Frau

Clara Goldschmidt

die unserer Firma lange Jahre als Kommanditistin verbunden war und unserem Hause stets reges Interesse und freundschaftliche Gesinnung entgegenbrachte

Ihr Andenken wird bei uns unvergeßlich bleiben

Breslau, Berlin, Wien, den 18. Oktober 1932

Die Inhaber der Firma

S. E. Goldschmidt & Sohn

Schmerzerfüllt zeigen wir hierdurch das Ableben unserer verehrten Kommanditistin, Frau

Clara Goldschmidt

an. Die teure Dahingeschiedene, die Gattin des unvergeßlichen Mitbegründers unserer Firma und Mutter unseres langjährigen Prokuristen Dr. Franz Goldschmidt, gehörte über drei Jahrzehnte unserer Firma als Teilhaberin an und hat ihr stets größtes Interesse entgegengebracht

Ihre persönliche Liebenswürdigkeit, ihre vornehme Gesinnung und ihr edler Charakter sichern ihr ein unvergeßliches Andenken

Breslau, den 18. Oktober 1932

Die Inhaber der Firma Franz Tellmann

Heute
Modenschau
nachm. 4½ bis 7 Uhr in unserer Filiale
Friedrichstraße 61
Wir führen durch Mannequins vor die neuesten
Wegena-Modelle
Corselet mit Gleitrücken D. R. P.
Zaubermieder mit Magenhalter D. R. G. M.
Das Wegena-Corselet mit auswechselbarem, beweglichem Büstenhalter nach Henriette Badler
Wunderbüstenhalter Wegena D. R. P. nach Frau Dr. Klopfer
Wäsche, Morgenröcke, Hausanzüge
Vorführung der einzigartigen Wegena-Erfindung zum Maßnehmen der anatomischen Figur des eigenen Körpers mit der patentierten
Hapran-Büste
Hochinteressant für Sie. Sie müssen das wunderbare System kennenlernen.
CORSET **Neumann** seit 1878 ohnegleichen
Eintritt frei!

BZ-Karten
Jedes Blatt 90 Pf.

DAHLEM
beste Lage, verkaufe meine moderne Villa, 7 Zimmer, Garage, 70 000 M. E. L. 72 Postamt Dahlem.

Original-Modelle
eleganter Kleider gibt billigst einzeln ab
Behrendt & Saur, Schützenstraße 65, 9—5.

Steinway — Sons — Flügel
Bechsteinfl., Blüthnerfl., Ibachfl., Rönischflügel 450, gebrauchte. Potsdamer Str. 74.

ERZIEHUNG UND UNTERRICHT

Pädagogium
Waldsieversdorf
ab Sexta. Kleine Klassen. Freiprosp.

Abitur
Sexta—Oberprima, auch zeitaufholende Tageskurse, honorarermäßigte Abendlehrgänge. Aufbaukurse.
Dr. Meusel'sche Anstalt, Kurfürstenstraße 72.

Pädagogium Traub
Frankfurt / Oder 10.
Sexta / Abitur.
Schülerheim. Neuzeitliches Schulhaus im Naturgrün. Tägl. Arbeitsstunden. Nichtversetzte holen verlorene Zeit ein.

Engländerin
dipl., gibt Sprachunterricht. Barbar. 1567

LOWTHER COLLEGE
(FOR GIRLS)
NEAR RHYL, N. Wales.
Approved by the Board of Education. Chairman: The Rt. Hon. the Lord Gisborough. Beautifully situated in a park of 400 acres. Near sea and mountains. Pupils prepared for all examinations, including University Entrance. Large Staff. Lecture Hall. Science Laboratories, Gymnasium, Art Room, Music Rooms, Swimming Bath. Riding, all Games, Golf Course. Domestic Science, Gardening, and Secretarial Departments. Three Open Scholarships. Diet exceptional, including fresh fruits, Salad, and nuts daily. Certified milk only.
Principal. Mrs. Lindley.

Vermietungen

2 große Komf.-Leerzimmer
Balkon, Bad, Telefon, Küchenbenutzung, Nähe Olivaer Platz, zu vermieten. Erfr. Portier, Württembergische Str. 31/32

Dahlem möbl., gr. Zimmer 1. 11. verm. Tel. Pfzbg. 3427

2 Villenzimmer
möbl., Komf., verm. Tel.: Pfalzbg. 6439.

Staatsoper Unter den Linden
Donnerstag, 20. Oktober
43. Abonnements-Vorstellung
Die Macht des Schicksals
Dirigent: Blech
Leider, Marherr, Rosvaenge, Janssen
List, Fuchs
Anfang 8 Uhr

Staatliches Schauspielhaus
am Gendarmenmarkt
Donnerstag, 20. Oktober
43. Abonnements-Vorstellung
Wilhelm Tell
(Neueinstudierung Fehling)
mit Werner Krauß
Anfang 8 Uhr

Deutsches Theat.
Schumannstr. 13 a
Weidendamm 5201
8 Uhr
Prinz von Homburg
(Schauspiel 4. v. Kleist)
Inszenz.: Max Reinhardt
Thimig, Feldmar
Spitzer-Fröhlich
Kaydler Wegener

Komödie
8¾ Kurfürstendd. 206
Bism. 3625
Nelson
Täglich
Beine u. Banditen

Kammerspiele
8 Uhr
Schultes Bühne
Heiterer Ludwig-Thoma-Abend
Die Brautschau
Erster Klasse

Zuschter im
Admiralspalast
Friedrichstr. 101/102
Täglich 8¼ Uhr
Alpar
Katharina

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
Direkt. Victor Barnowsky
Täglich 8¼ Uhr
Auslandreise
von Ossia-raicher und Hirschfeld
Felix Bressart
Paudler, Heidemann.

Metropol-Th. 8¼
Zeini
Wiaffaryn
Eine Frau, die weiß, was sie will!
Sonst. ausm. ½3, 5, 8
Walzertraum

Deutsches Künstler-Theater
Täglich 8½ U. Barb. 0403
Das Märchen vom Wolf
Lustspiel v. Fr. Molnar
Regie: Eugen Robert
Christians, Dunckle
Edthofer
Die Tribüne
Wilhelm 5365
Täglich 8½
Der Spazierstock
Lustsp. v. S. Giovannetti
Regie: A. E. Lichte
Haack, Hrauszewitz.

Th. des Westens
(U. Nollendorfpl.)
Tägl. 4½ u. 8½
Sig. 2½, 5 u. 8½
Försterchristel
Wörner, Stöwe
Lichtenstein
1. Vorst. 0.30—1.50
2. u. 3. 0.50—2.50

Lessing-Theater
Täglich 8½
Gerte
Mosheim
Homolka
Pygmalion
Carlson, Stössl, Schröder

PREMIERE SONNABEND 22. OKTOBER 7½ Uhr
DER Studentenprinz
Maria Eistner / Domprat-Fatbaender / Lisel Halid
Adele Sandrock / Hardjan / Hans Albers
Graetz / Genis Nikolajewa / Lingen / Niemar
Diegelmann / Arco / Nini Theilade
Mus. Ltg.: The Mackeben Regie: Rudolf Bernauer
GROSSES SCHAUSPIELHAUS

Theater i. d. Behrenstr.
8¼ Ralph Arthur Roberts
Bargeld lacht
Lustspiel in 3 Akten von Ebermayer und Cammerlohr

Komische Oper 8½
Friedrichstr. 104
Man braucht kein Geld
Schwank-operette von Bibo u. Rosen
Dorath, Lilien, Ramcau, Gold, Lenz
Preise: 0.50—6.—
Auch Sonntags nachm. 4 Uhr zu halb. Preisen.

Renaissance-Th.
Hardenbergstr. 6
Steinpl. 4684. 8½
Olga Tschechowa
Liebe — unmodern
Kabarett-Kaufmann
Ab morgen
Geld ohne Arbeit

Theater in der Stresemannstr.
Morgen 8½ Premiere
Zu mehr, um schön zu sein
v. Bernh. Shaw
Meissl, v. Theilmann, Barlens, Evans, Otto Lima, Grosnay, Wiemann
Die Rowa

Theater am Schiffbauerdamm
D 2 Weidend. 9955
Täglich 8¼
Die Truppe 1931 spielt
„Da liegt der Hund begraben"
Komödie mit Musik

Nollendorfplatz
Lehár dirigiert
Der Fürst der Berge
Michael Bohnen
Irene Eisinger
Ververk. unterbroch.

Wallner-Th.
Wallnertheaterstr. 35
bleibt Donnerstag wegen Vorbereitung der am Freitag, dem 21. Okt., abends 8 Uhr stattfind. Premiere
Der Leibkutscher des Frieder cus Rex
geschlossen

Kurfürstend.-Th. 8¾
Tel. J 1 Bism. 1400
Der große Operetten-Erfolg!
Der Vetter aus Dingsda
Lotte Carola
Walter Jankuhn

Philharmonie: Sonntag, 23. Oktbr., abds. 8 U.
OPERN-ABEND
des Philharmon. Orchesters
Dirigent: Selmar Meyrowitz
Sol.: Eva Liebenberg (Alt)
Constantin Stellakis (T-nor)
Kart. 1. Vorv. 0.50-1.20; a. d. Abdk. 0.50-1.50

Philh. Stg., 23. Okt., vorm. 11½ U.: Oeff. Hauptpr. u. Mtg., 24. Okt., 8 U. / L. Konz. m. d. Philh. Orch. — Dir.
BRUNO WALTER
Verdi: Requiem
Sol.: Maria Nemeth, Karstin Thorborg, Marcel Wittrisch, Hermann Schey / Bruno Kittelscher Chor.

Brigitte Helm
Eine von uns
Gustav Diessl
Ernst Busch / Jessie Vihrog
Helene Fehdmar / Paul Bienefeldt
Günther Vogeler
Nach dem Roman von Irmgard Keun
„GILGI, EINE VON UNS"
Musik u. musikalische Leitung: Franz Grothe
Liedtexte: Fritz Rotter / Drehbuch: J. v. Cube
System: Tobis Klangfilm
Regie: Johannes Meyer
Ein T. K.-Film der Paramount
URAUFFÜHRUNG
HEUTE 700 | 915
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch 500
CAPITOL
AM ZOO
Vorverkauf täglich v. 12-2 Barbarossa 85 7058

GRAPHIK-AUSSTELLUNGEN
vom 20. bis 22. Oktober, von 10—1 u. 3—6 Uhr
SAMMLUNG STINNES
Moderne deutsche u. französ. Graphik
TOULOUSE-LAUTREC
bei
CARL MEDER & Co
W 10 · Lützow-Ufer 17
und
GRAPHIK ALTER MEISTER
des Kupferstichkabinetts in Donaueschingen und der Sammlung König Friedrich August II. durch
C. G. Boerner im Hotel Bristol
Versteigerungen in Leipzig durch C. G. Boerner vom 8. bis 11. November

Städt. Oper
Charlottb., Bismarckstr. 34
Fraunhofer 0231
Turnus I
Anfang 8 Uhr
Tosca
Nemeth, Taldé a. G. Rode, Kandl, Heyer
Dirig.: Ladwig

Schiller
Grolmanstr. 70
Steinpl. C1 6715
Täglich 8¼
Robert u. Bertram
Alfr. Braun, Fritz Kirsch
Senta Söneland
Stg., 23., nachm. 3½U.: Reidhardt von Geisenau
Kleine Preise.

Volksbühne
Theater a. Bülowplatz
D 1 Norden 2944. 8 U.
Die Ratten
von Gerhart Hauptmann
Regie: Heinz Hilpert
Käthe Dorsch
Eugen Klöpfer
Otto Wernicke

Theater
Kleines Theater
Merkur 1624
Unter d. Linden 44
Täglich 8¼
181 ×
Der Sensationserfolg
Ganoven-Ehre
Preise von 1.- M an

PLAZA
Nähe Schles. Bhf.
Sa. 8½, Stgs. 2, 5, 8 Uhr
C 7 Weichsel 4603
Dollarprinzessin

Thalia-Theater
Dresdener Str. 72
F 7 Jannowitz 5258
Täglich 8¼
Prinzessin f. eine Nacht
Vorz. 50 % Ermäßigung

Flachrennen
Hoppegarten
HEUTE NACHM. 2 UHR

FLORIDA
KURFÜRSTENDAMM 61
TEL.: BISM. J 1 5174
TANZ-RESTAURANT
DIE EXOTISCHE
BAMBUS-BAR
HEUTE EROFFNUNG
DIE GANZE NACHT — BETRIEB

Ost-Theater
Gr. Frankf. Str. 132
T. Weichs. E 7 3422
8½ Uhr:
Der Hauptmann von Köpenick

Steffner Sänger
Reichsallee-Th. am Dönhoffplatz
Direktion Meyrat
8½ Uhr
Sonntags 3½ Uhr
Zu ermäßigt. Preisen
Das neue Programm mit der Posse
Und abends wird gelacht!

Klaviere Flügel kauft sofort Lützow 210.

Klaviere kauft sofort G 1 Elephan 6864.

1-1½ To.
guterh. Stollenlieferwag. usw. u. fauf gl. Off. u. 22307 B. 3. Hüttenl.-gl. Ambrosiusstr. 31.

Versteigerung
wie am Sonntag angekündigt
Kurfürstendamm 226
heute von 10½—2 u. 3—7 Uhr
Kunst-Auktions-Haus
Keller & Reiner G. m. b. H.
Tel. J 1 Bismarck 5093, 5094

Bruno Schreiber
Riesengebirge
PENSION SCHINDLER
Bestempfohlenes Haus mit modernem Komfort
Fließendes Wasser • Privatbäder • Auf Wunsch jede Diät
Ab September ermäßigte Preise

Gerichtliche Bekanntmachungen

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 28. 12. 1932, 10 Uhr,

an Gerichtsstelle Grunewaldstraße 66/67, Zimmer 74, versteigert werden das im Grundbuche von Berlin-Schöneberg, Band 6, Blatt 487 (eingetragene Eigentümer am 4. 6. 1932, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kaufmann Dr. Leon Steinberg, Antwerpen) eingetragene Grundstück Gemarkung Schöneberg, Kartenblatt 14, Parzellen 43, 44, 10,21 a 88 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 174, Nutzungswert 25 450 RM, Gebäudesteuerrolle 334, Wohnhaus mit 2 Seitenflügeln, Quergebäude, Hofraum, kleinem Hausgarten, **Bülowstr. 105** und Straße zur Bülowstraße.

— 10. K. 106. 32. —

Berlin-Schöneberg, 12. 10. 1932.
Amtsgericht.

Eigene Feststellungen.
Nachdruck verboten. (Ohne Gewähr.)

Belastungen

Zu Grundstück **Bülowstr. 105** in Schöneberg: 1. 100 000 RM 9 v. H. Zs.; 2. 40 000 RM 9 v. H. Zs. Allianz, Berlin, Taubenstr. 1—2. 3. 10 000 RM 10 v. H. Zs. J.-R. Dr. Karl Holländer, Neue Königstr. 50 4. 20 000 RM Erich Haering, Garmisch (Oberbayern). 5. 20 000 RM Ephraim Meyer & Sohn, Hannover. 6. 20 000 RM Ernst Dörschlag, Schöneberg, Bozener Straße 6 u. andere. 7. 20 000 RM Bezirksamt Schöneberg. 8. 250 000 RM 6 v. H. Zs. Graf Otto Czernin, Schloß Kassegg (Steiermark). 9. andere. 9. 2000 RM Gerichtskasse Schöneberg, Betr. Gläub. Bezirksamt Schöneberg wegen rd. 4670 RM u. wie zu 1—2.

Weitere Zwangsversteigerungen

Zeichenerklärung:
F. = Fläche. N. = Nutzungswert.
R. = Reinertrag.
(Nachdruck verboten.)

Amtsgericht Berlin-Mitte:
Termin am **18. März 1933,** 9 Uhr, Zim. 116/118. Wohnh. Choriner Str. 57 in Berlin. F. 841 qm. N. 14 300 M. — R. 215. 52. — 1. 27 500 RM 24 v. H. Zinsen Hypothekenbank in Hamburg. 2. 3005 RM; 3. 2917 RM Victoria, Berlin, Lindenstraße 20—25. 4. 27 000 RM Lazard Speyer Ellissen, Frankfurt a. M. 5. 1500 RM Hausverw. u. Hypothekenges., Berlin, Lindenstr. 20. 6. 1660 RM Finanzamt Moabit-West. 7. 25 000 RM Gust. Goldwasser, Kielce, Betr. Gläub. wie zu 1. Einheitswert 93 000 RM.

Termin am **11. Januar 1933,** 10 Uhr, Zimmer 113/115. Wohnh. Sellerstr. 14 in Berlin. F. 1532 qm. N. 17 870 M. — R. 5. 177. 32. — 1. 62 498 RM 6 v. H. Zs. Darmstädter und Nationalbank, Berlin. 2. 50 000 RM Dipl.-Ing. Eugen Leites, Paris, 26 Rue Jouffroy. 3. 6000 RM Max Hangmeister, Wiesbaden, Taunusstr. 52. 4. 3000 RM; 5. 9500 RM; 6. 40 000 RM Leib Reinermann, Berlin, Fasanenstr. 38. 7. 88 000 RM Württemb. Kreditverein, Stuttgart. 8. Betr. Gläub. Dresdner Bank wegen Post zu 1. Einheitswert 107 400 RM.

Amtsgericht Bln.-Tempelhof:
Termin am **8. Dezember 1932,** 11½ Uhr, Zimmer 181. Wohnhaus Uferstr. 29a, Ecke Camphausenstr. 1 in Berlin. F. 816 qm. N. 16 000 M. — 9. K. 170. 31. — Belastung: 1. 37 250 RM; 2. 37 250 RM; 3. 25 500 RM 10 v. H. Zs. Fritz, H. Heinrich, Frau A. Luise Loewenbach, Nronow a. Mettau, Tschechosl. u. andere. 4. 30 000 RM 15 v. H. Zs.; 5. 80 000 RM Königstadt A.-G., Berlin. 6. 819 RM; 7. 673 RM Gerichtskasse Tempelhof. Betr. Gläub. wie zu 1—3.

Termin am **1. Dezember 1932,** 10 Uhr, Zim. 181. Wohnh. Oberlandstr. 3 in Tempelhof. F. 1402 qm. N. 12 300 M. — 9. K. 120. 32. — Belastung: 1. 30 000 RM 8 v. H. Zs.; 2. 10 000 RM Brandenburger Lebensvers. A.-G., Berlin, Am Karlsbad 16. 3. 8000 RM Bezirksamt Tempelhof. 4. 15 000 RM Fri. Martha Baranek, Oberlandstr. 3. Betr. Gläub. Reinh. Ahlert, Müllrose, zum Zwecke der Auseinandersetzung.

Termin am **13. Dezember 1932,** 11 Uhr, Zim. 181. Wohnh. Roonstr. 10 in Lichtenrade. F. 1225 qm. N. 900 M. — 9. K. 117. 32. — Belastung: 1. 7000 RM 10 v. H. Zs. Ad. Bürger, Berlin, Elisabethstraße 37. 2. 5600 RM Ernst Bahr, Gatow bei Spandau u. andere. 3. 20 000 RM Sich. Georg Paul, Roonstr. Nr. 9. Betr. Gläub. wie zu 1.

Termin am **17. Dezember 1932,** 10 Uhr, Zim. 181. Wohnh. Willibald-Alexis-Str. 30, Ecke Klödenstraße 1 in Berlin. F. 724 qm. N. 13 880 M. — 9. K. 45. 32. — Belastung: 1. 17 750 RM; 2. 24 750 RM Rhein. Hypothekenbank, Mannheim. 3. 8000 RM 4. 6000 RM; 5. 26 000 RM; 6. 2000 RM Wwe. Paula Rubensohn, Charlottenbg., Bleibtreustraße 12. 7. 846 RM Vohk Vers.-Anst., Berlin, Dircksenstraße 8. 8. 3550 RM Frau Friedla Smietana, Bln., Budapester Straße 17. Betr. Gläub. wie zu 3—6.

Termin **am 6. Dezember 1932,** 10 Uhr, Zim. 181. Wohnh. Podewilsstraße 4—12 (gerade Nummern) u. 11—21 (ungerade Nrn.), Straße 76, Nr. 5—15 (ungerade) in Tempelhof. F. 10 876 qm. N. 70 000 M. — 9. K. 174. 31. — Belastung: 1. 1 150 000 RM 8½ v. H. Zs. Rheinh. Hypothekenbank, Mannheim. 2. 606 700 RM 3 v. H. Zs.; 3. 202 300 RM Städtebauamt Bln. 4. 150 000 RM Sich. Ernst Rettig, Berlin, Tedower Str. 33. 5. 119 RM Gerichtskasse Tempelhof. Betr. Gläub. wie zu 1.

Termin **am 15. Dezember 1932,** 10 Uhr, Zim. 181. Wohnh. Lichterfelder Str. 23—24 und Wilhelmshöhe 12 in Berlin. F. 1035 qm. N. 9590 M. — 9. K. 99. 30. — Belastung: 1. 80 000 RM 8 v. H. Zs. Preuß. Hypotheken-Akt.-Bank, Berlin. Mohrenstraße 65. 2. 20 000 RM 9 v. H. Zs. Reichsbund des Textileinzelhandels, Bln., Markgrafenstraße 35. Betr. Bezirksamt Kreuzberg wegen rd. 3260 Reichsmark.

Zwangsversteigerungs-Ergebnisse

Zeichenerklärung:
F. = Fläche. N. = Nutzungswert.
R. = Reinertrag.
(Nachdruck verboten.)

Beim Amtsgericht Berlin-Mitte: Theatergebäude usw. **Stresemannstr. 29 und 29a** in Berlin, der Theater in der Königgrätzer Str. G. m. b. H. in Berlin gehörig. F. 14,41 a. N. 55 300 M. Mit dem Gebot von 373 000 RM bar blieb die Berliner Hypothekenbank Akt.-Ges. in Berlin W 56, Taubenstraße 22. Ersteherin.

Kottbusser Str. 18 in Berlin, dem Dr. Fritz Elsler u. a. gehörig. F. 5,82 a. N. 14 170 M. Mit dem Gebot von 82 000 RM bar blieb Frau Dr. M. Rothmann in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 35a, Ersteherin.

Reichenberger Straße 184 in Berlin, dem Kaufm. Hermann Kirchhausen in Berlin gehörig. F. 3,26 a. N. 7910 M. Mit dem Gebot von 21 500 RM bar und Uebernahme von 23 500 GM Hypotheken blieb der Kfm. Arthur Raube in Charlottenburg 5, Horstweg 37, Ersteher.

Einstweilige Einstellungen: Zwecks Aufhebung der Gemeinschaft. **Saarbrücker Str. 7** in Berlin, dem Kaufm. Sische Nußdorf u. dem Jacob Tyber in Berlin gehörig. F. 10,25 a. N. 18 770 M.

Wohnhaus mit Werkstattgebäuden, Kraftwagenraum usw. **Weberstraße 52** in Berlin, der Frau Eugenie Notzke in Berlin gehörig. F. 12,56 a. N. 13 930 M.

Philippstr. 20 in Berlin, der Wwe. Hermine Kuschel in Berlin gehörig. F. 3,93 a. N. 6870 Mark.

Boyenstr. 38 in Berlin, dem Dentist Albert Köhler in Berlin gehörig. F. 5,28 a. N. 9450 Mark.

Wohnhaus m. Fabrikgebäuden usw. **Wilhelmstr. 22** in Berlin, das Grundstück ist herrenlos. F. 10,99 a. N. 22 690 M.

Wohnhaus, Lagerplatz, Garagengebäude usw. **Rüdersdorfer Straße 10** in Berlin, dem Kfm. Leo Blumin in Berlin gehörig. F. 7,35 a. N. 12 810 M.

Wallnertheaterstraße 42 in Berlin, dem Kaufm. Heinrich Böhm in Berlin-Wilmersdorf gehörig. F. 3,83 a. N. 7210 M.

Aufhebung: Höchste Str. 21 Zemke in Bln.-Schöneberg gehörig.

Beim Amtsgericht Berlin-Lichterfelde: Landhaus usw. **Teutonenstraße 25** in Berlin-Nikolassee, dem Fabrikbesitzer Ludwig Benn gehörig. F. 49,85 a. N. 4500 M. Mit dem Gebot von 57 000 RM bar blieb der Kfm. Dr. Frank Muskate in Bln.-Zehlendorf, Teutonenstraße 25, Ersteher.

Einstweilige Einstellungen: Landhaus usw. **Fontanestr. 4a** in Bln.-Lichterfelde, der Frau Anna Nyrén gehörig. F. 6,02 a. N. 2200 M.

Wohn-, Gasthaus, Saalgebäude usw. **Alsenstr. 139** in Berlin-Zehlendorf, der Frau Valeska Patermann gehörig. F. 42,73 a. N. 3969 M.

Landhaus usw. **Parallelstr. 4,** Ecke Grabenstraße in Berlin-Lichterfelde, dem Kfm. Paul Fischer gehörig. F. 25,29 a. N. 2928 M.

Beim Amtsgericht Berlin-Köpenick: Restaurations-, Saalgebäude, Kaffeeküche usw. **Stubenrauchstr. 12/13** in Bln.-Johannisthal, dem Gastwirt Julius Bota in Bln.-Johannisthal gehörig. F. 25,32 a bzw. 21,74 a. N. 1682 M bzw. 3021 M. Mit dem Gebot von 45 000 RM bar blieb Frau Gertrud Kromway in Bln.-Grunewald, Humboldtstraße 49, Ersteherin.

Wohnhaus usw. bzw. Backstubenanbau, **Friedrichstr. 105,** sowie **Acker** usw. „Mylius-garten" in Berlin-Friedrichshagen, dem Bäckermeister Otto Abraham in Mittenwalde gehörig. F. zus. 16,46 a. N. 4716 Mark. Mit dem Gebot von 38 100 RM bar und Uebernahme von 12 544 Gr. Feingold Hypotheken blieb der Kfm. Hermann Carow in Mittenwalde i. M., Ersteher.

Einstweilige Einstellungen: Oststr. 5 in Bln.-Johannisthal, dem Buchhalter Georg Thom in Bln.-Johannisthal gehörig. F. 4,62 a. N. 507 M.

Beim Amtsgericht Spandau: Wohnhaus, Halle, großer Saal, Garage usw. **Hakenfelde 18** in Spandau, dem Kfm. Heinrich Richert in Berlin gehörig. F. zus. 2 ha 13,99 a. N. zus. 6280 Mark. Mit dem Gebot von 112 000 RM bar blieb die Burger & Mayer G. m. b. H. in Berlin W 35, Potsdamer Str. Nr. 28, Ersteherin.

Acker im Mittelfelde XIa in Berlin-Kladow, dem Landwirt Paul Hönow in Berlin-Kladow gehörig. F. 8,88 a bzw. 0,37 a. Mit dem Gebot von 17 600 RM bar blieb die Spar- u. Darlehnskasse e. G. m. b. H. in Berlin-Kladow, Ersteherin.

Zu je ¼ Grundstücksanteile, Wohnhaus usw. **Kronprinzenstraße 28** sowie **Wiese,** „die 29 Kaveln" in Spandau, dem Rentier Fritz Mahnkopf, ebenda, gehörig. F. 10,41 a bzw. 49,50 a. N. 192 M. Mit dem Gebot von 4100 RM bar bzw. 1750 RM bar blieb der Kfm. Erich Palis in Nauen, Mittelstraße 31, Meistbietender. Verkündung des Zuschlags am 28. Oktober 1932.

Acker u. Garten vom Plan 19 bzw. vom Plan 20 in Berlin-Staaken, dem Gustav Simon in Berlin gehörig. F. zus. 32,48 a. Mit dem Gebot von 1500 RM bar blieb die Köchin Fräulein Bertha Dorn in Berlin W 30, Münchener Str. 23, Ersteherin.

Aecker, Plan Nr. 1 in Bln.-Staaken, dem Spediteur Max Leyser in Bln.-Spandau gehörig. F. zus. 31,07 a. Mit dem Gebot von 1000 RM bar und Uebernahme von 54,30 GM Hypotheken blieb die Witwe Marie Lepperhof in Berlin-Spandau, Hamburger Straße 114, Ersteherin.

Einstweilige Einstellung: Acker am Weinbergsweg in Spandau, dem Kfm. Jacob Steinberg in Charlottenburg gehörig. F. 1 ha 30,24 a.

Aufhebung: Aecker und Geräteschuppen Hamburger Str. Nr. 97 in Berlin-Spandau, dem Zivil-Ing. Johannes Beyer gehörig gewesen.

Beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg: Aufhebung: Ackerland, Bismarckstr. 16 u. 17 in Berlin-Friedenau, dem Kaufm. Hermann Haupt in Rio de Janeiro gehörig.

Handelsregister

Neueintragungen
(mit Angabe von Straße und Hausnummer)
(Nachdruck verboten.)

Abt. A: Pans & Tomisch, Berlin S 42, Ritterstraße 11. (Fabrikation von Kunsthornwaren.) — Isaak Bachenheimer, Bln.-Grunewald, Warmbrunner Straße 15. (Handelsmakler.)

Abt. B: Baumbild-Dienst Gesellschaft für Wohnungsvermittlung m. b. H. Berlin C 2, Spandauer Str. 16. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kflte. Max Schönewald, Berlin-Charlottenburg, und Isidor Lewy, Bln.-Wilmersdorf. — Hermann Kaatsch G. m. b. H., Malereiwerkstätten. Berlin S 14, Alte Jakobstr. 87. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Malermeister Hermann Kaatsch, Teltow bei Berlin.

Vergleichsverfahren

Neuangeordnete:

Kaufmann Julius Leyser, Inhaber der Firma Leyser Wäsche Julius Leyser, Charlottenburg; Calorit-Werk G. m. b. H., Dresden-Leuben; Hodermann & Sohn G. m. b. H., Hamburg, mit Filiale in Altona.

Aufgehoben:

Paul Meltzer G. m. b. H., Fischgroßhandlung, Berlin C 2; Spar- und Darlehnskasse e. G. m. b. H., Neustädtel, Bezirk Liegnitz.

Neue Konkurse

A. = Anmeldefrist. E. = Eröffnungstermin. G. = Gläubigerversammlung. P. = Prüfungstermin.

Der fettgedruckte Ort ist gleichzeitig zuständiges Amtsgericht.

Breslau. „Paratect" Aktiengesellschaft in Liquidation. E. 14. 10. A. 12. 11. G. 14. 11. P. 28. 11.

Ludwigshafen, Rhein. Eisengießerei und Maschinenfabrik J. Roth A. G. E. 14. 10.

FINANZ- UND HANDELSBLATT DER VOSSISCHEN ZEITUNG
BEILAGE ZU NR. 503 • MORGEN
VERANTWORTLICH: I. V. WILHELM DÜSTERWALD, BERLIN
DONNERSTAG, 20. OKTOBER 1932

Spitzengehälter

Die Leistung muß entscheiden

Offiziell wird mitgeteilt: „Zur Ausführung der Bestimmungen der Verordnung vom 4. September 1932 über die Einschränkung der Personalausgaben bei subventionierten Unternehmen sind ergänzende und erläuternde Bestimmungen in Vorbereitung, über die die Reichsregierung nach Abschluß der erforderlichen Verhandlungen unter den beteiligten Ressorts und mit den Ländern Beschluß fassen wird. Die bisher über den angeblichen Inhalt erschienenen Pressenachrichten entbehren jeder Grundlage."

Die Reichsregierung macht sich ihre ohnehin nicht leichte Arbeit dadurch unnötig schwer, daß sie durch impulsive Ankündigung längst nicht ausgereifter Pläne im Volke Wünsche und Hoffnungen erweckt, deren Erfüllung häufig auf die größten Schwierigkeiten stößt. So war es bei den Kontingenten, bei der Zinsfrage, und so ist es auch bei der Frage der Herabsetzung der Spitzengehälter in den subventionierten Betrieben. Schon manchmal hatte man den Eindruck, als ob das Kabinett gern von den eigenen, etwas voreilig geäußerten Ideen wieder abgerückt wäre, wenn es nicht befürchten müßte, dadurch den Anschein der Inkonsequenz oder gar der Unsicherheit zu erwecken. Dies scheint in besonderem Maße für die Gehaltsfrage zu gelten, obwohl, oder grade weil die Pläne der Regierung hier im Einklang mit den Forderungen der breiten Masse stehen.

Nicht immer hat aber die breite Masse recht, und wenn das System der autoritären Staatsführung überhaupt Vorzüge vor der demokratischen Regierungsform hat, so sollte der wesentlichste Vorteil grade darin bestehen, daß die Autorität des Staates das Vernünftige auch gegen den Volkswillen durchzusetzen vermag. Auf die Dauer wird sich die Masse der Vernunft nicht verschließen, wenn man es nur versteht, ihr die Logik der Zusammenhänge mit durchschlagenden Argumenten klarzumachen. Wer diese Erziehungsarbeit nicht zu leisten vermag, besitzt eben keine Autorität in des Wortes edlerer Bedeutung.

Glücklicherweise war das Kabinett vorsichtig genug, die einschlägigen Bestimmungen der Notverordnung vom 4. September hinreichend weit zu fassen. Es ließ sich vom Reichspräsidenten nur ermächtigen, allgemein oder im einzelnen Fall die Dienstbezüge der leitenden Angestellten eines Betriebes, der finanzielle Beihilfe vom Reiche, Land oder Gemeinde erhalten hat, für die Dauer dieser Beihilfe soweit zu kürzen, daß das Gehalt im Einklang mit den Bezügen der Reichsbeamten in vergleichbaren Stellungen steht. Dem Wortlaut der Verordnung wäre also Genüge getan, wenn gar nichts geschähe. Dies war aber nicht der Sinn der Verordnung und dies ist vor allem nicht der Sinn der Erklärungen, die von hohen und höchsten Stellen in der Zwischenzeit abgegeben worden sind. Es muß also etwas geschehen, wenn man nicht das Volk enttäuschen will. Auch wir sind der Meinung, daß etwas in dieser Frage unternommen werden sollte, wenngleich wir nicht verhehlen möchten, daß der Wortlaut der Verordnung unseres Erachtens kaum den geeigneten Rahmen für ein vernunftgemäßes Handeln darstellt.

Zunächst ein paar technische Fragen. Fallen beispielsweise nur die Banken unter die Verordnung, die vom Reich unmittelbare Zubußen (vorzugsweise in Form von Schatzanweisungen) erhalten haben, oder sind Kredite mit fest umrissenem Rückzahlungsplan ebenfalls Beihilfen? Vor allem aber: Fällt die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft nur deshalb nicht unter die Verordnung, weil sie ihre Sanierung ohne unmittelbare Reichshilfe durchgeführt hat? Gilt die Aktienübernahme durch die Golddiskontbank, der die Reichsbank den Rücken stärkte nicht als Subvention, obwohl die Reichsbank wiederum als Gegengabe für diese ihre Dienstleistung im allgemeinen Interesse vom Reich — in Gestalt der Befreiung von der Notensteuer — ein nicht zu unterschätzendes Gegengeschenk erhielt? Wie steht es ferner mit den Firmen, die mit Hilfe der Akzeptbank saniert wurden? Auch hier handelt es sich zum mindest um eine verkappte Reichshilfe, weil das Reich an der Akzeptbank finanziell beteiligt ist und für das Obligo der Akzeptbank eine wesentlich höhere Rückbürgschaft übernommen hat, als seiner finanziellen Beteiligung entspricht. Wer sind schließlich „leitende Angestellte', — etwa vom Prokuristen an aufwärts? Und welches sind die vergleichbaren Posten im Staatsdienst?

Ohne neue Ungerechtigkeiten zu schaffen, wird es schwer sein, die gerechte Grenze zwischen selbständigen und subventionierten Betrieben zu ziehen. Ganz unmöglich aber ist es, zwischen kaufmännischen Leistungen und Beamtendiensten einen Vergleich zu ziehen, genau so unmöglich, wie etwa den Wert einer geglückten Blinddarmoperation mit dem Erfolg eines schwierigen Arbitragegeschäftes zu vergleichen.

Es mag gewiß komisch anmuten, wenn der Reichsfinanzminister weniger verdient, als der ihm praktisch unterstellte Leiter einer Großbank. Aber jeder Beruf hat sein eigenes Ethos und überdies ist es in der privatwirtschaftlichen Sphäre nicht anders. Häufig verdient ein Agent erheblich mehr, als der Direktor des Unternehmens, dessen Produkte er vertreibt, und doch wird sich dieser jenem gegenüber kaum an Ansehen und Geltung unterlegen fühlen. Im übrigen mag die Frage, ob nicht eine Heraufsetzung der Ministergehälter in Deutschland notwendig ist, gar nicht so unzeitgemäß sein, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Auf keinen Fall aber sollte man diese Fragen verquicken, denn sie haben nichts miteinander zu tun.

Grundsätzlich liegen doch die Dinge so, daß ein Unternehmer keinem Angestellten mehr zahlt, als er ihm wert ist. Da die Krise gezeigt hat, wie stark die Leistungen mancher ehemals Prominenter überschätzt worden sind, gab man allen Unternehmern kürzlich die Möglichkeit, sich auch von langfristigen Verträgen mit leitenden Angestellten, deren jährliches Einkommen 15 000 Mark überstieg, zu befreien. Ueberall da, wo das Reich über Aktienbeteiligungen verfügt, hat es seinen Einfluß nach dieser Richtung hin geltend machen können. Nun ist gewiß richtig, daß dem Reich eine solche Einflußnahme bei den Gesellschaften nicht möglich war, bei denen es helfend einsprang, ohne sich anders als kreditmäßig zu beteiligen. In solchen Fällen sollte man dem Reich durchaus die Möglichkeit eröffnen, zu Umbesetzungen in den leitenden Posten zu schreiten. Einen Eingriff in die Vertragsrechte würde man ihm bei einem Vorgehen kaum vorwerfen können; denn wenn die staatliche Subventionierung nicht erfolgt und der Betrieb zusammengebrochen wäre, so hätten die Direktoren Stellung und Einkommen bestimmt verloren.

Worauf es aber entscheidend ankommen sollte, ist nicht das Gehalt, sondern die Qualifikation des betreffenden Angestellten. Wer an leitender Stelle stand, ohne die genügenden sachlichen oder moralischen Fähigkeiten zu zeigen, also Mitschuld an dem Zusammenbruch des Unternehmens trug, sollte überhaupt von dem leitenden Posten verschwinden. Er ist für den sanierten Betrieb eine Belastung, auch wenn er in Zukunft „nur" noch Ministergehalt bezieht. Für wirklich befähigte Leute hingegen bietet sich grade in diesen Betrieben ein dankbares und ersprießliches Tätigkeitsfeld. Wenn es schon ungewöhnliche Umsicht und Kenntnis erfordert, einen Betrieb ohne ernsthaften Schaden durch den Strudel der Krise hindurchzusteuern, wieviel mehr Klugheit, Weitsicht und Beharrlichkeit gehört dazu, ein leckgewordenes Schiff wieder flottzumachen! Die Aufrechterhaltung der ehemaligen Danatbank als selbständige Firma scheiterte daran, daß die Regierung niemand fand, der die Leitung zu übernehmen gewillt war. Von den wenigen Persönlichkeiten, die hierfür überhaupt in Frage kamen, hat sie sich Körbe geholt! Das sollte zu denken geben. Bei den anderen Gesellschaften, deren Situation nicht so verfahren ist, gilt es, die Tüchtigsten heranzuziehen, nicht abzuschrecken. Dazu gehört, daß man ihnen die brancheüblichen Gehälter zahlt.

In der Bankwelt freilich — und auf diese werden sich ja die Gehaltsregulierungen der Regierung in erster Linie erstrecken, — wird es sehr schwer sein, festzustellen, was brancheüblich ist. Selbst wenn man die DD-Bank als nicht unter die Verordnung fallend betrachtet, wäre der Kreis der „freien" Großbanken zu eng, als daß man Normen für aktuelle Großbankgehälter daraus ableiten könnte; die Handels-Gesellschaft ist viel kleiner und patriarchalischer organisiert, und die Reichs-Kredit-Gesellschaft von jeher hundertprozentig dem Reich gehörig, hatte von Anfang an ihre eigenen Besoldungsgrundsätze, die ihrem Sondercharakter entsprachen. Ein Vergleich mit den astronomischen Ziffern, mit denen man früher die Bankdirektoren verwöhnt hat, ist erst recht nicht durchzuführen. Einmal, weil ihr Nimbus am gründlichsten zerstoben ist, zum andern aber, weil ihre Bezüge auch ohne Staatseingriff bereits stark gesunken sind. Von den drei Komponenten: Fixum, Tantieme bei der eigenen Bank und Aufsichtsratstantieme sind die letzten beiden Posten jedenfalls erheblich zusammengeschrumpft. Welches das gerechte Gehalt sein wird, ist absolut nicht zu beziffern. Im allgemeinen wird sich aber die alte Erfahrung auch hier bestätigen: Zahlt man zu wenig, so werden die tüchtigen Kräfte sehr bald in andere Wirtschaftsgruppen abwandern, und dem Bankgewerbe werden, sehr zu seinem Schaden, nur die mittelmäßigen Begabungen erhalten bleiben. Andererseits ist die Pflicht des Reiches als Hauptaktionär und Verwalter nationalen Eigentums, sich die besten Kräfte zum billigsten Preis zu sichern und gleichzeitig für eine möglichst gerechte Gehaltsrelation zwischen den verschiedenen Angestelltenkategorien Sorge zu tragen.

Beamtendienste und kaufmännische Leistungen sind nicht miteinander vergleichbar, wohl aber die kaufmännischen Leistungen in den verschiedenen Wirtschaftsgruppen. Für die Bezüge eines kaufmännischen Direktors sollte daher nicht das Gehalt eines Staatsbeamten, sondern der Gehalt ihrer kaufmännischen Betätigung maßgebend sein.

Optimistischer Farben-Bericht

Ansätze zur Belebung

Die I. G. Farbenindustrie AG. berichtet über die Geschäftslage im dritten Quartal:

Trotz der Fortdauer und teilweisen Verschärfung der Hemmungen des internationalen Güteraustausches durch weitere Zollerhöhungen, Einfuhrverbote, Kontingentierungsmaßnahmen, Devisenbewirtschaftung hat die rückläufige Tendenz im Export auf verschiedenen Arbeitsgebieten der Gesellschaft gegen Ende des dritten Vierteljahres aufgehört. Es sind sogar gewisse Ansätze zur Belebung festzustellen.

Zweifellos würde eine internationale Rückkehr zu vernünftigen handelspolitischen Maßnahmen die Ueberwindung der Wirtschaftskrise wesentlich beschleunigen. Die Ankündigung der deutschen Kontingente hat sich an den nordischen Märkten der Gesellschaft zu derartigen Absatzverlusten ausgewirkt, daß damit in diesen Ländern die Vorteile der natürlichen Belebung mehr als ausgeglichen wurden. Im Inlande ist eine leichte Belebung festzustellen. Die Wiederkehr des Unternehmungswillens und des Vertrauens auf eine überschbare konsequente Wirtschaftspolitik machten sich vorteilhaft bemerkbar.

Die Prüfung der Frage, inwieweit auf Grund der Notverordnung in den einzelnen Werken unserer Gesellschaft Neueinstellungen in größerem Umfange möglich sind, ist noch nicht abgeschlossen. Es wurden Maßnahmen getroffen, um die Mittel aus den Steuergutscheinen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten zu verwenden.

Die Schrumpfung des Absatzes in Farben und Färbereihilfsprodukten hielt in den Sommermonaten an. Im September machte sich eine Besserung sowohl im europäischen wie im Ueberseegeschäft bemerkbar. Darin kommt eine gewisse Belebung der Beschäftigung der Verbraucherindustrien zum Ausdruck.

Der Absatz in Chemikalien konnte sich nicht ganz auf der Höhe des zweiten Vierteljahres halten. Gegenüber dem Juli zeigte jedoch der August eine Besserung, die sich auch im September fortgesetzt hat. Es hat den Anschein, daß auch hier der Tiefstand überwunden ist.

Der Verkauf von Stickstoffdüngemitteln im dritten Vierteljahr 1932 ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um annähernd 10 pCt. gestiegen. Die Erzeugung konnte entsprechend erhöht werden. Die zwischen dem deutschen Stickstoff-Syndikat und den anderen europäischen Stickstoffproduzenten im Juli abgeschlossenen Verträge lassen eine Besserung der Verhältnisse auf dem Weltstickstoffmarkt erhoffen.

Im Absatz des technischen Stickstoffs ist ebenso wie schon im zweiten Vierteljahr 1932 im dritten Vierteljahr eine weitere Verminderung eingetreten. Gewisse Anzeichen lassen auf eine, wenn auch bis jetzt noch unwesentliche Erhöhung des Inlandsgeschäfts schließen.

Hoffnungen auf den Oelmarkt

Die Benzinproduktion von Leuna wurde auf der Basis von 100 000 Jahrestonnen weitergeführt. Die Rohöllieferungen von Volkenroda blieben auch im abgelaufenen Vierteljahr weit hinter den Erwartungen zurück. Es standen aber genügende Mengen Teer und anderes Oel zur Verarbeitung zur Verfügung. Der Abschluß der Konvention zwischen den verschiedenen deutschen Import- und Vertriebsfirmen läßt eine Befriedung des deutschen Marktes erhoffen. Im Juli wurden fast alle in Betracht kommenden amerikanischen Firmen Teilhaber der Hydro Patents Co., der Gesellschaft, die 1930 durch die Standard I. G. Co. ins Leben gerufen wurde mit der Aufgabe, die Hydrierverfahren in den Vereinigten Staaten zu verwerten.

Die Verkaufsgemeinschaft Pharmazeutika und Pflanzenschutz hatte weiterhin, vor allem im Auslandsgeschäft, mit ausgedehnten Verkaufsschwierigkeiten zu kämpfen.

Die saisonmäßige Belebung auf dem Gebiete der Photographika hat für Deutschland weiter angehalten. Gegenüber dem zweiten Vierteljahr ist eine Absatzsteigerung zu verzeichnen. Auch der Vergleich mit dem dritten Vierteljahr des Vorjahres zeigt eine leichte Steigerung. Dagegen beeinträchtigten Devisenerschwernisse, Kursverfall und Zollschutz die Entwicklung des fotografischen Exportgeschäftes auf das Stärkste.

Der Absatz im Kunstseidegeschäft zeigte eine gewisse Belebung, die aber nicht ausreichte, um denselben Absatz wie im dritten Vierteljahr 1931 zu erzielen. Die Exportmöglichkeiten haben sich aus den bekannten Gründen nicht gebessert. Die Außenseiter treten immer mehr in Erscheinung, wodurch die Preise weiterhin beeinflußt werden.

Schering — J. D. Riedel?

Wie verlautet, schweben Verhandlungen über den Erwerb eines größeren Pakets J. D. Riedel-Aktien durch die zum Oberkoks-Konzern gehörende Schering-Kahlbaum A.-G. Berlin. Von unterrichteter Seite wird uns dazu erklärt, daß es sich hierbei um unverbindliche Vorbesprechungen handle, die noch nicht zu einem entscheidenden Ergebnis geführt haben. Ueber die Majorität der J. D. Riedel-E. de Haen A.-G. (Aktienkapital 10 Mill. RM), die seit der Sanierung des Unternehmens vor einigen Jahren vorwiegend in Händen der DD-Bank ruht, werde seit längerer Zeit mit den verschiedensten Gruppen verhandelt. U. a. ist, wie man uns erklärt, auch an die I. G. Farbenindustrie herangetreten worden, doch soll ein Resultat hierbei nicht erzielt worden sein. Zeitweise hat auch der Plan geschwebt, ein Vorstandsmitglied der Schering-Kahlbaum A.-G. in die Riedel-Direktion zu entsenden. Es scheint, daß diese Erwägungen im Zusammenhang mit einer Interessenahme der Schering-Gruppe in ein etwas aussichtsreicheres Stadium getreten sind. Eine Verbindung der beiden Gesellschaften läge insofern nahe, als sie zum Teil wesensverwandte Zweige, insbesondere auf dem pharmazeutischen Gebiete, bearbeiten. Zu erinnern ist auch daran, daß der Schering-Gruppe aus der Freigabe amerikanischer Guthaben bei den fotografischen Tochtergesellschaften namhafte Mittel zugeflossen sind, die das finanzielle Fundament für eine Interessenerweiterung abgeben könnten.

●

Wieder 10 pCt. Bubiag-Dividende. Der Aufsichtsrat der Braunkohlen- u. Brikett-Industrie AG. (Bubiag), Berlin, hat beschlossen, auf das eingezahlte Vorzugskapital satzungsgemäß 7 pCt. und auf die Stammaktien 10 pCt. (wie i. V.) zu verteilen.

Weiterer Protest gegen Osthilfe. Wie der „Vossischen Zeitung" aus Stettin gedrahtet wird, hat der Schutzverband landwirtschaftlicher Gläubiger in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen in einem Telegramm an den Reichskanzler darauf hingewiesen, daß die einseitige Hilfe für die Genossenschaften als vernichtender Schlag gegen die Existenz der gesamten Privatwirtschaft im Osthilfegebiet empfunden werden muß.

Vergebliche Sanierung

Die Verhandlungen um Wicking-Zement

Noch ist kein Jahr vergangen, seit der Fall der Wicking Portland-Cement und Wasserkalkwerke AG. die Oeffentlichkeit beschäftigte. Zur Ruhe ist dieses Unternehmen auch nach der Sanierung und der Fusion mit der Portlandzementfabrik Dyckerhoff u. Söhne G.m.b.H., Mainz, nicht gekommen. Dafür haben Anfechtungsklagen einerseits und die schlechte wirtschaftliche Lage andererseits hinreichend gesorgt. So wird verständlich, wenn jetzt eine neue Sanierung (die wir angekündigt haben) beabsichtigt wird, die offenbar auf eine sachliche Aushöhlung des Unternehmens hinausläuft.

Es handelt sich im wesentlichen darum, daß die Portland-Cement-Werke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart AG. Werke und Quoten von Wicking-Dyckerhoff übernehmen sollen. Die süddeutsche Gesellschaft ist dazu um so eher in der Lage, als sie auch heute noch sehr flüssig ist. Es zeigt sich aber wieder, daß die Sanierung des Jahres 1931 keine Sanierung war, und daß unsere Bedenken gegen die Fusion mit der Familiengesellschaft Dyckerhoff nur zu berechtigt gewesen sind. Nach den radikalen Abschreibungen, die vorgenommen worden waren, wurde der Anlagewert von rd. 25 Mill. von uns schon im vergangenen Jahre als zu hoch bezeichnet.

Die Verwaltung aber war der Ansicht, daß er angemessen sei, „selbst unter Berücksichtigung des für die nächsten Jahre zu erwartenden geringeren Versandes". Wir schrieben damals: „Das sind bei der heutigen Lage der Zementindustrie um so größere Zahlen, als man bisher immer noch nicht weiß, wie sich der Baumarkt entwickeln wird. Schon gar nicht verständlich ist die Absicht, das neue Kapital von 27 Mill. später um 8 Mill. weiter zu steigern. Gerade dieser Passus des Geschäftsberichts zeigt die Denkart, mit der an das gewiß schwierige Sanierungswerk herangegangen wurde. Es kann gar nicht groß genug sein."

Unsere damalige Befürchtung hat sich, wie die neuen Verhandlungen lehren, nur allzu schnell als berechtigt erwiesen. Die Sanierung, verkoppelt mit den relativ gesunden aber finanziell nicht ganz freien Dyckerhoff-Werken, mußte als

ein Unglück bezeichnet werden. Die damalige Manipulation **wird nur verständlich, daß nicht wirtschaftliche Erwägungen** der Zementindustrie, sondern Debitoren-Hoffnungen der führenden Banken sie diktierten. Gefordert wurde, schon damals eine **gründliche sachliche** Bereinigung: Stillegung der unrentablen Werke, Konzentration auf die modernen Betriebsstätten, kurz eine radikale Verkleinerung des aufgeblähten Produktionsapparates. Daß dieser Weg beschritten wird, wobei die starke süddeutsche Gruppe Hilfsstellung leisten muß, war schon damals nicht zu vermeiden. Daß heute Wirklichkeit werden wird, was vor einem Jahr befürchtet wurde, kann den Kritiker, auch wenn er Recht behalten hat, nicht befriedigen.

●

Frankfurter Abendbörse

Behauptet

An der Abendbörse war die Haltung gut behauptet. Die ermäßigten Schlußkurse der Mittagsbörse wurden dann im Verlauf vereinzelt überschritten. Die Kulisse schritt zu Meinungskäufen, zum Teil unter dem Einfluß von etwas höheren New-Yorker Eröffnungsmeldungen. So zogen im Verlauf die Farbenaktien um etwa ¾, Licht u. Kraft um 1 pCt. an. Ferner lagen Süddeutsche Zucker fest (plus 1¼ pCt.). Montanwerte jedoch blieben gerade gehalten. Die Rentenmärkte ebenfalls etwas fester. Altbesitz und Schutzgebiet zogen an. Späte Schuldbuchforderungen 66⅛ bis ¼. Von Industrieobligationen gaben Stahlverein um ⅝ nach auf 51⅜.

Farben 94½ (Berliner Schlußkurs 93⅝), Rütgerswerke 38¾ (38½), AEG. 32 (31½), Berliner Kraft u. Licht 113¼ (113), Chade 166 (166), El. Licht u. Kraft 86½ (85¼), Felten 54½ (54¾), Gesfürel 70 (69½), Lahmeyer 115½ (115½), Siemens 116⅝ (116¼), Bemberg 54½ (54¾), Aku 55½ (55¼), Stahlverein 22¼ (22⅛), Gelsenkirchen 38¾ (38), Harpener 71 (71⅜), Phönix 26 (26), Rheinstahl 64½ (63½), Laurahütte 15 (14¼), Aschersleben 99 (99), Continentale Linoleum 37 (36¾), Deutsche Linoleum 45 (44⅝), Tietz 45 (45⅛), Südd. Zucker 130¼, Continentale Gummi 102¾ (102¾), Metallgesellschaft 34½ (34½), Zement Heidelberg 49½, Holzmann 55½ (55¾), Zellstoffverein 4 (4), Hapag 16⅝ (16⅝), Nordd. Lloyd 17⅛ (17), Reichsbahn-Vorzug 86½ (86¼), Verkehrswesen 40 (40), Reichsbank 125¼ (125¼), Handelsgesellschaft 90½ (90½), Deutsche Bank 75 (75), Dresdner 61¾ (61¾), Altbesitz 47 (46⅞), Neubesitz 6½ (6,4), Schutzgebietsanleihe 5,35 (5,30).

HAMBURG, 19. OKTOBER. (Privat-Telegramm.)

	19. 10.				
		Hamb. Südamerika	30,00	Holstenbrauerei	60,00
Lübeck-Büchen	41.00	Norddeutsch. Lloyd	16,63	Nordsee	—
Dtsch.-Ostafrika	16,63	Lederw. Wiemann	120.00	Reichsbank	125,00
Flensb. D.G. v. 69	—	Stader Leder	70,00	Mannesmann	50,50
Hamb. Pak.	16,63	Schlinck & Co.	—		

Tendenz: Uneinheitlich.

Ausländische Börsen

AMSTERDAM, 19. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	19. 10.	18. 10.
Staats- u. Stadtanl.		
5% Nederland 1932	102,25	102.38
4½% „ 1916	102,50	102,38
4½% „ 1917	101,00	101,00
4% „ 1931	99 13/16	99,88
4% „ 1916	99 15/16	99,88
7% Dt. Rijksl. 49 (Daw.)	56,75	58,25
5½% do. 65 (Young)	51 9/16	51 5/16
6½% Bayr. Staats. Obl. 1945	51.13	51.50
7% Bremen 1935	54,50	—
6% Preußen Obl. 1952	48,38	48,50
7% Dresden Obl. 1945	—	—
6½% Keul. Cert. 1950	43,25	42,50
Bank- u. Kreditanst.		
7% D. Rt. Bk. Obl 50	59,50	59,38
7% Dtsch. Hyp.-Bk. Berlin, Pfdbrf. 1953	—	—
7% do. Spark. & Giro-Verband 1947	48.00	48.25
Frankf.Hyp.-B.Pfdb.58	—	63,00
7% Preuß. Pfdbrf.-Bk. Pfdbrf. 1953	—	—
7% Preuß. Zentralbod. Kred. Pfdbrf. 1960	—	—
7% S. Bdkr. Pfbr. 53	—	—
Amsterdamsche Bank	108.25	110.75
Nederld. Handel. Mij	—	—
Rotterdamsche Bank	—	—
Koloniale Bank	—	68,00
Nederl. Ind. Hd. Bk.	64,00	65.00
Dtsch. Rijksbank	—	—
Industrieunternehm.		
7% A. R. B. E. D. 1951	96,38	97,00
7% A. G. für Bergbau, Blei u. Zink O. 48	—	—
R. Bosch Dollar-Obl. 1951	[illegible]	—
8% C Caoutsch. O. 50	—	—
7% Dtsch. Kalisyndikat Obl. Ser. A 1950	69,25	69,13
7% Cont.Gummiw.A.G. Obl. 1956	—	—
6% Gelsenk. Goldnt. 34	52,00	53,00
6% Harpener Bergbau Obl. mit Opt. 1949	53,50	53,88
6% I. G. Farben Obl.	75,00	—
7% Mitteld. Stahlw. Obl. m. Opt. 1951	—	—
7% Rhein. Westf. Bod. Cred. Bk. Pfdbrf. 53	—	—
7% Rhein-Elbe Un. Obl. m. Opt. 1946	44,25	45,25
7% R. W. E. Obl., 5jähr. Noten	55,25	56,88
7% Siemens & Halske Obl. 1935	78,75	78,50
6% Siemens & Halske, gewinnberecht. Obl.	81,00	82,00
7% Ver. Stahlw. O. 51	40,75	40,25
6½% Ver. Stahlwerke Obl. Lit. C	36,38	—
6½% Wintershall Obl.	64,25	63.75
Algemeene Kunstzijde	44,38	44,25
van Berkels Patent	25,00	25,25

	19. 10.	18. 10.
Calvé Delft. Certif.	—	67,00
Holl Kunstzijde Ind.	32,50	33,00
Intern. Viscose (gest.)	33,00	32,00
Küchenm. I. Mij. v. A.	4,50	4,75
do. Int. Ultraphon		
Philips, gem. Bez.	127,00	130.38
N. V. Unilever. Certif.	115,75	119.63
Wintershall A. G.	—	—
Americ.Bemb.Cy.Cert.	5,25	5 5/16
do. B. Cert.	5,25	5 5/16
do. Pref. Cert.	—	—
Americ. Enka. Cert.	15,13	15 9/16
Am.Glanzst. Kl.A.Cert.	—	—
do. 7% Cert. m. Opt.	—	30.25
I.G.Farben Cert. v. Akt.	74,88	74,88
Int.Ges.f.Chem.Untern.	—	—
Ougrée Marihaye	106,00	105.00
Polyphon Werke Cert.	—	—
Separator	—	—
Nederl. Kabel-Fabrik	244.00	246.00
v.Geld. (Ver. Kk. Papf.)	58,00	58,00
El., Gas-, Tel., Tlg., Wa		
7% Rh.-W. El.Obl. 1950	—	—
A. N. I. E. M.	189.00	190.00
Chade	—	—
Minen		
6% Eschw.BergwObl52	56,50	59,00
Boet.Mijnbouw en Cult.	14,38	—
Redjang Lebong Mijnb.	79,75	78,25
Petroleum		
Kon. Ned. Petrol. Mij.	144,75	148,88
Kautschuk		
Amst.Rubb.en Cult.Mij	60,13	61.38
DelibataviaRubberMij.	27.88	28.00
Hessa Rubber Mij.	23,75	22,13
Schiffahrt		
Holl. Amerik. Lijn. alte	—	—
neue	3,75	—
Nederl.Scheepvrt. Unie	64,00	64,50
Zucker		
Cult. Mij. Vorstenland.	51,00	51.25
Hand.-Vereenig. Amst.	185,63	187,75
Tabak		
Deli-Batavia Mij.	140,25	142,00
Deli-MaatschappijCert.	115,25	117.50
Senembah	125,00	130,00
Verschiedenes		
Kreug.&TollWstd. Obl.	—	—
do. A. G. B. Ant.	1,00	1,00
Mueller&Co.Wstd.Pref	—	—
Montecatini	—	—
Vorläufig not. Werte		
6% Siem.&H. Obl. 2930	80.00	81.00
A. E. G. Cert. v. Akt.	25,25	—
Associated Rayon Cert.	—	—
Dtsch. Bank Cert.	—	—
Soc. Intern. de Placem.	236.00	234.00
Ford Akt., Berl. Em.	—	—
5% Associated Rayon Debentures	42,00	42,00
6% Rh.-Westf. El Obl.27	—	—

Tendenz: Flauer.

Deutsche Reichsschuldbuchforderungen

	19. 10.	18. 10.			
Fälligkeit 1933	—	—	Fälligkeit 1942	54,50	—
„ 1935	—	69.00	„ 1943	53,50	—
„ 1936	—	—	„ 1944	—	—
„ 1940	55,50	—	„ 1946	—	—
„ 1941	—	—	„ 1947	53,50	53.50
			„ 1948	—	—

PARIS, 19. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	19. 10.	18. 10.
3% frz.Rente	80.75	81,00
4% 1917	94,90	95,30
5% 20Amort.	120,20	120,65
6% 1920	100,60	101,15
6% 27Amort.	103,60	104,25
B. de France	111,30	113,00
B.Paris Pays Bas	1384	1433
Comp. Algér.	1426	1446
Compt. Nat. d'Esc.,Paris	1095	1100
Crédit Fonc.	4505	4525
Créd. Lyonn.	1950	1975
SocGénérale	1054	1065
Suez	151,50	153,60
Est	815	814
Lyon	1070	1068
Midi	—	—
Nord	1458	1458
Orléans	990	—
Métropolit.	1240	1259
Electricité (Cie. Gén.)	1932	1998
Energ.d.Nrd.	619	612
Thomson	356	364

	19. 10.	18. 10.
Courrières	352	353
Lens	444	442
Kuhlmann	426,00	440,00
Gafsa	336	340
Prod. Chim. Alais	1132	1145
Charg.Réun.	217	219
Transatlant.	60.00	60,00
Air. Liquide	723	732
UnionEurop. et Finance	323	327
Russen Cons.	4,00	3,95
Serben 4% 1895	35.70	37,90
Türken Unif.	26,95	26,50
Banq. Ottom.	400	415
Wagons Lits	70.00	71,00
Tramways	477	477
Eaux (Cie. Gén.)	1561	1561
Electr. Paris	1122	1120
Energie Electric	981	985
Energie Ind.	184,00	190,00

	19. 10.	18. 10.
Est Lumière	460	470
Industrie El.	515	520
Union d'Electric	772	768
Aciéries de Longwy	456	450
Schneider (Creuzot)	1985	1190
Saint Gobain	1585	1660
Soie Artif.	3000	3000
Messageries Maritimes	60,00	60,00
Deutsch.Anl. 7% 1924	69,00	72,25
5½% Young-Anleihe	590	589
Russ. Anl. 4½% 1909	2,40	1.85
Caoutchoucs	79,00	80,50
Hotchkiss	1031	1055
Jagersfont.	96,00	94,50
Terres Roug.	114,00	113,00
Tharsis	231,00	239,00
Tubize	136,00	138,00
Harp. Berg	—	—

Amerikanischer Funkdienst

Wallstreet schließt fest

NEW YORK, 19. OKTOBER

Kursmäßig war die Tendenz in Wallstreet auch heute wieder eher freundlicher, doch fehlte den Bewegungen jedwede innere Kraft, was darauf zurückzuführen war, daß eine Geschäftsbelebung, die man übrigens für die allernächste Zeit auch nicht erwartet, nicht Platz greifen konnte. In Kreisen des Börsenhandels zieht man es vor, die weitere Entwicklung abzuwarten und vor Bekanntwerden der Ergebnisse wichtiger, bevorstehender Generalversammlungen keine Neu-Engagements einzugehen. Die Produktion von Stahl-Ingots hat sich weiter leicht gebessert, dagegen klagt die Stahlindustrie noch über Mangel an Aufträgen aus den größeren Verbraucherindustrien. Die Notierungen gingen unter Führung von Bahnaktien zunächst um 1 bis 2 Dollar herauf. Auch Tabakaktien tendierten heute stetiger. Im Verlauf kam es zwar gelegentlich zu Schwankungen, doch war das Angebot nur recht unbedeutend. Nachmittags verstimmte allerdings ein neuer **Schwächeanfall am Markte der Tabakaktien, so daß die erzielten** kleinen Besserungen größtenteils wieder verlorengingen. Die ziemlich scharfe Konkurrenz zwischen den billigeren Markenzigaretten war die Ursache für die Rückgänge der Tabakaktien. In Wallstreet **leitete man keinerlei Haussemotiv aus den** Wirtschaftsstatistiken zur **Wochenmitte ab, in denen** zum Ausdruck kam, daß sich die Belebung im abgelaufenen Berichtsabschnitt hatte gut behaupten können, obwohl saisonmäßig eigentlich eine Schrumpfung bis etwa zum Jahresende zu erwarten gewesen wäre. Auch die Privatschätzungen über den Frachtverkehr in dieser Woche lauteten weiterhin etwas günstiger. In der letzten Börsenstunde wurde es unter Führung von Bahnen wieder fester, und die Börse schloß mit Gewinnen, die bei den bevorzugten Werten bis zu 4 Dollar betrugen, in fester Haltung.

Tägliches Geld 1 pCt. (Vortag 1 pCt.); Bankakzepte (90 Tage) Brief ½ (½); (90 Tage) Geld ⅜ (⅜); Prima Handelswechsel niedr. Kurs 1¾ (1¾); höchst. Kurs 2 pCt. (2 pCt.).

Devisenkurse von 4 Uhr nachm.: London (Cable Transf.) 3,39 3/16 (Vortag 3,40 9/16); Paris 3,92 15/16 (3,92⅞); Brüssel 13,90 (13,89); Rom 5,11½ (5,11 11/16); Madrid 8,19 (8,18); Bern 19,31½ (19,30½); Amsterdam 40,23 (40,19); Stockholm 17,47½ (17,60); Oslo 17,15 (17,24); Kopenhagen 17,60 (17,78); Japan 23,50 B (23,56); Buenos Aires 25,75 (25,75); Rio de Janeiro 7,63 (7,63); **Berlin 23,78 (23,76½).**

Silber 27⅜ (Vortag 27⅜).

Effekten-Schlußkurse

Amerik. Eisenbahnakt.	19. 10.	18. 10.
Atch., Topeka & St. Fé	45 25	43,75
Baltimore & Ohio	13 25	12.50
Canadian Pacific neue	14 38	14.25
Chesapeake&Ohio neue	23 50	21.75
Chic., Milwauk. & St.P.	2.38	2.25
Chic., Rock Isl. & Pac.	7.00	6.75
Erie com.	6.75	6.50
Missouri Pacific pref.	9 33	8.50
New York Central	24 25	23,25
Northern Pacific	18 88	18.25
Pennsylvania	15.75	15,00
St. Louis & S. Francisco	2.13	2.13
Southern Pacific	21.75	20.13
Union Pacific	68.00	64,75
Amerik. Industrieakt.		
Air Reduction	58 25	56.00
Allied Chemical	76.00	73.00
American Can	53 60	51.50
American Smelting	15.50	14.50
Americ. Steel Foundr.	8 25	7.75
Americ. Tel. & Telegr.	108 13	105,25
American Tobacco	68 00	67.50
Anaconda Copp.Mining	10 38	10.13
Bethlehem Steel Corp.	19.00	17.75
J. I. Case	46.00	42,00
Chile Copper	8.00	8,00
Chrysler	15 50	14,50
Columbia Gas u. El.	14.63	13,50
Consolidated Gas	58.75	56,38
Du Pont de Nemour	38 0.	36,50
Eastmann Kodak	54 2.	53.00
General Electric neue	16.60	16.00
General Motors(St.10$)	14.88	14,25
Gillette Safety Razor	17.13	16.50
Good Year	16.38	14,75
International Harvest.	24 25	22,50
Internat. Alcohol	26 25	25,25
Internat. Nickel	8 63	8.38
Lehman Corporation	43.50	42.00
Nash Motors	14.75	14,38
North American Co.	30.88	29.63
do. Trust shares 1955	2.10	2.00
Radio Corporation	7.88	7,50
Royal Dutch	19.25	19.63
Sears Roebuck & Co.	21.25	19,75
Stand.Oil of NewJersey	30,25	29.63
„ „ „ New York	10 00	9,50
U. S. Rubber	5.75	5,38
U. S. Steel Corp. com.	39.38	37,63
United Corporat. com.	9 38	8,88
Woolworth	38.00	37,75
National City Bank	48.25	45,50
Westinghouse Electric	29 25	27,63
Dtsch. Industrieaktien		
Norddeutscher Lloyd	5.63	5.63
Rhein.-Westf. El.-W.	12.63	12,50
Ausl. Industrieaktien		
Kreuger&Toll (Amer.) (20 schwed. Kronen)	0,25	0,25
Amerik. Obligationen		
3½% U.S.A. Liberty B.	101 23/32	101 25/32
4% St.Louis&S.Francisco	13 25	13.25
5½% J. G. Chemical	77.63	77,00
Aktienumsatz	1 330 000	1 000 000

Ausl.Industrie-Obligat.	19. 10.	18. 10.
5% Kreuger & Toll Deb. 1959 mit Opt. 500- u. 1000-Doll.-St.	15,25	16,00
Dtsch. Industrie-Oblig.		
6½% Berl. Städt E.-W.	51.63	52,13
5½% Commerzbank 37	53,00	52,50
6½% El. Hoch- u. U.-B.	50.88	50,00
6% A. E. G. 1948	40.00	40.00
7% dito 1945	—	50,00
7% Dtsch. Atl. Telegr.*	60,00	59.50
6% Deutsche Bank u. Discontoges. 1932	91.00	91,00
6% Dt.Landb.Serie B 51	54.00	55,00
7% Rentb.-Kred.-A. 50	58.50	59.00
6% „ 38	57.00	57,75
6% do. Serie II 60	51.75	52.00
6½% Elektrowerke 50	51 50	51,50
6% Elektrow.Untere.53	48.00	48,00
6% Gesfürel 1953 o.Opt.	53 75	53,00
7% Hamb. El.-W. 1935	70,25	72.00
6½% Hapag 1940*	52.00	50.00
5½% HambHochbObl38	55 50	56.13
6% Ilseder Hütte 1948	45 13	45,00
7% Miag. m. Opt. 1956	—	39.00
6% Norddt. Lloyd 1947	44.50	44.00
6% Gelsenkirchen 1934	50,00	49.00
7% Rh.-Elbe-U. o. O. 46	43,88	43,25
7% Rhein-Main-Donau	57.63	57,50
6% Rhein.-W. El.W. 55	50.25	50,25
7% do. 50	55.25	57.00
6% do. m. Opt. 53	49.50	50.50
7% Sächs. Werke 1945	58.00	58.25
6½% Siem. & Halske 51	64.00	64.25
6% do. Deb. 2930*	280,00	280.00
7% Hugo Stinnes 1946	—	41 00
7½% Leonh.Tietz o.Opt.	54,00	53.25
6% Ver.El.-W.Westf.53	34,38	34.50
6% Rh.-R. Wasserw. 53	40.25	39.38
6½% V.Stahl S.A.o.O.51	34,75	35.13
6% Viag 1945*	—	52 00
6% Karstadt 1943	28,25	28,75
6½% Ruhrgas-Anl.1953	43.00	44,00
Ausländische Anleihen		
6½% Bayer. St.-Anl. 45	49,38	47,75
7% Belg Stab. Anl. 55	105 00	105,50
7% do. 56	105.00	105,50
6½% Berl. Stadtanl. 50	44 00	44 00
6% do. 1958	38,25	38.50
7% Brem.Staats-Anl.35	—	55,50
6% Auslandsanl. dtsch. Spark. u. dt.Girov. 47	45.00	45,00
7% do. 47	45,50	46,00
7% Deutsche Reparat.-Anl. (Dawes-Anl. 49)	72.88	73.50
7% Dresd. Stadtanl. 45	—	64.00
6% Hamb. Stadtanl. 48	—	43.75
6½% Köln.Stadtanl. 50	41,50	42,38
7% Leipz. Stadtanl. 47	—	45 00
5% Mex. Ausl.-Anl. 45*	2,00	2,00
4½% Mex. Irrig. 43*	2,63	2.63
4% Mex. Goldanl. 1954	3,00	3.00
7% Münch. Anl. 1941*	50.00	49,00
7% Oesterr. Reg.-Anl. 1943 (Völkerb.-Anl.)	92,00	93.00
6½% PreußStaatsanl.51	47,75	48.13
6% do. 52	46,75	46.75
6% Stadt Wien 1952	51.50	51,00
5½Dt.Reichsa.(Young)	53,00	53,13

Amerikanische Warenmärkte

NEW YORK, 19. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Rotwinter, loko 59⅜ (Vortag 58½); Hartwinter, neuer Ernte, loko 57⅝ (56¾). Mais: loko 35¾ (35¼). Mehl, spring wheat clears 3,70—4,00 (3,70—4,00). Getreidefracht nach England 1 sh 6 bis 2 sh (1 sh 6—2 sh). d. Kontinent 3½—6 c (3½—6 c).

Kaffee: Santos Nr. 4 loko 12½ (Vortag 12½); Rio Nr. 7 loko 8½ (8½). Tendenz kaum stetig. Dez. 6,40 nom. (6,38 nom.); März 1933: 6,00 nom. (5,90 nom.); Mai 5,87 nom. (5,78 nom.); Juli 5,77 nom. (5,68 nom.)

Baumwolle: Tendenz stetig. Loko 6,45 (Vortag 6,35); Okt. 6,32—32 (6,18—18); Dez. 6,40—42 (6,26—27); Jan. 1933: 6,48—49 (6,33—34); März 6,51—52 (6,42—43); Mai 6,62—62 (6,51—52); Juli 6,70—73 (6,58—59). Baumwollzufuhr in Atlantik- und Golf-Häfen 70 000 (84 000).

Metalle: Electrolytkupfer, loko 6,25 B (Vortag 6,25 B); prompte Lieferung 6,00 B (6,00 B); per 30—90 Tage 6,00 B (6,00 B). Zinn, loko 24,10 (24,30). Blei, loko 3,00 (3,00). Zink, loko 3,05 (3,05). Roheisen 2 einfach Bufallo Lieferung Boston per Bahn 19,04—20,04 (19,04—20,04). Weißblech 4,75 (4,75).

Zucker, Zentrifugal: Tendenz: stetig; Okt. 1,00 (nom. 1,03 nom.); Dez. 1,08 (1,07); Jan. 1,05 G 1,06 B (1,04); März 1,02 G 1,03 B (1,02).

Kautschuk, thin crepe, loko 3 15/16 (3 15/16); smoked sheet 3 5/16 (3 5/16).

CHICAGO, 19. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz: fest: Dez. 49⅛—49¼ (Vortag 48⅜—48¼); Mai 54⅝—54½ (53¾—53⅝); Juli 55⅞—56 (55). Mais: Tendenz: stetig; Dez 25⅞ (25⅝); Mai 30¾ (30½); Juli 32¼ (32). Hafer: Tendenz: stetig; Dez. 16 (15¾); Mai 18½ (18¼). Roggen: Tendenz: stetig; Dez. 32⅜ (31¾); Mai 36⅛ (35⅜).

Das Geschäft an den Getreidemärkten bleibt weiter schleppend, jedoch war die Grundstimmung im Anschluß an die Auslandsmeldungen und unter dem Eindruck der Befestigung am Effektenmarkt stetiger. Für Weizen stimulierten Meldungen, denen zufolge die Verringerung der Winterweizenanbaufläche die bisherigen Erwartungen übertreffe. Am Maismarkt zeigte sich bessere Kauflust für Lokoware im Zusammenhang mit einigen Exportabschlüssen.

Schmalz: Tendenz: ruhig; Okt. 4,32½ (4,30); Jan. 4,12½ (4,12½); Mai 4,32½ (4,35).

Schweinezufuhren in Chicago 20 000 (20 000); im Westen 69 000 (81 000).

WINNIPEG, 19. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz stetig; Okt. 48½ (Vortag 48¼); Dez. 50 (50); Mai 54⅝ (54¼). Hafer: Okt. 23¼ (22⅞); Dez. 22⅝ (22); Mai 25½ (25¼). Roggen: Okt. 29⅞ (—); Dez. 31¼ (—); Mai 35½ (35⅜). Gerste: Okt. 25½ (25); Dez. 25¾ (25⅜); Mai 29 (28⅝). Leinsaat: Okt. 72¾ (72⅝); Dez. 74⅝ (74½); Mai 79⅞ (80).

BUENOS AIRES, 19. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Okt. 6,57 (6,43); Nov. 6,57 (6,42); Febr. 6,14 (6,03). Mais: Okt. 4,58 (4,55); Nov. 4,61 (4,60); Dez. 4,73 (4,74). Hafer: Okt. 5,10 (5,15). Leinsaat: Tendenz stetig; Okt. 9,60 (9,50); Nov. 9,61 (9,54); Febr. 9,74 (9,65).

LONDON, 19. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	19. 10.	18. 10.
2½% Consols	77,00	77,50
War Loan Assented	102.25	102 7/16
4% Argent.97	64,00	64.00
3½% Buenos Air. 1906-09	38,50	38,50
4% Brazil. 89	20,00	20,00
5% Chil. 1911	15.00	15,50
5% do. 1896	15.50	15,50
4½% Chin. 98	95 75	95,75
5% Chinese Reorg.Loan	72.75	72.75
4% Egyptian	98,00	98.00
7% Germ. L.	83.25	83,25
6% State of Hamb. L. 26	53,50	53,50
Köln.Sterl. L.	53,00	53,00
5%Younganl.	79.25	78,75
4% Japan 99	57.50	58,00
5% Mex. L. 99	7,50	7,50
5% Russian	1.00	1,00
4%Türk.Unif	7,75	7,63
Great West.	32.50	32,75
London Midl.	14.75	14,75
Lond. North East Defd.	4,50	4,50

	19. 10.	18. 10.
Metropolit.	64.50	65,50
South Def.	8.75	9,00
Undergrnd.	18/9	18/6
BrazilTract.	12.38	12,25
Radio Corp.	11,50	11,00
Svenska Kugellager	6/—	6 1/16
Cons. Goldf.	44/4½	43/1½
Central Mining Corp.	12,50	12,25
East Rand	16/3	15/10½
GeduldProp.	104 4½	101/3
Gen. Mining	28/6	28/6
Rand Mines	86/10½	84/4½
Randf. Est.	46/—	45/6
West Rand	19/—	18/6
Cons.Diamd		
SW.-Africa	5/—	4/9
DeBeers Def	4,50	4.50
do. Pref.	7,25	7 3/16
NewJagersfontein	1 1/8	1 1/16
RioTint.Ord	14,50	14,63
Otavi Mines	17/6	19/1½
Anglo-Pers.	46/3	46/10½
Brit.Burmah	4/6	4/6

	19. 10.	18. 10.
Bwana M'Kubwa	3/10½	3/10½
Mex. Eagles Common	7/7½	7/6
Royal Dutch	17,38	17.50
ShellTransp.	2 7/16	2 7/16
ShellTr 5% P	11,50	11,50
Anglo Dutch Plantations	10/6	10/6
Rubb. Plant.	14/4½	14/—
Elect. Music. Industries	10/7½	10/3
British Celanese Ord.	9/—	8/9
Courtaulds	32 6	31/3
Snia Viscosa	41 3	40/—
Brit. Match	28/—	28/—
Swedish Match B	14/9	14/9
Dunlop Rubb	18/4½	18/3
7% Germ.Pot	103,50	102,50
Imper. Chemical Ind.	22/7½	22/1½
Intern. Hold.	1,63	1,63
Hydro Elect. Sec. Corp.	8,75	8,63

ZÜRICH, 19. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	19. 10.	18. 10.
Elektrobank A.	666,00	648,00
Basler Handelsbank	—	—
Eidgenössische Bank	440,00	—
Schweiz.Bankgesellsch	440,00	—
Schweiz. Bankverein	543,00	542,00
Schweiz. Kreditanstalt	600,00	600,00
Schweiz. Nationalbank	—	—
Wiener Bankverein	—	—
Orientbetrieb	—	115,00
Cont. Linoleum Zürich	—	78,00
I.G.ChemieBasel, volle	545,00	545.00
Motor Columbus A.-G.	274,00	275,00
Indelec Basel	—	—
Franco-Suisse St.-A.	350,00	—
Böhler Stahl	—	—
Hispano Americ A.B.C.	840,00	840,00
Italo-Argentina	85,00	85,00
El. Licht u. Kraft, Berl.	—	260,00
Gesfürel, Berlin	—	70,00
Sidro Prior.	64,00	63,00
Aluminium-Ind. Neuhausen	1640	1625
Brown, Boveri & Co., Baden	192,00	190,00
Elektr. Werk Lonza	104,00	105,00
Nestlé & Anglo Swiß	535,00	523,00
Sulzer-Unternehmung.	—	—

	19. 10.	18. 10.
A. E. G. Berlin	33,00	33,00
J. P. Bemberg, Barmen	—	113,00
Co. Sevillana de Electr.	165,00	—
Steaua Romana Petrol.	—	6,00
Svenska Serie B	13,00	13,00
3½% S.B.B. Serie A—K	99,85	99,00
4% „ „ 1912/14	102,25	102,25
4½% „ „ 1922	102,60	102,55
5% „ „ 1924	—	—
4½% Eidg. A. O. 1927	—	106.25
5½% Young Anl.	55,00	55,50
7% Oest. Bundesanl. 30	—	—
7½% Ungaren	—	—
7% Dawes-Anl. Frank.	—	—
7% Dawes-Anl. Pfund	56,50	—
6% Chade-Bonds, neue	41,25	30,75
7% Bewag	69,00	—
7% Kalisyndikat	—	—
Basel		
Chem. Fbr. vrm. Sandoz	—	—
Ges. f. chem. Ind.	—	2450
5½% Young-Anl.	54,00	50,00
Genf		
Totis	330,00	329,00
Nasio	45,00	45,00

Tendenz: Leichter.

Devisen und Noten

AMSTERDAM, 19. OKTOBER.

	19. 10.	18. 10.						
			Italien	12,70	12,72½	Prag	7,37	7,37½
Berlin	59,07½	59,06½	Madrid	20,37½	20,37½	Belgrad	—	—
London	8.40	8,54¾	Oslo	42,50	42,95	Warschau	—	—
New York	248 9/16	248,88	Kopenhag.	43,75	44,40	Helsingf.	—	—
Paris	9,76½	9,76	Stockholm	43,50	44,00	Bukarest	—	—
Belgien	34,56	34,56	Wien	—	—	Yokohama	—	—
Schweiz	48,01	48,01	Budapest	—	—	Buen. Aires	—	—

LONDON, 19. OKTOBER.

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10
Paris	86.03	87,18	Belgien	24.34	24,63	Italien	66,06	66,87
New York	3,38⅝	3,41⅞	Spanien	41,34	41,78	Schweiz	17.54½	17,73
Berlin	14,22½	14,40	Holland	8,42	8,51¼	Wien	29,25	29,25

LONDON, 19. OKTOBER. (Privat-Telegramm.) Telegrafisch Auszahlung in London auf ostasiatische Plätze:

		19. 10.	18. 10.
Bombay	per Rupee	1/6 5/32	1/6 5/32
Calcutta	per Rupee	1/6 3/16	1/6 3/16
Hongkong	per Dollar	1/4 5/8	1/4 5/16
Shanghai	per Tael	1/9 3/4	1/9 3/8
Singapore	per Dollar	2/3 7/8	2/3 7/8
Manila	per Dollar	2/10 1/2	2/10 1/2
Kobe	per Yen	1/4 19/32	1/4 19/32

PARIS, 19. OKTOBER.

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.
London	85,99	87,48	Oslo	430.00	—	Belgrad	—	—
New York	25,44½	25,49	Stockholm	445,00	451,00	Rio	—	—
Belgien	354,00	354,00	Helsingfors	—	—	Warschau	—	28,66
Spanien	208,63	208,50	Prag	—	75,50	Sofia	—	—
Italien	130,15	130,75	Rumänien	—	—	Athen	—	—
Schweiz	491,75	491,75	Budapest	—	—	Konstantinopel	—	—
Kopenhag.	—	455,50	Wien	—	—			
Holland	10,24½	10,24½	Berlin	—	—	Buen. Aires	—	—

KOPENHAGEN, 19. OKTOBER.

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.			
						Stockholm	99,65	99,25
London	19,27	19,29	Antwerpen	79,60	78,05	Oslo	97,65	97,10
NewYork	573,00	551,50	Zürich	111,00	108,60	Helsingf.	8,40	8,38
Berlin	136,40	133,60	Rom	29,50	28,85	Prag	17,10	16,75
Paris	22,60	22,17½	Amsterdam	231,00	226,10	Wien	—	—

OSLO, 19. OKTOBER.

	19. 10.	18. 10.					19. 10.	18. 10
			New York	582,00	578,50			
London	19,80	19,90	Amsterdam	234,00	233,50	Stockholm	102,25	102,50
Berlin	138,50	137,75	Zürich	112,50	112,00	Kopenhag.	103,25	103,50
Paris	22,90	22,80	Helsingfors	8,70	8,70	Prag	17,25	17,25
Rom	29,85	29,75	Antwerpen	81,25	80,75	Wien	—	—

STOCKHOLM, 19. OKTOBER.

	19. 10.	18. 10.					19. 10.	18. 10.
			Schweiz	112,50	110,00			
London	19,40	19,48	Amsterdam	233,00	227,75	Helsingfors	8,45	8,45
Berlin	138,00	135,00	Kopenhagen	101,50	101,50	Rom	30,00	29,50
Paris	22,80	22,35	Oslo	98,25	98,25	Prag	17,75	17,25
Brüssel	80,50	79,00	Washington	578,00	565,50	Wien	—	—

PRAG, 19. OKTOBER. (Notierungen der Devisen-Zentrale.)

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.			
						Stockholm	587,00	596,00
Amsterdam	1357,50	1359,00	London	113,00	116,10	Wien	475,00	475,00
Berlin	804.40	804.40	Madrid	276.50	276,50	D.Marknot.	803,50	803,50
Zürich	652,00	652,50	Mailand	173,15	173,50	Poln. Noten	378,38	378,50
Oslo	570.00	585,00	New York	33,75½	33,75	Belgrad	49,538	50,528
Kopenhag.	592,00	602,50	Paris	132,55	132,50	Danzig	664,00	664,00

WIEN, 19. OKTOBER. (Notierungen der Devisen-Zentrale.)

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.
Amsterdam	285,10	285,30	Paris	27,82	27,88	Tschechosl.	20,99	20,99½
Berlin	168,30	168.40	Prag	21,01	21,01½	Poln. Noten	79,15	79,15
Budapest	124,29½	124,29½	Zürich	136,80	136,95	Doll.-Noten	706,50	706,50
Kopenhag.	122,75	124,25	D. Marknot.	167,70	167,80	Ung. Noten	—	—
London	24,00	24,40	Lirenoten	36,96	36,96	Schweden	120,95	122,20
New York	709,20	709,20	Jugoslaw.	—	9,74	Belgrad	12,516	12,516

ZÜRICH, 19. OKTOBER. (Devisenkurse.)

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.
Paris	20,33¼	20,33½	Wien	—	—	Belgrad	6,60	6,70
London	17,57	17,83½	Stockholm	90,60	91,60	Athen	3,20	3,10
NewYork	518,25	517,75	Oslo	88,40	39,60	Konstan-		
Belgien	71,97½	71,97½	Kopenhag.	91,30	92,50	tinopel	2,44	2,47½
Italien	26,50½	26,51	Sofia	3,74	3,74	Bukarest	3,07	3,07
Spanien	42,40	42,40	Prag	15,35	15,34	Helsingfs.	7,60	7,70
Holland	208,32½	208,35	Warschau	58,05	58,05	Buen. Air.	1,12	1,12
Berlin	123,07½	123,07½	Budapest	—	—	Japan	1,22	1,22

MAILAND, 19. OKTOBER.

	19. 10.				
		Belgien	272,00	Stockholm	359,00
Wien	—	Bukarest	—	Madrid	160,25
Paris	76,70	Berlin	465,00	Sofia	—
New York	19,52	Zürich	377,40	Athen	—
Prag	58,15	Belgrad	—	Budapest	—
London	66,35	Oslo	338,00	Rußland	—
Holland	788,00	Kopenhagen	360,00	Warschau	218,00

Reichsbahn-Aufträge finanziert

Eine Neugründung der Verkehrs-Kreditbank

Die Finanzierung des von der Reichsbahn vorgesehenen Arbeits-Beschaffungsprogramms ist gesichert, und zwar nicht nur für den Betrag von 180 Mill. RM, der dem Unternehmen in Form von Steuergutscheinen vom Reich zur Verfügung gestellt wird, sondern darüber hinaus auch für die weiteren 100 Mill. RM, die anderweitig aufgebracht werden sollen. Amtlich wird mitgeteilt:

„Die Reichsbahn hat nunmehr die Verhandlungen über die Finanzierung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms von 280 Mill. RM beendigt. Dieses Programm beruht darauf, daß der Reichsbahn rd. 180 Mill. RM Steuergutscheine aus der Beförderungssteuer zur Verfügung stehen und daß für weitere 100 Mill. RM ihr eigener Kredit angespannt werden soll.

Bei der Finanzierung ist davon ausgegangen, daß die Steuergutscheine nicht an die Börse gebracht werden sollen. Dieses Vorgehen erscheint aus marktpolitischen Gründen erwünscht. Vor allem wird aber dadurch gewährleistet, daß die volle Summe auch wirklich der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden kann.

Die Zwischenzeit bis zur Fälligkeit der Steuergutscheine wird überbrückt werden mit Hilfe der am 8. Oktober 1932 neu errichteten Reichsbahn-Beschaffungs-G.m.b.H. (RBG.). Diese wurde von der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank mit einem Kapital von 10 Mill. RM gegründet, auf das sofort 25 pCt. eingezahlt wurden. Bei Fälligkeit von Zahlungen werden die Lieferer und Unternehmer Wechsel auf die RBG. ziehen, die von dieser akzeptiert und von der Verkehrs-Kredit-Bank sofort diskontiert werden, so daß dem Unternehmer oder Lieferer alsbald der Rechnungsbetrag ausgezahlt wird. Der Wechselaussteller muß sich verpflichten, auf Anfordern der RBG. jeweils die ausgestellten Wechsel zu prolongieren, bis die Steuergutscheine flüssig gemacht werden können. Die Verkehrs-Kredit-Bank verwertet die eingehenden Wechsel nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten, gegebenenfalls durch Diskontierung bei der Reichsbank, die sich zur Hereinnahme dieser Wechsel bereit erklärt hat. Außerdem kommt für die Geldbeschaffung die Lombardierung von Steuergutscheinen in Betracht.

Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn bis zum Betrage von 180 Mill. RM ist die Oeffentlichkeit bereits unterrichtet. Der darüber hinausgehende Betrag ist in erster Linie zum Einbau der aus früheren und noch laufenden Bestellungen herrührenden Oberbau- und sonstigen Stoffe bestimmt; auch sollen neben einigen zusätzlichen Beschaffungen weitere Aufwendungen für die dringend notwendigen kleineren Arbeiten der Unterhaltung und Erneuerung der baulichen und maschinellen Anlagen sowie gewisse Ausführungen der Neubaurechnung damit gedeckt werden. Mit den Einzelheiten wird sich der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gelegentlich seiner Novembertagung zu beschäftigen haben."

*

Begrüßenswert ist an dieser Lösung, daß die Reichsbahn die Steuergutscheine nicht an den offenen Markt bringen will und es dadurch vermeidet, mit der übrigen Wirtschaft bei der Verwertung dieser Papiere in Konkurrenz zu treten. Wohl aus dem gleichen Grunde hat man den ursprünglich erwogenen Plan einer Schatzwechselemission fallen gelassen. Die volle Ausschöpfung des Betrages wird durch die Diskontzusage der Reichsbank gewährleistet. Für die Wirkung auf die Lieferanten der Reichsbahn wird es wichtig sein, unter welchen Bedingungen sich die Mitwirkung der Unternehmer an der Finanzierung vollziehen soll. Der Verwaltungsrat wird dafür zu sorgen haben, daß nicht nur Drosselungen vermieden, sondern wirklich zusätzliche Arbeiten vergeben werden. Ungeklärt bleibt die Frage, warum die Zwischenschaltung eines neuen Instituts für notwendig gehalten wird. Offenbar will man auch bei den Arbeiten, die das Eisenbahn-Zentralamt in eigener Regie auszuführen gedenkt, einen formal selbständigen „Unternehmer" als Wechselaussteller präsentieren können. Wir haben jedoch erst kürzlich darauf hingewiesen, daß dieses Regiesystem, das jetzt auch finanziell verankert werden soll, und die damit verbundene Ausschaltung des freien Unternehmertums wirtschaftspolitisch stark umstritten ist.

Die Flucht aus dem Pfund

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 19. OKTOBER

Die gestern einsetzende scharfe Abwärtsbewegung des englischen Pfundes hat hier eigentlich nur wegen ihrer Plötzlichkeit überrascht. Das Abrupte des Absinkens wird daraus erklärlich, daß die offiziellen Stellen zu dem Entschluß gekommen sind, die Kursposition um 3,45 gegen den Dollar aufzugeben und das Pfund im freien Spiel der Kräfte eine neue Basis finden zu lassen, da die forcierte Stabilisierung schließlich auch allzu starke Ansprüche an den Währungsausgleichsfonds, der in den letzten Wochen sowieso stark in Anspruch genommen werden mußte, gestellt hätte. Es schien aber heute mittag bereits wieder eine Kursintervention eingesetzt zu haben, die zu wesentlich gebesserten Schlußnotierungen führte: New York 3,39⅛, Paris 86¼, Brüssel 24,37, Amsterdam 8,43, Zürich 17,64, Berlin 14,25.

Neben den bereits erwähnten Baissemomenten scheint die Abwanderung Kapitalanlagesuchender vom Londoner Markt nach Plätzen mit profitablerer Gewinnmarge sowie die Liquidation größerer Pfundguthaben von Leitern kontinentaler Banken eine große Rolle gespielt zu haben. Wie verlautet, sollen diese Banken ihre Pfundbestände gegen indisches und südafrikanisches Gold verkauft haben. Der Preis für Gold ist entsprechend dem Fallen des Pfundkurses um 2 sh 2 d auf 122 sh 2 d pro Unze Feingold gestiegen. Auf dem Londoner Goldmarkt waren auch heute 212 000 Pfund angeboten, die von einem unbekannten Käufer, vermutlich wieder im Auftrag europäischer Zentralnotenbanken, gegen hiesige Pfundguthaben erworben wurden. Silber ist auf 17⅞ und 18,00 gestiegen.

Rückwirkungen in Paris

PARIS, 19. OKTOBER

Der Pariser Devisenmarkt stand heute ausschließlich unter dem Eindruck des scharfen Pfundsturzes. Das Pfund, das vorbörslich bis auf 85,75 sank, notierte zum Schluß der Börse 85,99 und konnte sich erst nachbörslich auf 86,25 erholen, nachdem die Bank von England durch Dollarverkäufe interveniert hatte. Am Pariser Markt werden für englische Rechnung zur Zeit ziemlich große Käufe in südafrikanischen Gold- und Diamantenminen getätigt. Die Reportsätze, mit denen heute das Pfund gehandelt wurde, stiegen zwar auf 4 bis 5 Cents für einen Monat und 5½ bis 6½ Cents für drei Monate. Die Steigerung ist aber nicht bedeutend.

Zellstoff-Konferenz in Malmö

Mitte der nächsten Woche beginnt in Malmö eine neue internationale Zellstoffkonferenz. Im Rahmen dieser Besprechungen, an denen sich die Hauptvertreter der internationalen Zellstoffindustrie beteiligen werden, soll im Hinblick auf das Ergebnis der bisherigen Unterredungen vor allem die Frage geprüft werden, inwieweit überhaupt eine internationale Zusammenarbeit bei der derzeitigen Lage möglich ist.

●

Deutsche Automobilbank AG., Berlin, liquidiert. Das bereits seit längerem in stiller Liquidation befindliche Unternehmen wird nunmehr in der G.-V. am 21. November Antrag auf Auflösung stellen. Neben der Jahresschlußbilanz für 1931/32 sollen ein Abschluß für die Zeit vom 1. April bis 31. Oktobere 1932 sowie die Liquidationseröffnungsbilanz zum 1. November 1932 zur Genehmigung vorgelegt werden. Der letzte Abschluß wies bei 1 Mill. Reichsmark Aktienkapital bereits einen Verlust von rd. 90 pCt. des Kapitals aus.

Neuer D.D.-Bank-Vorstand in Hamburg. Nach der Ernennung von Dr. Fritz Jessen (Hamburg) zum Mitglied des Vorstandes der AEG. werden zur Ergänzung des Vorstandes der D.D.-Bank in Hamburg zwei Herren von der D.B.-Bank in Berlin, Gerichtsassessor a. D. Bechtolf und Dr. von Schenck als Direktor bzw. stellvertretender Direktor nach Hamburg übersiedeln. Die Berufung ist nach einer Hamburger Drahtmeldung der „Voss. Ztg." bereits erfolgt.

Kapital-Herabsetzung bei Wenderoth. Der Aufsichtsrat der AG. für Pharmazeutische Bedarfsartikel vorm. Georg Wenderoth in Kassel wird in der heutigen Bilanzsitzung über den Abschluß für das Geschäftsjahr 1931/32 beraten und sich, wie der „Vossischen Zeitung" aus Kassel gedrahtet wird, darüber hinaus über eine evtl. Herabsetzung des Aktienkapitals von 1,8 Mill. RM schlüssig werden. Wie wir erfahren, haben die Vorarbeiten ergeben, daß auf südamerikanische Forderungen infolge der Zuspitzung der Krise in Südamerika größere Abschreibungen notwendig werden. Ueber diesen Abschreibungsbedarf hinaus sollen die Anlagen eine Wertberichtigung erfahren.

Höhere Steinkohlen-Förderung

In den hauptsächlichsten deutschen Steinkohlen-Erzeugungsgebieten (Ruhr, Aachen, Westoberschlesien, Niederschlesien, Freistaat Sachsen) betrug:

Kohlenförderung	Sept. 1932 Mill. To.	August 1932 Mill. To.	Sept. 1931 Mill. To.
insgesamt	8,49	8,35	9,72
arbeitstäglich	0,33	0,31	0,37
Kokserzeugung	1,45	1,47	1,72
Brikettherstellung	0,30	0,29	0,37

Die deutsche Steinkohlenförderung stieg im September bei 26 Arbeitstagen gegenüber dem August mit 27 Arbeitstagen insgesamt um 1,6 pCt., arbeitstäglich um 5,6 pCt. Ihre Zunahme ist hauptsächlich jahreszeitlichen Einflüssen zuzuschreiben, da sich die Abrufe für Hausbrandzwecke verstärkten. Einige Bezirke melden eine allerdings sehr geringe Belebung auch in Industriesorten. Die Feierschichten haben sich stellenweise etwas gesenkt, die Haldenbestände hielten sich auf fast unverminderter Höhe.

In Mitteldeutschland und im Rheinland wurden gewonnen im:

	Sept. 1932 Mill. To.	August 1932 Mill. To.	Sept. 1931 Mill. To.
Rohbraunkohlen			
insgesamt	9,61	9,93	11,92
arbeitstäglich	0,37	6,37	0,46
Braunkohlenbriketts			
insgesamt	2,63	2,55	3,16
arbeitstäglich	0,10	0,09	0,12

Im Braunkohlenbergbau hat sich arbeitstäglich die Rohkohlenförderung um 0,5 pCt., die Briketterzeugung um 6,9 pCt. gehoben. Auf dem Eisenerzmarkt zeigte sich noch kein Umschwung der Lage. Im Metallerzbergbau setzte sich die Erholung der Metallpreise zwar fort (der Silberpreis allein blieb unverändert), doch gestattet ihr Tiefstand noch nicht seine Erhaltung aus eigener Kraft.

Schwierige Rothenburg-Abwicklung

Ueber den Gang des Konkursverfahrens der Rothenburger Feuerversicherungs-AG., Görlitz, teilt der Konkursverwalter mit:

„In dem Konkursverfahren hat bis jetzt nicht nur ein Prüfungstermin angestanden, sondern es finden laufend Prüfungstermine statt, in denen bis jetzt 3230 Forderungen geprüft worden sind. Die Konkursanmeldungen bestehen in der Hauptsache aus Haftpflichtforderungen, die erfahrungsgemäß weit übersetzt sind und vom Konkursverwalter im Interesse der Gesamtgläubigerschaft auf das wirklich berechtigte Maß zurückgeführt werden müssen. — Bis jetzt liegen etwa 15 000 Anmeldungen zur Konkurstabelle in Höhe von rd. 14 Mill. RM vor, während selbstverständlich die effektive Schadenshöhe nur einen Bruchteil betragen dürfte. Die Ermittelung der wirklichen Schadenshöhe ist nur durch eingehende Prüfung jedes — mitunter ungemein komplizierten — Einzelfalles an Hand der jeweiligen Schadensakte möglich. Dies erfordert natürlich ungeheure Zeit und erhebliche Arbeit; andererseits sind zur Konkurstabelle rückständige Prämien aus etwa 40 000 Policen beizutreiben. — Aus diesen Zahlen ergibt sich für jeden Sachkenner, daß ein Konkurs dieses Umfanges nicht in derselben Zeit erledigt werden kann wie Konkurse gewöhnlichen Ausmaßes. Immerhin sind bis jetzt schon die Forderungen aus Unfallversicherungen mit Prämienrückgewähr geprüft und aus dem Prämien-Reservefonds zur Auszahlung gelangt. Ebenso sind die Vorrechtsforderungen gemäß § 61 Ziffer 1 bis 5 der Konkursordnung geprüft, und soweit sie festgestellt sind, auch bereits ausgezahlt. Eine Zahlung auf die Haftpflicht-Schadensforderungen kann nach den zwingenden gesetzlichen Bestimmungen erst erfolgen, nachdem das Prüfungsverfahren vollständig abgeschlossen ist. Es läßt sich aber jetzt schon überblicken, daß auf diese Haftpflicht-Schadensforderungen eine erhebliche Quote zur Verteilung gelangen wird, da es gelungen ist, eine ansehnliche bare Masse anzusammeln."

Wenn man auch die Schwierigkeiten des Konkurses, die schon aus den hohen, in der vorstehenden Mitteilung genannten Ziffern hervorgehen, anerkennen muß, so bleibt der jetzige Zustand für die rund 15 000 Versicherten doch höchst unerfreulich. In ihrem Interesse ist daher dringend zu fordern, daß die Abwicklung mit allen nur möglichen Mitteln beschleunigt und zu Ende geführt wird.

*

Inerehalb der Arbeitsgemeinschaft der privaten Feuerversicherungsgesellschaften finden nach der „Frkft. Ztg." Verhandlungen statt wegen einer einheitlichen Stellungnahme zu der Versicherung von Waren, die unter Eigentumsvorbehalt geliefert sind. Grundlage ist dabei, daß der Kunde eines Lieferanten die in seinem Besitz befindliche, unter Eigentumsvorbehalt erhaltene Ware zu versichern und infolgedessen auch die Prämie dafür zu entrichten hat.

Warenmärkte

Kolonialwaren

LONDON, 19. OKTOBER. Zucker (Schluß). Notierungen: Oktober 6/3 B 5/9 G, November 6/— B 5/10 G, Dezember 5/11¾ B 5/11¼ G 5/11½ bz, Januar 6/0¾ B 6/— G, Februar 6/1¾ B 6/1 G, März 6/2¾ B 6/2½ G 6/2½ bz, April 6/3¾ B 6/3¼ G, Mai 6/4½ B 6/4¼ G 6/4½ bz, Juni 6/5¾ B 6/5¼ G, Juli 6/6¾ B 6/6¼ G, August 6/7¾ B 6/7¼ G 6/7½ bz, September 6/8¾ B 6/8 G, Tendenz stetig. — Reis: Tendenz ruhig: Burma Nr. 2 Oktober-November 7/10½ V, Saigon Nr. 1 do. 7/10½ V, Siam Super Nr. 1 do. 8/7½ V.

Oele und Fettwaren

HAMBURG, 19. OKTOBER. Butter. Auf der heutigen Auktion der Schleswig-Holsteinischen Meiereiverbände lagen die Preisverhältnisse im wesentlichen unverändert. Es wurden bezahlt für Markenbutter 1. Klasse 117,50—120,70 (Vorwoche 117,50—120,60), für die übrigen Sorten 110—117,20 RM (Vorwoche 108—117).

Textilien

BREMEN, 19. OKTOBER. Baumwolle. Notierungen: Dezember 729 B 724 G, Januar 734 B 730 G 734 bz, März 744 B 739 G 741 bz, Mai 751 B 747 G 760—58—57—49 bz, Juli 760 B 757 G 760—59 bz. Tendenz abgeschwächt.

LIVERPOOL, 19. OKTOBER. Baumwolle (Schluß). Gesamter Tagesimport 10 000. — Lokomarkt. American middl. 557. Aegypt. Sakellaridis F. G. F. 812, do. Upper F. G. F. 715. Ostind. M. G. Surtee F. G. 534. — Americ. Universal Stand middl.: Tendenz kaum stetig: Oktober 524, November 522, Dezember 518, Januar 517, Februar 517, März 518, April 519, Mai 520, Juni 520, Juli 520, August 519, September 519. — Aegypt. Sakellaridis: Tendenz kaum stetig: Oktober 764, November 770, Dezember 767, Januar 778, März 786, Mai 793, Juli 800. Upper: Oktober 690, November 690, Dezember 691, Januar 691, März 694, Mai 696, Juli 700.

ALEXANDRIA, 19. OKTOBER. Baumwolle. Sakellaridis-Ashmouni: Oktober 1283, November 1510, Dezember 1258, Januar 1513, Februar 1257, März 1538, April 1263, Juni 1268.

HAMBURG, 19. OKTOBER. Jute. Firsts prompt fällig 17¼; Okt.-Nov. 17¼; Blitz Okt.-Nov. 16¼; Tendenz fest.

Kautschuk

LONDON, 19. OKTOBER. Kautschuk (Pence per lbs.). Tendenz ruhig: Standard Nr. 1 Crepe loko 2 13/16 bW, smoked Sheet loko 2 7/16 bW, November 2 15/32 bKf, Dezember 2 7/16 bKf, Januar-März 2½ bKf, April-Juni 2⅝ bV, Juli-September 1 11/16 bW.

Metalle

Amtliche Berliner Metall-Terminnotierungen vom 19. Oktober. Kupfer: Oktober 43½ B 42¼ G; November 43 B 42¾ G 42¾ bz; Dezember 43½ B 43¼ G; Januar 33: 44 B 43¾ G; Februar 44½ B 44¼ G; März 45 B 44¾ G; April 45½ B 45¼ G; Mai 46 B 45¾ G; Juni 46½ B 46¼ G; Juli 47 B 46¾ G; August 47½ B 47¼ G; September 48 B 47¾ G 48 bz. Tendenz: stetig.

Blei: Oktober 17 B 16¼ G; November 16½ B 16¼ G 16½ bz.; Dezember 17 B 16¼ G; Januar 33 17½ B 16¾ G; Februar 17½ B 17 G; März 17½ B 17¼ G; April 17¾ B 17¼ G; Mai 18 B 17½ G; Juni 18½ B 17¾ G; Juli 18¾ B 17¾ G; August 19 B 18 G; September 19¼ B 18 G. Tendenz: stetig.

Zink: Oktober 21¼ B 20½ G; November 21¼ B 20½ G; Dezember 21¾ B 20¾ G; Januar 33: 22 B 21¼ G; Februar 22½ B 21¾ G; März 22¾ B 22 G; April 23 B 22¼ G; Mai 22¾ B 22¾ G; Juni 23½ B 22¾ G; Juli 23¾ B 23 G; August 24 B 23¼ G; September 24 B 23½ G 23¾ bz. Tendenz: stetig.

LONDON, 19. OKTOBER. Metalle. (Schluß.) Kupfer: Tendenz fest: Standard per Kasse 32 5/16—32 7/16, per 3 Monate 32½ bis 32 9/16, Settl. Preis 32⅜; Elektrolyt 36½—37½, best selected 34½—35¾, strong sheets 65, Elektrowirebars 37½. — Zinn: Tendenz stetig: Standard per Kasse 153⅛—153¼, per 3 Monate 153⅜—153½, Settl. Preis 153¼; Banka 162¼, Straits 159¼. — Blei: Tendenz fest: ausländ. prompt 11 15/16, entf. Sichten 12⅛, Settl. Preis 11⅞. — Zink: Tendenz fest: gewöhnl. prompt 14 13/16, entf. Sichten 15⅜, Settl. Preis 15. — Aluminium: Inland 100. — Antimon Regulus: Erzeugerpreis 42—42½, chines. 21½—22. — Quecksilber 9⅜—9¾. — Platin 9¼. — Wolframerz 11 bis 11¼. — Nickel: Inland 240—245, Ausland 37—38. — Weißblech I. C. Cokes 16—16¼. — Kupfersulfat 18—18½. — Cleveland Gußeisen Nr. 3: 58½. — Silber 17⅞, do. Lieferung 18. — Gold (sh. u. pence per Ounce) 122/2.

●

Tagung des Langnam-Vereins. Der Langnam-Verein beruft auf den 23. November nach Düsseldorf eine Vollversammlung ein, die unter dem Leitgedanken „Gesunde Wirtschaft im starken Staat" stehen wird. Das Thema ist, wie der Verein mitteilt, aus der Erwartung heraus gewählt, daß die Verwaltungs- und Verfassungsreform nach Abschluß der Reichstagswahlen mit Entschiedenheit in Angriff genommen werde.

Rheinische Mühlenkonvention gefährdet. Die seit Dezember 1929 bestehende rheinische Mühlenkonvention, nämlich die süddeutsche in Mannheim und die westdeutsche in Köln, die eng zusammenarbeiten, dürfte, laut „Frankfurter Zeitung", nicht mehr verlängert werden. Sie wurde seit längerer Zeit jeweils nur kurzfristig, zuletzt immer nur um einen Monat erneuert und läuft am 31. Oktober ab. Die Gründe für das voraussichtliche Auseinanderfallen der Mühlenvereinigung liegen einerseits darin, daß sich der Kreis der Außenseiter durch Wiederingangsetzung mittlerer und kleinerer Mühlen stark erweitert hat, anderseits, weil angeblich innerhalb der beiden Konventionen die Preisbestimmungen im Hinblick auf die gewachsene Außenseiterschaft nicht mehr strikte eingehalten worden seien.

Familien

-Anzeigen sind eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Sie sind nicht nur für die nächst Interessierten, sondern für alle Leser wichtig. Das berücksichtigt der Verlag der Vossischen Zeitung und deshalb berechnet er allen seinen Freunden für ihre Ankündigungen einen

Sonderpreis!

Statt Karten!
ELISABETH NEUMANN
GUSTAV EBERHARDT
Verlobte
Berlin Leipzig
Zu Hause: Sonntag, den 24. 4. 1932
12—2 Uhr, Lutherstraße 62

Eine Anzeige dieser Größe kostet M 6.75

RECHT UND LEBEN · WOCHEN-BEILAGE DER VOSSISCHEN ZEITUNG

VERANTWORTLICH: RECHTSANWALT DR. ERICH EYCK-BERLIN · DONNERSTAG, 20. OKTOBER · NUMMER 42

Notverordnung gegen Autodiebstahl

Reichsjustizminister Dr. Gürtner hat, wie die „Vossische Zeitung" gestern berichtete, Mitteilungen über eine bevorstehende Notverordnung gegen Autodiebstahl gemacht. Ihre Bestimmungen werden hier juristisch gewürdigt..

In den letzten Wochen ist es der Berliner Polizei gelungen, mehreren fabrikmäßig aufgezogenen Betrieben auf die Spur zu kommen, deren Aufgabe es war, gestohlene Autos in wenigen Stunden durch „Vermischung oder Verarbeitung" so umzugestalten, daß vom alten Aussehen, von Ausstattung, Motor, Nummer oder Erkennungszeichen nichts mehr zu merken war. Auf anderem Gebiete, dem der politischen Gewaltkaten, hat sich, wie die Statistik beweist, gezeigt, daß gegenüber der Welle des Verbrechens nur ein Mittel einigermaßen hilft: die Androhung schwererer Strafen. Nun ist zwar die Diebstahlsstrafdrohung in unserem doch durchaus auf dem Eigentumsgedanken fußenden Strafsystem nicht grade gering: Gefängnis bis zu fünf Jahren mit den Zuchthauserschwerungen bei Einbruch oder Rückfall. Aber die Schärfe solcher Strafdrohungen wurde stumpf, weil das, was gemeinhin als Autodiebstahl betrachtet wird, vielfach nicht Diebstahl im Sinne des Gesetzes war oder wenigstens nicht als solcher erwiesen werden konnte.

In sehr vielen Fällen und besonders dann, wenn der Dieb noch beim Davonfahren mit dem Auto gefaßt werden konnte, war es schwer, die ständig wiederkehrende Ausrede zu entkräften, es habe sich nicht um eine — für den Begriff des Diebstahls erforderliche — Zueignung auf die Dauer, sondern nur um eine vorübergehende Gebrauchsanmaßung gehandelt, die grundsätzlich nicht als Diebstahl der Fahrzeuge strafbar ist.

Die Gerichte halfen sich in solchen Fällen mit Bestrafung wegen Diebstahls des auf der Fahrt verbrauchten Benzins. Aber die Strafen fielen dann auch entsprechend gering aus, nicht mit Unrecht, denn eine schwere Strafe für Benzindiebstahl hätte leicht den Eindruck der vom gerechten Richter abzulehnenden „Verdachts"-strafe für den nicht sicher erwiesenen Diebstahl am Auto selbst erweckt. Zwar vertritt das Reichsgericht (RGSt. Bd. 64, S. 259) den Standpunkt, daß Diebstahl am Auto dann anzunehmen ist, wenn der Dieb den Wagen an beliebiger Stelle zurücklassen und dem Zugriff jedes Dritten preisgeben wollte. Aber auch das führte vielfach nicht weiter, wenn dem Täter nicht zu widerlegen war, daß er mit einer baldigen Zuführung des Wagens an den Eigentümer rechnete und daß er diese unterstützt oder zu unterstützen beabsichtigt habe.

Hier hilft die neue NotVO. Nach ihr wird bestraft, „wer ein Kraftfahrzeug oder ein Fahrrad gegen den Willen des Berechtigten in Gebrauch nimmt." Den Begriff des Kraftfahrzeugs umgrenzt die VO. in Uebereinstimmung mit § 1 Abs. 2 des Kraftfahrzeuggesetzes (KFG.) dahin, daß es sich um Fahrzeuge handeln muß, die durch Maschinenkraft bewegt werden, ohne an Bahngeleise gebunden zu sein. Im Gegensatz zum KFG. umfaßt aber die Verordnung nicht nur Landkraftfahrzeuge, sondern auch solche zu Wasser oder zu Luft, also auch Motorboote und Flugmaschinen (nur die Segelflieger müssen trauernd bei Seite stehen). Die ausdrückliche Einbeziehung der Fahrräder zeigt, daß die VO. nicht etwa die Eigentümer von Luxusfahrzeugen privilegieren will.

Der Straftatbestand besteht in dem „In-Gebrauch-Nehmen" gegen den Willen des Berechtigten. Die Parallele hierzu im KFG. liegt in dessen § 7 Abs. 3: „benutzt jemand das Fahrzeug ohne Wissen und Willen des Fahrzeughalters..." Diese aus der Novelle zum KFG. von 1923 stammende Fassung stellte eine Abschwächung gegenüber dem dort ursprünglich verwandten Begriff des „In-Betrieb-Setzens" dar. Der jetzt eingeführte Begriff des „In-Gebrauch-Nehmens" ist eine weitere Einengung gegenüber dem Benutzen. Denn ein „In-Gebrauch-Nehmen" verlangt mehr als ein bloßes Gebrauchen oder Benutzen; es setzt voraus, daß vom Täter eine tatsächliche Herrschaft über das ganze Fahrzeug ausgeübt wird. Deshalb erscheint es zweifelhaft, ob jemand, der sich vom Täter in Kenntnis der Sachlage ein Stück auf dessen Fahrt mitnehmen läßt, nach der VO. bestraft werden kann. Nach ihrem Sinn, den Gewahrsamsverlust am ganzen Wagen zu verhüten, ist es weiter erforderlich, daß die Handlung auf „In-Gebrauch-Nehmen" durch seine Benutzung als Mittel eigener Fortbewegung abzielt. Eine bloße In-Gebrauch-Nahme am Tatort, etwa zum Unterstellen von Sachen oder zum Uebernachten, würde nicht ausreichen.

Die In-Gebrauch-Nahme muß „gegen den Willen des Berechtigten" erfolgen. Der Begriff des Berechtigten ist weiter als der des Fahrzeughalters in § 7 Abs. 3 KFG. Berechtigter ist jeder, der als Eigentümer oder nur auf Grund eines von diesem oder dem Halter abgeleiteten Rechts selber zum „In-Gebrauch-Nehmen" des Fahrzeugs, wenn auch nur auf kurze Zeit, berechtigt ist. Andererseits reicht hier nicht ein Handeln ohne Wissen und Willen aus; es muß gegen den Willen gehandelt werden. Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß es ausreicht, wenn nach Lage der Sache der Täter sich darüber klar sein muß, daß er, auch ohne daß eine besondere Willensäußerung des Berechtigten vorliegt, gegen dessen Willen handelt.

Im Gegensatz zum Diebstahl braucht die Tat nicht durch einen Bruch des bisherigen Gewahrsams begründet zu sein. Das zeigt sich darin, daß wie bei der Schwarzfahrt des § 7 Abs. 3 KFG. der mit der Führung des Wagens Betraute gegen die VO. verstößt, wenn er Fahrten unternimmt, die von der Ermächtigung nicht mehr gedeckt werden. Die reiche Rechtsprechung zum KFG. über die Fälle der Schwarzfahrt, in denen der angestellte Kraftwagenführer heimlich den Wagen aus der Garage nimmt oder bei einer an sich rechtmäßigen Fahrt erhebliche Umwege macht oder sie auf Zeiten verlegt, die mit dem Auftrag in Widerspruch stehen, wird hier entsprechend anwendbar sein.

Der Strafrahmen bewegt sich zwischen einem Tag und drei Jahren Gefängnis. Ist im Einzelfalle eine Strafe von weniger als drei Monaten verwirkt und ist der Strafzweck durch eine Geldstrafe erreichbar, dann kann an Stelle der Gefängnisstrafe eine Geldstrafe von 3 bis 10 000 RM verhängt werden. Strafbar ist auch der Versuch. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Berechtigten ein, der den Antrag zurücknehmen kann. Wer die Tat gegen seinen Ehegatten oder gegen einen Verwandten absteigender Linie (nicht auch umgekehrt) begeht, ist straffrei.

Die Verordnung gilt nur subsidiär, d. h. sie ist unanwendbar, wenn die Tat nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist. Läßt sich also im Einzelfall Diebstahl objektiv und subjektiv nachweisen, oder liegen etwa die Voraussetzungen des Raubes vor, so ist nicht die Verordnung, sondern das Strafgesetzbuch anzuwenden.

Entscheidungen oberster Gerichte

Fahrlässige Tötung durch Gesundbeten — Sicherungsübereignung mit Abtretung zukünftiger Forderungen

Die Angeklagte, eine organisierte Anhängerin der Christian Science hatte nach deren Lehre einen an Lungentuberkulose leidenden Mann behandelt und ihn dahin beeinflußt, daß er alle anderen Heilmittel sowie eine Operation ablehnte. Der Patient ist gestorben. Das LG. Berlin I verurteilte sie wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis. Der Tod des Patienten sei auf die Unterlassung der Operationen zurückzuführen. Der *anfänglich keineswegs fest* entschlossene Patient sei durch sie zur Ablehnung der Eingriffe und ferner zur Verweigerung jeglicher ärztlicher Hilfe bestimmt worden. Die Angeklagte habe sich sogar über die Vorschriften ihrer Lehre hinweggesetzt, die bei einer Verschlimmerung des Leidens „ungenügende Glaubensstärke" des Patienten annimmt und die Fortsetzung der „Behandlung" verbietet. Das **Reichsgericht** hat aufgehoben und zurückverwiesen. Daß das Verhalten der Angeklagten für den Tod des Patienten ursächlich gewesen ist, ist rechtlich einwandfrei festgestellt. Es fragt sich, ob dieses Verhalten ein fahrlässiges war. „Fahrlässig" ist das Nichtvoraussehen eines strafrechtlich verbotenen Erfolges trotz Voraussehbarkeit. Nun ist allerdings festgestellt, daß die Angeklagte auch nach Eintreten der Verschlimmerung des Krankheitszustandes die Behandlung fortgesetzt hat, obwohl nach der Doktrin der Christian Science eine Verschlimmerung als Sympton für eine nicht ausreichende Glaubensstärke zu bewerten ist und einen Abbruch der scientistischen Behandlung erfordert. Gleichwohl ist die Frage der Voraussehbarkeit noch nicht ausreichend geklärt. Das Landgericht sagt lediglich, die Angeklagte hätte sich 3 Wochen vor dem Tode des Patienten sagen müssen, daß ihre Behandlung verhängnisvoll auslaufen könne; es befaßt sich aber nicht mit der Frage, ob die Lehre der Christian Science vielleicht das Urteilsvermögen der Angeklagten so stark beeinflußt hat, daß sie mindestens im Zeitpunkt der Pflichtversäumnis zu einer solchen Voraussicht nicht befähigt war.

2 D 687/32. — 17. Oktober 1932.

*

Der Kaufmann W. betrieb in O. eine Frucht- und Mehlhandlung. Im Januar 1929 schloß er mit der Sparkasse O. — seiner einzigen Bankverbindung — einen Sicherungsvertrag, durch den er der Sparkasse ein Auto und eine Mühleneinrichtung übereignete. Seine Schulden bei der Sparkasse wuchsen im Jahre 1929 von rund 18 700 RM auf 26 000 RM. Infolgedessen übereignete W. der Sparkasse noch einen Lastwagen; außerdem schloß er im Dezember 1929 mit der Gläubigerin einen Vertrag, durch den er sich verpflichtete, fortab sämtliche Forderungsansprüche aus Warenlieferungen an die Sparkasse abzutreten, oder Tratten auf die Schuldner an die Sparkasse zu geben. Die Sparkasse zahlte die von W. ausgestellten Wechsel und ließ dessen Forderungen einziehen; W. erhielt insoweit Inkassovollmacht für die Sparkasse. Nachdem am 1. Februar 1930 über das Vermögen des W. der Konkurs eröffnet worden war, erhob der Konkursverwalter gegen die Stadtgemeinde O. Klage auf Zahlung von 39 493 RM, die Höhe der von W. an die Sparkasse O. abgetretenen Forderungen, mit der Begründung, daß der Sicherungs-Uebereignungsvertrag mit den Forderungsabtretungen zur Täuschung der übrigen Gläubiger des W. geschlossen und deshalb nichtig sei.

OLG. Düsseldorf und **Reichsgericht** erkannten auf Abweisung der Klage. Nach den Feststellungen ist eine unzulässige Beschränkung des Gemeinschuldners in seiner geschäftlichen Tätigkeit durch den Sicherungsvertrag nicht eingetreten. Denn die Beklagte hatte es übernommen, aus den abgetretenen Forderungen die Wechsel des Schuldners einzulösen. Die daneben bestehende Absicht, aus einem Ueberschuß der abgetretenen Forderungen die Schuld des Gemeinschuldners bei der Beklagten herabzudrücken, machte den Vertrag nicht unsittlich. Diese Absicht zeigte nur den Sanierungswillen, ohne daß eine Täuschung der Lieferanten des Gemeinschuldners erfolgt ist. Die Lieferanten sahen, daß alle Wechsel durch die Beklagte eingelöst wurden und konnten nicht annehmen, daß die Beklagte dem Schuldner einen Kredit ohne Sicherheit eingeräumt habe. Tatsächlich hat die Beklagte auch Wechsel und Schecks des Gemeinschuldners in Höhe von 39 085 RM eingelöst, während ihr insgesamt 39 493 RM abgetreten worden sind, so daß unter Berücksichtigung der Zinsen und Unkosten das Schuldkonto des W. bei der Beklagten am Tage der Konkurseröffnung höher war, als am Tage des Vertragsschlusses. Eine Sittenwidrigkeit wegen Knebelung des Schuldners ist um so mehr zu verneinen, als der Gemeinschuldner gar nicht im voraus die künftigen Kaufpreisforderungen mit dinglicher Wirkung abtrat, sondern sich nur zur Bewirkung künftiger Abtretungen verpflichtete, also *immer noch* seine Bewegungsfreiheit behielt.

VII. 71/32. — 23. September 1932.

Ideenkampf um die Strafrechtsreform

Auf die Rektoratsrede von Professor Kohlrausch ist bereits am Sonnabend abend in dem Bericht der „Vossischen Zeitung" über die Feier der Berliner Rektoratsübergabe hingewiesen worden. Die Bedeutung dieser Rede rechtfertigt den Versuch, ihren Gedankengang an dieser Stelle kurz zusammenzufassen.

Professor Kohlrausch warf die Frage auf, ob die Linie des strafrechtlichen Denkens und Arbeitens heute in der überkommenen Richtung fortgesetzt werden kann. Die strafrechtliche Arbeit der letzten sechs Jahrzehnte zeigt keine einheitliche Entwicklung. Strafrechtswissenschaft und Kriminalpolitik laufen nebeneinander her, ohne immer miteinander in Einklang zu stehen; doch hat die Kriminalpolitik eine solche Lebenskraft gezeigt, daß sie das Strafrecht zwang, sich ihr anzupassen. Wenn die Strafrechtswissenschaft das kriminalpolitsche Denken lange als wesensfremd abgelehnt hat, so zeigt sich darin ein Erbteil des juristischen Positivismus. Dieser ist ebenso wie der heutige Drang, ihn zu überwinden, ein Ausdruck für eine ganze Periode der Rechtswissenschaft, ja des gesamten wissenschaftlichen Denkens. Das Wesen des Positivismus, dessen Zeit mit der Zeit unserer wunderbaren nationalen und wirtschaftlichen Erstarkung zusammenfällt, besteht darin, daß er aus den Aufgaben der Wissenschaft das Werturteil ausschied. Dieser Positivismus hat viele geistige Väter, nicht nur den Liberalismus, der heute in so erschreckender Weise mißverstanden und deshalb so undankbar geschmäht zu werden pflegt, sondern auch die Hegelsche Philosophie mit ihrem Autoritätsgedanken sowie die Entwicklungslehre in ihren vielfachen Variationen.

Die Wendung vom Positivismus weg bahnte der wiedererwachte Kantische Kritizismus an, für den auf juristischem Gebiet Stammler maßgebend war, dessen Bedeutung aber vorzugsweise im Negativen lag. Zu ihm trat eine neue Bewegung, die eine zunächst zwar nicht bewußt weltanschauliche, aber doch externe Fundamentierung und Zwecksetzung des strafrechtlichen Denkens versuchte, und zwar grade in der Zeit, in der die strafrechtliche Reformbewegung begann.

In diesem Zusammenhang charakterisierte Kohlrausch die Stellung Franz v. Liszts. Weltanschaulich war er verwurzelt im Liberalismus. Aber ihn beeinflußte mit besonderer Stärke der Entwicklungsgedanke, bald in idealistischer, bald in materialistischer Färbung. Er rang mit diesem Zwiespalt. Als Marburger Professor suchte er bei der dortigen Kant-Schule Hilfe, endigte aber doch bei dem unkritischen Zweckgedanken Rudolf von Jherings. Liszt blieb der Liberale mit einem sozialen Ideal im Herzen. Er gehörte dem Nationalsozialismus eines Friedrich Naumann. In seiner Person prägt sich die Wendung der Strafrechtswissenschaft von einem extrem individualistischen zu einem kollektivistischen Denken. Er steht auf der Grenze, die zwei Denkperioden scheidet.

Die Grundgedanken der Strafrechtsreform und das Problem der Gesellschaft skizzierend, warf Kohlrausch schließlich die Frage auf, ob die Linie unseres strafrechtlichen Denkens in diesen letzten Jahren eine derartig grundsätzliche Richtungsänderung erfahren habe, daß sie uns nötigt, zu verbrennen, was wir angebetet haben. „Die Stimmen mehren sich, die es verlangen. Aber auch sorgfältigste Beobachtung zeigt nichts, was an seine Stelle treten sollte." Die gegenüber der Mitte des 19. Jahrhunderts veränderte Weltanschauung wird durch den Gedanken der schicksalsmäßigen Verbndenheit des einzelnen mit *dem im Staat organisierten Volk gekennzeichnet.* Aber dieser Gedanke herrscht nicht erst seit heute. Am 1. August 1914 ist im deutschen Volk das Gefühl der Verbundenheit auf Tod und *Leben zum Ausdruck gekommen wie wohl noch nie.* „Wenn das der heute geschmähte Liberalismus war, dann ist Liberalismus etwas ganz Großes, und nichts, was heute über Bord zu werfen wäre."

Die Betonung dieser Verbundenheit ist auch Ziel der Strafrechtsreform: nicht Vergeltung einer Autoritätsverletzung, sondern Resozialisierung oder Ausmerzung des Asozialen soll der Sinn der Strafe sein.

Zum Schluß wandte sich Kohlrausch in sehr ernsten Worten der heutigen akademischen Problematik zu. Er betonte, daß Wissenschaft klarer und bescheidener macht, er erkannte aber auch an, daß jenseits der Grenze des Beweisbaren das Glauben an die Stelle des Deduzierens treten muß. „Lassen Sie", so schloß die Rede, „die Facharbeit stehen unter dem Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes und an den Glauben dieses Volkes an das unveräußerliche Recht der für sich selber und ihr Volk verantwortlichen Persönlichkeit."

Richard Schröders deutsche Rechtsgeschichte erscheint soeben in einer neuen 7. Auflage (Verlag de Gruyter, 1083 S.). Nach dem Tode des Verfassers hatte Professor von Künßberg eine neue Ausgabe des Werkes, die Schröder bereits zum Teil bearbeitet hatte, in seinem Geiste zu Ende geführt. Diese in den Jahren 1919—1922 erschienene 6. Auflage ist unverändert wieder abgedruckt. Der Herausgeber hat aber einen Nachtrag von etwa 60 Seiten beigefügt, die die in der Zwischenzeit erschienene Literatur bis Anfang 1932 in großer Vollständigkeit übersichtlich verzeichnet. Durch diesen Nachtrag soll, wie der Herausgeber im Vorwort bemerkt, „dem durch lange Jahre so vielfach bewährten Buche seine Stellung als Hilfs- und Nachschlagewerk für die deutsche Rechtsgeschichte" auch weiterhin gesichert werden.